

Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen

NAKOS  31

EXTRA

**Selbsthilfe
in der Zivilgesellschaft**

Dezember 2001

Vorwort

In dem vorliegenden NAKOS-EXTRA werden Fragen der “Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft” diskutiert. Damit tragen wir dem Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 und der Debatte um die Stärkung der Bürger/innengesellschaft Rechnung, wie sie v. a. durch die Enquêtekommission des Deutschen Bundestages “Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements” vorangetrieben wird. Die Bedeutung der Selbsthilfe – das gemeinsame und selbstverantwortliche Handeln von Gleichbetroffenen in Gruppen – soll sichtbar gemacht und ihr Nutzen für die Gesellschaft herausgestellt werden.

Für dieses Themenheft zusammengestellt und bearbeitet wurden die Vorträge der Referent/innen der Fachtagung “Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft” der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e. V. Diesen ist für die Überlassung und die Bearbeitung ihrer Beiträge ebenso zu danken wie dem Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (BMFSFJ) und der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen für die finanzielle Förderung.

Deutlich wird: Die Selbsthilfe ist ein wesentliches zivilgesellschaftliches Aktionsfeld mit weitreichenden individuellen, sozialen und gesellschaftlichen Wirkungen, das von anderen Formen bürgerschaftlichen Engagements in Ehrenamt und Freiwilligenarbeit zu unterscheiden ist. Die eigenverantwortliche Selbstsorge, die Sorge um andere, um gemeinschaftliche und soziale Aspekte finden in Selbsthilfegruppen ein impulsgebendes Mischungsverhältnis: zwischen Egoismus und Gemeinwohl. In der Selbsthilfe spiegeln sich soziales Bewußtsein und demokratische Grundhaltung wider. Die Autor/innen heben besonders folgende Aspekte hervor:

- Selbsthilfegruppen sind Formen tatkräftiger Selbstorganisation,
- Selbsthilfegruppen entfalten Hilfe füreinander und für andere Gleichbetroffene,
- Selbsthilfegruppen sind Orte von Gemeinsinn mit überwiegend weiblichen Produzentinnen (was auch eine Herausforderung für mehr Geschlechtergerechtigkeit ist),
- Selbsthilfegruppen vertreten ihre Interessen,
- Selbsthilfegruppen sind Werkstätten zum Leben lernen,
- Selbsthilfegruppen sind kooperativ und ergänzen die professionelle Versorgung,
- Selbsthilfegruppen suchen die lebendige demokratische Beteiligung.

Wolfgang Thiel

Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft

Bundesweite Fachtagung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft
Selbsthilfegruppen e. V. (DAG SHG e. V.)
Sarstedt, 11. bis 13. Juni 2001

Wolfgang Thiel

Profil und Brückenschläge – beides ist nötig 6

Regina Riedel

Impulse und Nutzen der Selbsthilfebewegung für die Zivilgesellschaft 8

Thomas Hermann

Selbsthilfe: kritische und konstruktive Ergänzung der professionellen
Hilfesysteme 10

Wolfgang Linckelmann

Selbsthilfe: ein wesentliches Aktionsfeld der Zivilgesellschaft 14

Heiner Keupp

Zwischen Egoismus und Gemeinwohl – Selbsthilfe und
zivilgesellschaftliches Engagement 18

Themenforen

Gisela Notz

Selbsthilfe von Frauen und Männern in der Zivilgesellschaft 38

Adrian Reinert

Selbsthilfe vertritt ihre Interessen 54

Christine Swientek

Selbsthilfegruppen sind Werkstätten zum Leben lernen 60

Ein Ausblick

Ansgar Klein

Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft im Jahr 2015 68

Rückblick auf den Ausblick

... Zurückeroberung von Kompetenzen und Einflußnahme auf das
gesellschaftliche Machtgefüge ...

Christiane Ehses

Gedanken zum Vortrag von Ansgar Klein und zur Podiumsdiskussion82

... Selbsthilfe sollte sich an ihren ursprünglichen sozialpolitischen Auftrag
erinnern ...

Gisela Notz

Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft – fünf Thesen.....86

Referent/innen – Liste 89

Profil und Brückenschläge – beides ist nötig

Die Diskurse über Selbsthilfe im Gesundheits- und Sozialbereich

Gegenwärtig gibt es in Deutschland zwei bedeutende gesellschaftliche und politische Thematisierungslinien der Selbsthilfe und der Selbsthilfe-Unterstützung: zum einen die Diskussion zur Umsetzung der Selbsthilfeförderung im Gesundheitsbereich (SGB V) und in der Rehabilitation (SGB IX) und zum anderen die Erörterung von Selbsthilfe, Ehrenamt und Freiwilligenarbeit in der Gesellschaft und im Sozialbereich, wie sie durch das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 und die Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürger-schaftlichen Engagements“ erfolgt.

Beide „Linien“ bieten große Zukunftschancen für die Selbsthilfe. Dies gilt auch für die Einrichtung bzw. Absicherung der Unterstützung und Beratung von bestehenden Gruppen und Interessierten durch Selbsthilfekontaktstellen. Diese Chancen sind mit den Stichworten „Stärkung der Selbsthilfe“ und „Patient/innenbeteiligung“ einerseits und „Stärkung des Bürger/innenengagements“ und „demokratische Beteiligung“ umrissen. Allerdings: Die beiden Linien verlaufen parallel zueinander, und nicht immer ist eine konstruktive Verbindung gegeben. Hierzu braucht es im politischen und gesellschaftlichen Diskurs Brückenschläge, aber auch Profil.

Spricht man von Chancen, soll man Risiken nicht verschweigen: Damit meine ich nicht solche, die mit der bestehenden Krise der öffentlichen Finanzen und der sozialen Sicherung oder mit den Grenzen wirtschaftlichen Wachstums, sprich: mit dem Mangel an Erwerbsarbeitsplätzen verbunden sind. Die Risiken sind durchaus spezifischer; sie ergeben sich aus der Systemlogik der Diskurse: „Gesundheitsbereich“ hier und „Sozialbereich“ dort.

Die sozialgesetzliche Aufwertung der Selbsthilfe und der Patient/innenbeteiligung im Gesundheitsdiskurs enthält auch eine durchaus gewollte Einbindung ins Gesundheitssystem (Einbezug von Erfahrungen aus der Betroffenenkompetenz; „Dritte Bank“). Damit sind zugleich aber auch Risiken einer „Verfälschung“ und einer betroffenenfernen Einpassung in bürokratische Formen einer Stellvertretungsdemokratie gegeben.

Im sozialen / gesellschaftspolitischen Diskurs wiederum, der die Stärkung der Zivilgesellschaft und des sozialen und gesellschaftlichen Mit-Tuns von Bürger/innen vorantreibt, entsteht für die Selbsthilfe ein Profilierungs- bzw. Identitätsproblem. Durch das durchaus sinnvolle – weil dadurch politisch gewichtigere – Zusammenführen mit den benachbarten Tätigkeitsformen „Freiwilligenarbeit“ und „Ehrenamt“ unter *einer* Begrifflichkeit „Bürger/innenengagement“ und in *einem* sozialpolitischen Handlungs- und Förderkontext wird das *Spezifische der Selbsthilfe* nicht mehr so recht deutlich. Dieses *Spezifische* besteht in der Verbindung von direkter eigener Betroffenheit und solidarischem Engagement für andere. Aus ihrem Tun in der Gruppe Gleichbetroffener erwarten die in der Selbsthilfe engagierten Menschen primär einen *Nutzen und Effekte für sich selbst* – und erst dann, aber genau dann, richten sie ihren Blick auf andere Betroffene, übernehmen sie Verantwortung über die Gruppe hinaus für die Lösung von Problemen in der gesundheitlichen / sozialen Versorgung, im Gemeinwesen und in der Gesellschaft.

Das Risiko besteht darin, daß sich aus dem Ringen um Ressourcen und Fördermitteln eine Konzeptmodulation in Richtung „Freiwilligenarbeit“ und „Ehrenamt“ ergibt. Verändern sich dadurch das Selbstverständnis und das eigene Tun?

Aus dem Blick geraten können ebenfalls selbsthilfe-*angemessene* Unterstützungs- und Förderstrategien. So wird im Fahrtwind eines modischen Synergiebegriffs (bei begrenzten Ressourcen) vorgetragen oder empfohlen, die Unterstützung von Ehrenamtlichen, Freiwilligen und Selbsthilfegruppen zu *einem* fachlichen und institutionellen Angebot zu bündeln. Das Risiko: Die fachlich ausgewiesene und erfolgreiche „Hilfe zur Selbsthilfe“, das besondere *demokratische Arbeitsbündnis* von Professionellen und Betroffenen in „Selbsthilfekontaktstellen“ wird in Frage gestellt (wo im „Gesundheitsdiskurs“ diese Einrichtungen durch die gesetzliche Förderverpflichtung gerade bekräftigt wurden). Dies wäre schon ein befremdlicher Effekt des Sozialdiskurses, denn die engagierte Orientierung von Professionellen auf die Organisations- und Handlungsfähigkeit von selbsttätigen und eigenverantwortlichen Gruppen ist eben auch ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft.

Wolfgang Thiel

Impulse und Nutzen der Selbsthilfe- bewegung für die Zivilgesellschaft

In diesem Jahr beschäftigen wir uns mit dem Thema: Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft.

Warum dieses Thema?

Nachdem wir in den vergangenen zwei Jahren gesundheitsbezogene Themen im Zentrum der Diskussionen hatten, wenden wir uns in diesem Jahr einem eher gesellschaftspolitischen Thema zu.

Wir wollen damit deutlich machen:

- Selbsthilfe gibt es im Sozial- und Gesundheitsbereich.
- Selbsthilfe leistet neben dem individuellen Nutzen auch einen Beitrag für die Gesellschaft.
- Und beides ist wichtig.

Der Begriff „Zivilgesellschaft“ ist heute verbunden mit der Vorstellung von selbständigen, politisch und sozial engagierten Bürger/innen. Dabei wird das Feld gesellschaftlichen Handelns als eigenständig gegenüber einerseits Politik und Staat, andererseits gegenüber Wirtschaft und individuellem Interessenegoismus angesehen. Die Eigenaktivitäten und Zusammenschlüsse der Bürger werden als eigenständige politische und soziale Kräfte in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. In der Selbsthilfe geht es zunächst um die Bewältigung individueller Probleme. Das sind sowohl gesundheitliche als auch soziale Probleme in besonderen Lebenslagen.

Selbsthilfegruppen wirken der Absonderung aus gesundheitlichen und sozialen Gründen entgegen, schaffen Gemeinsamkeiten. Sie machen ihre Anliegen öffentlich, vertreten ihre gemeinsamen Interessen und verringern durch das Gruppenerlebnis die soziale Isolation. Selbsthilfe steht daher immer unmittelbar im Zusammenhang mit Integration und Einmischung.

Die Arbeit in einer Selbsthilfegruppe, sowohl in einer gesundheitsbezogenen als auch in einer sozialen Selbsthilfegruppe, kann die soziale Kompetenz durch Wissenszuwachs, durch soziale Stabilisierung und durch Steigerung der Selbstverantwortlichkeit erhöhen.

Selbsthilfe fördert die Selbstständigkeit der Menschen, in gewissem Sinn auch den „mündigen Bürger“. Die in der Selbsthilfe gewonnene Selbstständigkeit des Menschen für seine Probleme und Anliegen und die erprobte Artikulation der Pro-

bleme, auch in der Öffentlichkeit, ist eine wichtige Voraussetzung, daß Menschen sich trauen. Denn Zivilgesellschaft benötigt Zivilcourage.

Die Überwindung der Isolation und Mutlosigkeit durch Zusammenschluß in Selbsthilfegruppen trägt zur psychischen, sozialen und gesellschaftlichen Gesundheit bei. Behinderte, Kranke, Bürger, die etwas bewegen wollen, schließen sich zusammen, um etwas für sich und ihre Umwelt zu tun, ihren Lebensraum aktiv zu gestalten. Damit wird zu einer lebendigen Demokratisierung der Gesellschaft beigetragen. Somit können Formen von Selbsthilfefürsorge mithelfen, gesellschaftliche Strukturen zu ändern und zu einer neuen gesellschaftlichen und persönlichen Identitätsfindung beitragen.

Zwischen Motivation und Impulsen der Selbsthilfe und dem, was eine Zivilgesellschaft ausmacht, gibt es zahlreiche Entsprechungen und Verflechtungen. Die Selbsthilfebewegung war ursprünglich auch als Antwort auf starre und als entmündigend empfundene soziale Strukturen angetreten. Betroffene werden durch Selbsthilfe ermutigt sich einzumischen. Gerade dadurch wurden und werden vielfältige Ansätze einer lebendigen Bürger/innenbeteiligung und zivilgesellschaftlichen Engagements gefördert. Ich denke daher, daß die Zivilgesellschaft, die vom Engagement der Menschen lebt, wesentliche Impulse und Nutzen aus der Selbsthilfebewegung gewinnt.

*Regina Riedel
Vorstand DAG SHG*

Anmerkung:

Regina Riedel begrüßte im Namen der DAG SHG e. V. die Teilnehmer/innen und Referent/innen und bedankte sich beim Land Niedersachsen und dem BMFSFJ für die finanzielle Förderung der Tagung.

Selbsthilfe: kritische und konstruktive Ergänzung der professionellen Hilfesysteme

„Zivilgesellschaft lebt vom Engagement der Menschen, und in der Selbsthilfe engagieren sich Menschen weit über ihre persönliche Betroffenheit hinaus!“, so steht es treffend im Programm für diese Jahrestagung.

In unserem alltäglichen Sprachgebrauch ist die Formel vom „Vater Staat“ fest verankert, also das Konzept eines Staates, der für uns sorgt und uns vor allen denkbaren Risiken des Lebens schützt. Dieses Konzept wird bald der Vergangenheit angehören.

Viele Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen haben dies schon seit langem erkannt. Sie nehmen die Gestaltung ihres Lebensumfeldes in die eigenen Hände und engagieren sich freiwillig in Vereinen, Projekten, Initiativen, Gemeinden und anderswo. Sie tun dies unentgeltlich, allzu oft leider auch noch ohne die gebührende Anerkennung, und sie stellen fest: ehrenamtlicher Einsatz macht Spaß, schafft Kontakte, steigert die eigene Lebensqualität.

Ihre Lebensqualität steigern die Freiwilligen nicht allein dadurch, daß sie die in ihrer Umgebung anstehenden Aufgaben und Probleme zum Vorteil aller bewältigen. Sie bewirken dadurch für sich auch ein positiveres Lebensgefühl, weil sie durch die selbst geübte und erlebte Solidarität eigene Ängste abbauen – sei es die Angst vor Isolation, Krankheit oder Kriminalität.

Wir brauchen eine Revitalisierung unserer sozialen Gemeinschaft. Unter diesem vielfach gebrauchten Schlagwort wird heute der Strukturwandel unserer Gesellschaft, unserer Lebensbedingungen diskutiert. Die Forderung nach einer solchen Wiederbelebung bedeutet nicht, daß ehrenamtliches Engagement in Deutschland kaum vorhanden wäre. Eine Studie der Bundesregierung zum freiwilligen Engagement in Deutschland hat ergeben, daß immerhin 34 % aller Bürgerinnen und Bürger in Vereinen, Initiativen und Projekten aktiv sind, in Niedersachsen ist das Engagement ähnlich hoch. Und weitere 30 % wären gegebenenfalls bereit, sich zu engagieren.

Einer Revitalisierung der „Kultur des Sozialen“ bedarf es deshalb, weil unsere Gesellschaft heute mehr denn je auf Teilhabe und Anteilnahme des Einzelnen angewiesen ist. Zwischen Staat und Markt müssen Solidarität und Zivilcourage den Weg zu einer Bürgergesellschaft weisen. In diesem Zusammenhang sprechen wir auch von einem aktivierenden Sozialstaat, der auf das Engagement für die Gemeinschaft angewiesen ist, gleichzeitig den Menschen aber auch die Sicherheit im Wandel geben muß.

„Aus freiwilliger Arbeit und Ehrenämtern erwächst“, wie bereits Frau Bundesministerin Dr. Bergmann festgestellt hat, „eine Kultur der wechselseitigen Achtung, der Zugehörigkeit und des Gemeinsinns, ein soziales Kapital, das keinen Preis hat.“ Oder einfacher ausgedrückt: Bürgerschaftliches Engagement ist auch ein Baustein für den sozialen Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält.

In Niedersachsen ist beachtliches Engagement in inhaltlich breit gefächerten Selbsthilfe-Initiativen vorhanden. Vor etwa 10 Jahren gab es rund 1.500 Gruppen; mittlerweile wird die Zahl der bestehenden Selbsthilfegruppen auf mindestens 5.000 bis 7.000 geschätzt.

Lassen Sie mich unterstreichen, daß Selbsthilfe als kritische und konstruktive Ergänzung der professionellen Hilfesysteme einen von keiner Seite mehr bezweifelten Beitrag leistet. Deshalb sei auch allen gedankt, die mit viel persönlichem Einsatz den Selbsthilfegedanken gestärkt und – häufig auch gegen Widerstände – weitergetragen haben.

Wie keine professionelle Fachkraft vermögen Betroffene anderen Betroffenen zu helfen. Die oder der Betroffene ist in der Lage nachzuvollziehen, in welchen Problemen und Nöten sich die bzw. der andere befindet. Die und der stabilisierte Betroffene, die nüchterne Alkoholikerin, um nur ein Beispiel zu nennen, ist für jene, die diesen Weg noch nicht gefunden haben, die/der überzeugendste Ansprechpartner/in, der personalisierte Beweis dafür, daß es einen konstruktiven, positiven Ausweg gibt!

Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, daß 30 % der erwachsenen Bevölkerung in Selbsthilfegruppen für sich einen Weg sehen, um ihre persönlichen Probleme zu lösen oder zu bearbeiten. Nicht alle werden diese Bereitschaft schließlich in die Tat umsetzen, und für viele ist die Teilnahme an Selbsthilfegruppen auch kein Dauerzustand. Aber die Anzahl der Menschen ist groß, die auf Unterstützung bei ihren Selbsthilfebemühungen wartet.

Der Beitrag der Politik zur Verbesserung der Rahmenbedingungen freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements

Hier gehört es dann zweifelsohne zu den Aufgaben sowohl der politischen Entscheidungsträger wie auch der verwaltenden Stellen im Sozial- und Gesundheitswesen, geeignete Hilfen bzw. die erforderliche Infrastruktur bereitzustellen.

Die niedersächsische Landesregierung folgt der Überzeugung, daß Informations- und Kontaktstellen für Selbsthilfegruppen einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und Ausbildung von Selbsthilfe-Arbeit darstellen und daß es auch in Zukunft erforderlich sein wird, einzelne Gruppen und Kontaktstellen miteinander ins Gespräch zu bringen und dafür die notwendigen Strukturen zu schaffen.

In Anbetracht des erheblichen Zuspruchs halten wir es für eine ganz wichtige Aufgabe der Kontaktstellen, den weit über 5.000 Selbsthilfegruppen in Niedersach-

sen die Kommunikation untereinander zu erleichtern und Hilfen zum Beispiel, bei der Veranstaltung von Fortbildungen und beim Erfahrungsaustausch zu leisten; auf diese Infrastruktur darf nicht verzichtet werden.

Damit bin ich bei den generellen Erfordernissen ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements und dem Beitrag der Politik, Information, Kommunikation und Vernetzung, Qualifizierung und die Schaffung einer Anerkennungskultur sind die wesentlichen Bausteine einer Gesamtkonzeption der niedersächsischen Landesregierung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen freiwilligen und bürgerschaftlichen Engagements, das wir zurzeit erarbeiten.

Selbsthilfe und Selbsthilfe-Organisationen waren und sind immer eine Reaktion auf gesellschaftliche Defizite, auf Fehlentwicklungen, auf Unzufriedenheit: Menschen fühlen sich veranlaßt, selbst aktiv zu werden, z. B., weil sie sich wegen einer chronischen Erkrankung oder Behinderung ins gesellschaftliche Abseits gedrängt fühlen oder weil sie unter der zunehmenden Vereinzelung und dem Verlust der traditionellen sozialen Bindungen leiden: ein aktuelles gesellschaftliches Phänomen, das bei Erkrankung und vor allem bei chronischer Erkrankung schlichtweg das Schicksal der oder des Betroffenen bestimmt – den Umgang mit der Erkrankung, die Teilhabe an Angeboten des Gesundheitswesens, an Selbsthilfe, die Lebensqualität und, wie wir auch inzwischen wissen, die Lebenserwartung.

Millionen von Menschen engagieren sich in der Selbsthilfe. Sie haben dadurch sich, aber vor allem in vielen Fällen anderen Menschen das Leben ein Stück menschlicher und erträglicher gemacht. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung!

Die Formen, in denen sich freiwilliges Engagement zeigt, verändern sich. Die Vorgabe „einmal Ehrenamt – immer Ehrenamt“ kann offenbar immer weniger motivieren. Viele möchten sich nicht ein Leben lang in einer Institution engagieren. Heute möchten sich viele nicht vorbehaltlos einer Institution anschließen, sondern das Engagement den eigenen Interessen, den vorhandenen Kräften und Möglichkeiten und der individuellen Lebensplanung anpassen. Diese nachvollziehbaren persönlichen Bedürfnisse führen letztlich auch zum Umdenken und Aktualisieren des Selbsthilfe-Verständnisses.

Die Erfahrungen mit Freiwilligen-Agenturen, mit ehrenamtlichem Engagement allgemein und mit der Selbsthilfe zeigen zunehmend, daß nicht mehr die Organisation mit ihrer Verbandsideologie und ideellen Anbindung im Vordergrund steht, sondern die konkrete Aufgabe und der Wunsch der oder des einzelnen, sich für eine konkrete Aufgabe zu engagieren.

Selbsthilfegruppen sind nicht nur in gesundheitlichen Zusammenhängen eine Form der Hilfe auf Gegenseitigkeit, die sowohl in der gemeinsamen Bewältigung von Problemen als auch in der Wiederherstellung von Gesundheit große Dienste leistet. Selbsthilfe und Selbsthilfeberatung sind wesentliche Bestandteile einer Gesundheits- und Sozialpolitik, die sich auch auf den Lebensalltag einläßt und sich

nicht nur in Hilfen zur Behebung eintretender Krisensituationen erschöpft. Selbsthilfe kann somit dort realistische Lösungskonzepte entwickeln und bereits erproben, wo Probleme entstehen. Ihr kommt dadurch eine gewichtige (sekundär-)präventive Wirkung zu, die zu häufig noch unterschätzt wird.

Soziales Bewußtsein und auch demokratische Grundhaltung spiegeln sich in den Aktivitäten der Selbsthilfe wieder. Deshalb hat die niedersächsische Landesregierung auch die Unterstützung der Selbsthilfekontaktstellen aufgenommen und nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten fortgesetzt. Dies geschah und geschieht aus der Überzeugung heraus, daß die Unterstützung dieser wichtigen Arbeit ein gemeinsamer Nenner aller Einrichtungen, Institutionen, Unternehmen und Körperschaften ist, die ihre Hauptaufgabe in der Vorsorge und Verhütung individuellen Elends und Leidens sehen.

Die Vielfalt der Fragen und der in den Gruppen repräsentierten Themen ist inzwischen erfreulich groß geworden, die Zusammenstellung des Selbsthilfebüros Niedersachsen reicht von Stillgruppen über unterschiedlichste Suchtgruppen bis zu Zusammenschlüssen von Vergewaltigungsopfern und Elterngruppen mit Problemkindern. Diese bunte Palette ist sicher auch durch das Bemühen der einzelnen Kontaktstellen entstanden, Betroffene miteinander in Kontakt zu bringen und beim Aufbau einer Selbsthilfegruppe dort zu helfen, wo eine solche Gruppe noch nicht existiert.

*Thomas Hermann
Niedersächsisches Ministerium
für Frauen, Arbeit und Soziales*

Anmerkung:

Thomas Hermann überbrachte Grüße der niedersächsischen Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales, Frau Dr. Gitta Trauermicht. Er wünschte der Fachtagung, die er ganz im Zeichen des Internationalen Jahres der Freiwilligen sah, einen erfolgreichen Verlauf.

Selbsthilfe: ein wesentliches Aktionsfeld der Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft oder auch Bürgergesellschaft kommt national und international stärker ins Blickfeld. Im Frühjahr vergangenen Jahres hat Bundeskanzler Gerhard Schröder einen vielbeachteten Artikel in den Frankfurter Heften zur zivilen Bürgergesellschaft veröffentlicht und dabei vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels, der Globalisierung und der Flexibilisierung des Erwerbslebens von der Notwendigkeit einer „Zivilisierung des Wandels“ durch politische Integration gesprochen und ein neues Bürgerbewußtsein mit mehr Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung einer lebenswerten Gesellschaft eingefordert. Die Zivilgesellschaft als wichtigster Ort sozialer Teilhabe.

Für Frau Bundesministerin Bergmann sind freiwilliges, ehrenamtliches Engagement und Selbsthilfe entscheidende Voraussetzungen für eine lebendige Demokratie und den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft; sie bilden den „sozialen Kitt“ unserer Gesellschaft.

Die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ widmet sich den verschiedenen Aspekten und Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligung und freiwilliges Engagement, Ehrenamt und Selbsthilfe als essentielle Elemente der Zivilgesellschaft, der Erwerbsgesellschaft und des Sozialstaats.

In dem von den Vereinten Nationen für dieses Jahr aufgerufene Internationale Jahr der Freiwilligen vergeht keine Tagung und kein Treffen auf nationaler oder internationaler Ebene, auf der das bürgerschaftliche Engagement unter Einbeziehung der Selbsthilfe nicht als wesentliches Aktionsfeld der Zivilgesellschaft gewürdigt wird. In Deutschland haben wir das Logo für das Internationale Jahr der Freiwilligen bewußt mit dem Dreiklang: „Freiwilliges Engagement, Selbsthilfe, Ehrenamt“ versehen. Eine breit angelegte Öffentlichkeitskampagne unseres Ministeriums unter dem Motto: „Was ich kann, ist unbezahlbar“, soll dem freiwilligen Engagement, der Selbsthilfe und dem Ehrenamt zu mehr Anerkennung in der Gesellschaft verhelfen und nachhaltige Impulse für seine Weiterentwicklung in der Zukunft setzen.

Die Arbeit von Selbsthilfe-Initiativen und Selbsthilfegruppen hat sich in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren zu einer der zentralen Säulen der Hilfen im Sozial- und Gesundheitsbereich entwickelt. Selbsthilfegruppen unterstützen die Versorgung

und Rehabilitation chronisch kranker Menschen. Sie ermöglichen die gegenseitige Hilfe für Menschen mit psychischen oder sozialen Problemen. Sie organisieren die Betreuung von Kindern auf gegenseitiger Basis, organisieren vielfältige Informationsveranstaltungen und sind vorbeugend und aufklärend bezüglich verschiedener sozialer und gesundheitlicher Themen tätig. Sie stellen für professionelle Hilfe-Angebote eine wichtige Ergänzung dar, beraten Fachkräfte im Gesundheits- und Sozialbereich über die Bedürfnisse von Betroffenen und geben wichtige Hinweise für Planung und Politik in der Kommune.

Die Zahl der Selbsthilfegruppen wird heute auf 70.000 bis 100.000 geschätzt mit ca. drei Mio. Mitgliedern. (Zum Vergleich: Die im Bundestag vertretenen Parteien zählen ca. zwei Mio. Mitglieder.)

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat diese Selbsthilfebewegung durch zwei Bundesmodellprogramme maßgeblich angestoßen und dabei die Gründung von Selbsthilfekontaktstellen zur Beratung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen vorangebracht.

Die fachliche Wertschätzung und öffentliche Anerkennung von Selbsthilfegruppen ist keineswegs selbstverständlich und bestand auch nicht von Anfang an. Bis Ende der siebziger Jahre wurden sie praktisch überhaupt nicht zur Kenntnis genommen weder von Fachleuten, von Krankenkassen noch von der Politik und Verwaltung. Sie fanden erstmals 1992 Eingang in einen Gesetzestext, dem Vorläuferparagrafen des heutigen § 20 Abs. 4 SGB V, der die Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen regelt. Die neue Bundesregierung hat die frühere Kann-Bestimmung zu einer Soll-Bestimmung umgewandelt und so zu einer Stärkung der Selbsthilfe von den gesetzlichen Rahmenbedingungen her beigetragen. Allerdings bedarf diese gesetzliche Regelung noch der vollen Umsetzung. Sicher können die DAG SHG und NAKOS ein Lied davon singen.

Diese begrenzte Unterstützung von Selbsthilfegruppen im gesundheitspräventiven und rehabilitativen Bereich darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die sozialen Selbsthilfegruppen und auch die Arbeit der Selbsthilfekontaktstellen in einer prekären Situation befinden. Professionelle Beratung, Fortbildung und eine bescheidene Infrastruktur mit Räumen und Anlaufstellen bedürfen der Unterstützung, und hier sind vor allem Länder und Kommunen gefordert.

Die Frage, in welcher Weise bürgerschaftliches Engagement auf der kommunalen Ebene in der geeignetsten Weise unterstützt und gefördert werden kann, welche Formen der bereichsübergreifenden Information, Beratung und Fortbildung entwickelt werden können, ist zu einem wichtigen Thema der Kommunal- und Landespolitik geworden.

Unser Ministerium hat das Internationale Jahr der Freiwilligen zum Anlaß genommen, um mit Hilfe des ISAB Instituts in Köln einen Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe heraus-

zugeben, der aufgrund einer Umfrage bei Kommunen und Verbänden entstanden ist. Dabei zeigt sich, daß bereichsübergreifende und offene Ansätze von Selbsthilfekontaktstellen durchaus als *nucleus* für eine lokale Freiwilligenagentur dienen kann. Voraussetzung scheint allerdings zu sein, daß die spezifischen Bedürfnisse der Selbsthilfegruppen nach fachlicher Beratung auch auf diese Weise erfüllt werden können. Die Dynamik der Selbsthilfebewegung scheint anzuhalten und das Entwicklungspotential ist erheblich: Bei einer Umfrage hat sich herausgestellt, daß 76 % der Bürgerinnen und Bürger sich vorstellen können, bei einer ernsthaften Erkrankung auch eine Selbsthilfegruppe aufzusuchen.

Mehr noch als über den Umfang der Selbsthilfegruppen und die Vielfalt der Selbsthilfebewegung, die in ihrer Ausprägung in Europa relativ einmalig ist, wird die Bedeutung der Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft erkennbar, wenn man versucht, den Wirkungen der Selbsthilfe nachzugehen. Die Beteiligung an einer Selbsthilfegruppe aus persönlicher Betroffenheit zur Bewältigung von Krankheiten, psychischen oder sozialen Problemen mit dem Ziel der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung ist praktisch gesundheitliche oder soziale „Gruppentherapie ohne Therapeut“, wie dies Jürgen Matzat einmal genannt hat. Sie sparen damit dem öffentlichen Gesundheits- und Sozialsystem Kosten, führen zu bürgerschaftlicher Mitverantwortung für Gesundheit und soziale Belange und stärken soziale Integration, die Solidarität und Zuwendungsbereitschaft untereinander. Sie fördern damit den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und vermeiden Ausgrenzung. Die in ihrer Mehrzahl auf Gesundheitsprävention oder Rehabilitation zielenden Selbsthilfegruppen führen in ihrer aufklärenden und stabilisierenden Funktion letztlich zu einer mündigen Patientin und einem mündigen Patienten. Dabei ist die Trennung zwischen Hilfe-Gebenden und Hilfe-Empfangenden häufig nicht möglich. Bei Übernahme besonderer Verantwortung innerhalb der Selbsthilfegruppe, die normalerweise von Professionellen nur beraten wird, treten allerdings zusätzliche Elemente des freiwilligen Engagements und ehrenamtlicher Tätigkeit hinzu.

Fazit

Selbsthilfe ist essentieller Teil unserer Zivilgesellschaft wie unserer demokratischen Kultur.

Sie stärkt die Eigenverantwortung der Bürger und Bürgerinnen für ihre Gesundheit und ihr soziales Umfeld.

Sie ist wesentlicher ergänzender Teil des öffentlichen Gesundheits- und Sozialwesens.

Im Spannungsfeld zwischen Staat und Zivilgesellschaft ist es Sache des aktivierenden Staates, die Akteure der Zivilgesellschaft einschließlich der Selbsthilfe zu unterstützen. Hier sind in besonderer Weise die Kommunen und Länder gefragt.

Ich bin überzeugt, daß auch die Empfehlungen der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ den Stellenwert der Selbsthilfe in angemessener Weise würdigen und für ihre Stärkung eintreten werden.

*Dr. Wolfgang Linckelmann
Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend*

Anmerkung:

Dr. Linckelmann überbrachte die Grüße der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Er wünschte der Tagung einen guten Verlauf und weitere Impulse zur Stärkung und qualitativen Weiterentwicklung der Selbsthilfe.

Zwischen Egoismus und Gemeinwohl – Selbsthilfe und zivilgesellschaftliches Engagement

Eine erstaunliche Mutation: aus der „bürgerlichen Gesellschaft“ ist die „Zivilgesellschaft“ geworden

Der Begriff der Bürger- oder Zivilgesellschaft ist in aller Munde, ohne dadurch an Präzision zu gewinnen. Was wollen wir darunter verstehen? Keine präzise wissenschaftliche Definition, aber doch eine wichtige Sammlung von Bestimmungsmerkmalen einer Bürgergesellschaft hat Timothy Garton Ash in seinem Buch „Ein Jahrhundert wird abgewählt“ (1990) vorgelegt. Er hat sie aus den Wünschen der Ostmitteleuropäer herausdestilliert, die sich vor zehn Jahren anschnitten, ihre eigene Bürgergesellschaft zu schaffen: Es soll Formen der Assoziation geben, nationale, regionale, lokale, berufliche, die freiwillig, authentisch, demokratisch und, zu erst und zuletzt, nicht kontrolliert oder manipuliert sind von der Partei oder ihrem Staat. Menschen sollen „bürgerlich“ sein in ihrem Verhalten; das heißt höflich, tolerant und vor allem gewaltlos. Bürgerlich und zivil. Die Idee der Bürgerrechte ist erst zu nehmen (zit. nach Dahrendorf 1992, S. 68f.).

Der Begriff „bürgerlich“ kommt mit einem positiven Flair daher! Ein/e Vertreter/in meiner Generation muß sich erst einmal irritiert die Augen reiben. Für die 68er war „bürgerlich“ ein Schimpfwort und wenn noch die Vorsilbe „klein-“ oder „spieß-“ dazu kam, dann war es der Inbegriff von all dem, was wir nicht sein wollten. Wir hatten offensichtlich noch nicht die Differenz verstanden, die in Frankreich leichter aufgezeigt werden kann, weil man zwei höchst unterschiedliche Konzeptionen des Bürgers und der Bürgerin kennt: Den „Bourgeois“, also den Wirtschaftsbürger, und den „Citoyen“, den Staatsbürger und die Staatsbürgerin, der/die das Gemeinwesen als seinen Gestaltungsraum sieht und sich mit dem identifiziert, was er/sie selbst (mit-)geschaffen hat. In diesem zweiten Sinne ist die Idee des Bürgergesellschaftlichen positiv zu besetzen.

Das Wort Bürgergesellschaft „klingt wie ein Versprechen: Engagement statt Apathie, Gemeinwohl statt Eigennutz, Solidarität statt Macht. Überhaupt ein Zugang zur Politik, der sich eher an Werten als an Interessen, an Menschen statt an Strukturen orientiert. In diesem Sinne ist 'Bürgergesellschaft' ein Sympathiebegriff geworden“ (Evers 1999). Und deshalb hat er auch Konjunktur. Im Mai 2000 haben wir aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens des Grundgesetzes bundesweit die „Woche der Bürgergesellschaft“ begangen. Für mich ist bürgerschaftliches oder bür-

gerschaftliches Engagement eine Form gelebter demokratischer Alltagskultur. Sie lebt aus der Identifikation mit demokratischen Spielregeln im Sinne eines partizipativ und solidarisch orientierten Gemeinwesens, in dem die öffentlichen Angelegenheiten zu Anliegen der Bürgerinnen und Bürger werden, die sich in diese Angelegenheiten einmischen, sie nach ihren Vorstellungen und Interessen zu gestalten versuchen, die aber auch akzeptieren, daß in einer pluralistischen Gesellschaft keine Instanz, keine Person und keine Gruppierung für sich beanspruchen kann, über die einzig richtige Lösung zu verfügen.

Woher kommt das neue Interesse an der Zivilgesellschaft?

Wie können destruktive gesellschaftliche Dynamiken, die einzelne Staaten oder die ganze Gattung bedrohen oder zerstören könnten, gezähmt oder kontrolliert werden? Die Neuzeit hat vor allem auf den Staat gesetzt. Norbert Elias (1976) hat in seiner Rekonstruktion des abendländischen Zivilisationsprozesses aufgezeigt, daß die Monopolisierung der Gewalt als ihre Zentralisierung in den Händen des Staates die europäische Perspektive wurde. Die Menschen wurden als triebgesteuerte Quellen von Destruktion und Gewalt gesehen, denen in ihrer Sozialisation eine möglichst perfekt funktionierende „Selbstzwangapparatur“ (Elias) eingepflanzt werden müsse. Dieses Projekt der Pazifizierung der Subjekte hat sie zu Objekten der Kontrolle gemacht. Dieser Konstruktion nach tragen sie in erster Linie dadurch zu einer friedlicheren Welt bei, daß sie den staatlich initiierten „Fremdzwang“ in „Selbstzwang“ transformieren. Das zu Beginn der Neuzeit „entdeckte“ Individuum und der/die vor allem den Kapitalismus tragende neue Wirtschaftsbürger/in wurde genau diesem Dispositiv staatlicher Kontrolle unterworfen. Bürgerinnen und Bürgern wurde nicht zugetraut, innergesellschaftliche Konflikte und Interessenunterschiede friedlich auszutragen. Die Ordnung der Dinge konnte nie von den Subjekten selbst erwartet werden, sondern sie mußte aufgeherrscht werden.

Ein zentraler Anspruch der Moderne zielte auf die Möglichkeit, rationale Ordnungen zu stiften. Dieser Anspruch bezog seine Sicherheit aus einer immer perfekteren wissenschaftlichen Erschließung der Naturgesetze und ihrer technologischen Nutzung. Eine andere Quelle des Ordnungsversprechens war die Etablierung von Nationalstaaten (Toulmin 1991). Die Staatenbildung garantierte jeweils für ein spezifisches Territorium Regeln und Normen, nach denen innergesellschaftliches Chaos einer berechenbaren Ordnung unterworfen wird. Vor allem das staatliche Gewaltmonopol sicherte den staatlichen Institutionen ihr Ordnungsmandat. Wie Zygmunt Bauman aufzeigt, verdichtete sich im Staat in operativer Weise der Selbstanspruch der Moderne auf Herstellung eines vernunftgeleiteten Systems. Die staatlichen Institutionen werden als ein Kanon von Regeln und Normen verstanden, „mit denen man hoffte, Kontingenz in Bestimmtheit, Ambivalenz in Eindeutigkeit, Zufall in Notwendigkeit – kurz: Chaos in Ordnung verwandeln zu können“ (Bauman 1996, S. 655).

Innerstaatliche Ordnung mochte so hergestellt werden, aber damit ist eine Regulation von zwischenstaatlichen Interessenkonflikten noch nicht handhabbar, und entsprechend haben diese Konflikte auch schnell zu Kriegen eskalieren können. Globale Politik zielte zunächst auf die Wahrung der Souveränität jedes Nationalstaates. Sie mündete aber seit 1945 für fast ein halbes Jahrhundert in einer Blockbildung. In der prekären Machtbalance zwischen den beiden Machtblöcken und ihrer jeweiligen „Meta-Souveränität“ (Bauman) lag die Entscheidung über Krieg und Frieden.

In dem Maße, wie Nationalstaaten und deren Verknüpfung zu politischen Blöcken ihre friedensregulative Funktion verlieren, richten sich die Blicke in ganz unterschiedliche Richtungen: Einerseits auf transnationale Institutionen und Regeln, die verhindern sollen, daß Interessenkonflikte eine destruktive Dynamik annehmen können. Andererseits zieht die Mikro Ebene der alltäglichen Herstellung einer lebbareren gemeinsamen Ordnung wachsendes Interesse auf sich. In der allgemeinen Staatsfixiertheit, die vom rechten bis zum linken politischen Rand reichte, war zunächst einmal der Blick für die alltäglichen Herstellungsleistungen von innergesellschaftlichem Konsens, Solidarität und Ordnung getrübt. Die Erosion nationalstaatlicher Souveränitäten im Zuge der ökonomischen Globalisierung und die Implosion des sozialistischen Blocks hat zunehmend die Frage nach Qualität und Funktion zivilgesellschaftlicher Prozesse aufgeworfen. Allerdings wird diese Frage oft genug – im negativen Sinne – staatsfixiert aufgenommen, und es wird danach gefragt, ob in zivilgesellschaftlichen Handlungsformen Kompensationsmöglichkeiten für einen „magersüchtigen“ Staat enthalten sind. Bevorzugt richten sich solche Suchstrategien nach kompensatorischen Ressourcen auf den Bereich der Sozialpolitik (in der Forderung nach mehr Ehrenamt und nach mehr Selbst- als Fremdhilfe) und zunehmend auch auf Fragen der inneren Sicherheit (z. B. Bürgerwehren und Selbstschutzmaßnahmen).

Allerdings wird diese Suche häufig schnell abgebrochen und es werden fragwürdige „Todesanzeigen“ aufgegeben: Es gäbe keinen „Gemeinsinn“ und keine „Solidarität“ mehr, sondern nur noch „Ichlinge“ oder „Egotripler“. Solche Schnelldiagnosen resultieren aus der Erwartung, daß unterhalb der staatlichen Ordnungsmuster eine vom Gemeininn geprägte soziale Ordnung, wie in „alten Zeiten“, unverändert existieren würde. Wenn man also die Trümmer staatlicher Dienstleistungen und Regulative wegräumen würde, komme darunter die unversehrte traditionelle „Gemeinschaft“ zum Vorschein, die sich in härter werdenden Zeiten als „Schicksalsgemeinschaft“ verstehen und verhalten würde (so Schäuble 1994) und in der die einzelnen Bürgerinnen und Bürger ihre eigenen Selbstentfaltungsinteressen zugunsten des „Gemeinwohls“ zurückstellen würden. Noch immer in staatszentrierten Kategorien denkend und aus einem instrumentellen Nutzungsinteresse heraus, können die Resultate eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Individualisierungsprozesses nur als defizitär wahrgenommen werden: Menschen

sind offensichtlich weniger bereit, „ihrem“ Staat kompensatorisch „auszuhelfen“ und sich in der Tradition des klassischen Ehrenamtes „aufzuopfern“.

In den letzten Jahren haben die aktuellen dramatischen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen grundlegende Fragen zum inneren Zusammenhalt spätmoderner Gesellschaften auf die Tagesordnung gebracht. Typisch dafür ist der Publikationsdoppelpack von Heitmeyer (1997a; 1997b) mit den Titeln „Was treibt die Gesellschaft auseinander?“ und „Was hält die Gesellschaft zusammen?“. Politische Essays mit höchst unterschiedlichen Antworten auf solche Fragen überschwemmen den Markt (etwa Schwarz 1996; Herzinger 1997; Grunenberg 1997). Als seriöser philosophischer Diskurs gesellt sich die Kommunitarismusdebatte hinzu (zusammenfassend: Reese-Schäfer 1997; Jaeger 1997). Es entfaltet sich eine fachlich fundierte Diskussion, die über die skizzierte verkürzende Perspektive hinausweist. In ihren Mittelpunkt rückt die Idee der „Zivilgesellschaft“ oder des „bürgerschaftlichen Engagements“ nicht als „Notstromaggregat“ eines fiskalpolitisch reduzierten Staates, sondern als Kern einer lebendigen Demokratie.

Ein wichtiger Motor für die wachsende Beschäftigung mit zivilgesellschaftlichen Potentialen bildet die Tatsache, daß die kapitalistischen Gesellschaften unmittelbar mit sich selbst konfrontiert werden. Ihre Friktionen und menschenverachtenden Konsequenzen können nach dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ in Europa nicht mehr in den „projektiven Container“ kommunistischer Wählerbase externalisiert werden. Es entsteht die Notwendigkeit nach sozialen Kräften zu fragen, die humane Lebensformen gegen eine Selbstläufigkeit ökonomischer Prozesse verteidigt. Für Antonio Gramsci, der das Konzept der „zivilen Gesellschaft“ erstmals formuliert hat, war „die ‚zivile Gesellschaft‘ ... der Inbegriff jenes Ensembles moralischer, kultureller und institutioneller Potenzen, welche es vermöchten, der destruktiven Dynamik des Kapitalismus zu wehren“ (Dubiel 1990, S. 491).

Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement

Was aber sollen wir nun unter bürgerschaftlichem Engagement verstehen? Sehr einfach und doch umfassend hat Konrad Hummel bürgerschaftliches Engagement definiert als „ganzheitliches Handeln oder auch die Handlungsbereitschaft von Bürgern im Eigeninteresse mit anderen gemeinsam zugunsten aller gemeinsam“ (1997, S. 43). Im Münchner Forum Bürgerschaftliches Engagement haben wir uns in einem intensiven gemeinsamen Prozeß auf das verständigt, was wir unter bürgerschaftlichem Engagement verstehen wollen:

„Bürgerschaftliches Engagement ist der selbstbestimmte und zielgerichtete Einsatz für nachhaltige Verbesserungen sowohl im persönlichen Lebensumfeld als auch im Gemeinwesen. Es reagiert auf individuelle und gesellschaftliche Herausforderungen und versteht sich als Ergänzung zu staatlichem Handeln.

Bürgerschaftliches Engagement eröffnet kreative und gemeinschaftliche Lösungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens durch Verbindung von Eigeninitiative und sozialer Verantwortung.

Bürgerschaftliches Engagement umfaßt Freiwilligenarbeit, Ehrenämter, Selbsthilfe, Bürgerinitiativen und selbstorganisierte Projekte. Es lebt von den Fähigkeiten, Kompetenzen und Interessen der Engagierten.

Bürgerschaftliches Engagement basiert auf demokratischen Grundregeln und Toleranz. Es ist angewiesen auf öffentliche Anerkennung, auf rechtliche, strukturelle und finanzielle Förderung sowie entsprechende Rahmenbedingungen.“

Bürgerschaftliches Engagement muß aus der Engführung eines „Notstromaggregats“ für die Erwerbsgesellschaft oder eine anorektisch gefährdete kommunale Verwaltung herausgeführt werden. Es kann nicht um ein Modell der großräumigen Beschäftigungstherapie jener Bevölkerungsgruppen gehen, die als Problemgruppen des Arbeitsmarktes gelten. Bürgerschaftliches Engagement hat natürlich mit den tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitsgesellschaft zu tun, aber in ihm bündeln sich auch weitere wichtige Diskurse. Die Faszination, die von der Entdeckung einer zivilgesellschaftlichen Perspektive ausgeht, hat gerade damit zu tun, daß das Konzept von bürgerschaftlichen Engagement unterschiedliche aktuelle gesellschaftlicher Fragestellungen zu bündeln vermag.

Bürgerschaftliches Engagement läßt sich als Schnittmenge folgender Diskurse charakterisieren:

1. Der *Gemeinwohldiskurs*: Die besorgte Debatte um das Gemeinwohl, um Gemeinwohl in einer individualisierten Gesellschaft. Geht uns das „soziale Kapital“ verloren, jener Bereich sozialer Beziehungen und Kontexte, in denen sich Menschen beheimaten und identifizieren können?
2. Der *Demokratiediskurs*: Die Zivilgesellschaft wird entdeckt und als das „Herz“ oder die „Seele“ der demokratischen Gesellschaft betrachtet. Sie besteht aus dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Sie mischen sich ein und machen sich öffentliche Anliegen zu ihren eigenen.
3. Der *Diskurs sozialer Sicherung*: Wie stellen Gesellschaften die Absicherung vor den Folgen existentieller Risiken und Bedrohungen sicher, ohne daß Menschen zu Objekten „fürsorglicher Belagerung“ gemacht werden oder zu passiven Dienstleistungsempfängerinnen und -empfängern?
4. Der *Tätigkeitsdiskurs*: Tätigkeit im Sinne von Erwerbsarbeit ist das zentrale Medium der Identitätsentwicklung der Moderne gewesen. Wenn aber die Erwerbsarbeit nicht für alle Menschen eine Verankerungsmöglichkeit schafft, wie soll dann im positiven Sinne Identität geschaffen werden? Die Idee der Tätigkeitsgesellschaft zeigt so viele sinnvolle gesellschaftliche Aktivitätsfelder auf, die sich nicht auf Erwerbsarbeit reduzieren lassen.

Das Konzept bürgerschaftlichen Engagements bündelt also wichtige Diskurse, in denen um innovative zukunftsfähige Lösungen gerungen wird. Soll nun die Selbsthilfebewegung in die Zivilgesellschaft eingemeindet werden?

Der Diskurs über Selbsthilfe kann sinnvollerweise in zwei Richtungen entwickelt werden. Die eine Richtung definiert Selbsthilfe empirisch-nüchtern und geht von dem Bestand von Gruppen aus, in denen sich Menschen zusammengeschlossen haben, um mit gleichbetroffenen Menschen an der Bewältigung jener Probleme zu arbeiten, die sie belasten. Diese Diskursrichtung will sich auf das engere Feld der Selbsthilfegruppen konzentrieren und es nicht mit Themen, Erwartungen und Analysen überfrachten, die heute unter Stichworten wie neues *Ehrenamt*, *bürgerschaftliches Engagement* oder *Zukunft des Sozialstaats* Konjunktur haben. Damit ist die zweite Diskursrichtung angedeutet. Ich sehe den Selbsthilfebereich als ein inzwischen bewährtes Lernfeld in gesellschaftlicher Selbstorganisation, das sich der zweiten Diskursrichtung selbstbewußt öffnen sollte ohne Sorge, dabei die eigene Identität zu verlieren. Gerade in einer Phase dramatischer gesellschaftlicher Veränderungen kommen alle gesellschaftlichen Handlungsbereiche auf den Prüfstand ihrer Zukunftsfähigkeit. Nach meiner Vermutung hat das Lern- und Handlungsfeld Selbsthilfe zukunftsfähige Erfahrungen zu bieten.

Zukunft des Sozialen im flexiblen Kapitalismus

Bezogen auf die beruflichen Anforderungen dieses globalisierten Wirtschaftssystems stellt Sennett (1998) in seiner Analyse des „flexiblen Kapitalismus“ den Abbau von Strukturen heraus, die auf Langfristigkeit und Dauer angelegt sind. An ihre Stelle würden „netzwerkartige Gliederungen“ treten, die „weniger schwerfällig“ seien „als starre Hierarchien“ (S. 27). An Bedeutung würden Beziehungen gewinnen, die Granovetter treffend durch die „Stärke schwacher Bindungen“ charakterisiert hat, womit gemeint ist zum einen, „daß flüchtige Formen von Gemeinsamkeit den Menschen nützlicher seien als langfristige Verbindungen, zum anderen, daß starke soziale Bindungen wie Loyalität ihre Bedeutung verloren hätten“ (S. 28). „Distanz und oberflächliche Kooperationsbereitschaft sind ein besserer Panzer im Kampf mit den gegenwärtig herrschenden Bedingungen als ein Verhalten, das auf Loyalität und Dienstbereitschaft beruht“ (S. 29). Sennett knüpft an diese Analyse die besorgte Frage: „Wie lassen sich langfristige Ziele in einer auf Kurzfristigkeit angelegten Gesellschaft anstreben? Wie sind dauerhafte soziale Beziehungen aufrechtzuerhalten? Wie kann ein Mensch in einer Gesellschaft, die aus Episoden und Fragmenten besteht, seine Identität und Lebensgeschichte bündeln?“ (S. 31)?

Einen noch zentraleren Stellenwert erhalten die neuen hochflexiblen Netzwerkfigurationen in der großangelegten Analyse der gesellschaftlichen Transformationen der Weltgesellschaft von Manuel Castells (1996; 1997; 1998). Er rückt die elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten ins Zentrum seiner Globalisierungs-

theorie. Sie hätten zum Entstehen einer „network society“ (so der Titel des ersten Bandes der Castells'schen Trilogie) geführt, die nicht nur weltweit gespannte Kapitalverflechtungen und Produktionsprozesse ermöglichen würde, sondern auch kulturelle Codes und Werte globalisiert. Für Castells bedeutet „die Netzwerkgesellschaft einen qualitativen Wandel in der menschlichen Erfahrung“ (1996, S. 477): Die Konsequenzen der Netzwerkgesellschaft „breiten sich über den gesamten Bereich der menschlichen Aktivität aus und transformieren die Art, wie wir produzieren, konsumieren, managen, organisieren, leben und sterben“ (Castells 1991, S. 138).

Welche Auswirkungen haben diese netzwerkartigen sozialen Beziehungsmuster für die Konstitutionsbedingungen kollektiver Identitäten? Sowohl Sennett als auch Castells konstatieren ambivalente Restrukturierungsprozesse kollektiver Zugehörigkeiten. Sennett beschreibt diese Prozesse so: „Eine der unbeabsichtigten Folgen des modernen Kapitalismus ist die Stärkung des Ortes, die Sehnsucht der Menschen nach Verwurzelung in einer Gemeinde. All die emotionalen Bedingungen modernen Arbeitens beleben und verstärken diese Sehnsucht: die Ungewissheiten der Flexibilität; das Fehlen von Vertrauen und Verpflichtung; die Oberflächlichkeit des Teamworks; und vor allem die allgegenwärtige Drohung, ins Nichts zu fallen, nichts ‚aus sich machen zu können‘, das Scheitern daran, durch Arbeit eine Identität zu erlangen. All diese Bedingungen treiben die Menschen dazu, woanders nach Bindung und Tiefe zu suchen“ (S. 189f.). Aber diese Suche nach Verortung und Beheimatung nimmt häufig die Gestalt eines *regressiven Wir* an, es richtet sich gegen Immigrantinnen und Immigranten und andere Außenseiter. „Die wichtigste Architektur der Gemeinschaft ist die Mauer gegen eine feindliche Wirtschaftsordnung“ (S. 190). „Jetzt ... nimmt dieses zweifelhafte, *fiktive Wir* ein neues Leben an. Es soll dazu dienen, die Menschen gegen eine energische neue Form des Kapitalismus zu verteidigen“ (S. 191). Eher vage skizziert Sennett die Umriss nicht-regressiver Formen „posttraditionaler Gemeinschaften“. Sie leben von ihrer inneren Konfliktfähigkeit und nicht von einer Harmonie-Illusion, die um den Preis der projektiven Feindproduktion entsteht: ... „die grundsätzlichen Regeln der Auseinandersetzung (binden) die streitenden Parteien aneinander. ... Der Schauplatz des Konflikts wird in diesem Sinne zu einer Gemeinschaft, als die Beteiligten es lernen, einander zuzuhören und aufeinander einzugehen, obwohl sie ihre Differenzen sogar noch deutlicher empfinden“ (S. 197).

Auch Castells (1997) beschreibt im zweiten Band seiner Trilogie (Titel: „The power of identity“) eine spezifische Reaktanzbildung auf die „network society“, in der sich lokale und Verbindlichkeit vermittelnde soziale Beziehungen verflüchtigen. Er sieht weltweit das Entstehen von fundamentalismusträchtigen Formen einer „resistance identity“: Sie entstehen aus einer defensiven Identitätspolitik von Gruppen, sozialen Bewegungen oder auch einzelnen Personen, die sich gegen die vorherrschende Dominanzkultur der „real virtuality“ (S. 66) in der Gestalt von kon-

struierten kollektiven Wir-Figurationen wehren, die auf lokale, kulturelle oder religiöse Eindeutigkeiten und Grenzziehungen bestehen. Ihr Grundprinzip formuliert Castells als „the exclusion of the excluders by the excluded“ (S. 9). Von diesen Reaktanzformen kollektiver Identität unterscheidet Castells das Muster der „project identity“. Ihr Entstehungsprozess läuft in aller Regel über irgendeine Form von widerständiger Identität, aber sie bleibt nicht in der Verteidigung partikularistischer eingespielter Lebensformen stehen, sondern entwirft Vorstellungen neuer selbstbestimmter Identitätsfigurationen in einer zivilgesellschaftlichen Perspektive, die in ihrem Anspruch universalistisch ausgerichtet ist. Projekt-Identitäten bilden sich in sozialen Bewegungen (z. B. Frauenbewegung) heraus, in Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements. Die Aktivitäten zur Realisierung von Projekt-Identitäten sind auch der entscheidende Motor zur Bildung sozialen Kapitals.

In einem vielbeachteten Aufsatz hat der amerikanische Sozialwissenschaftler Robert Putnam für die USA das „bowling alone“-Phänomen diagnostiziert und damit eine besorgniserregende Abnahme des „sozialen Kapitals“ festgestellt. Er versteht darunter „den Bestand an sozialem Vertrauen, Normen und Netzwerken, auf den sich Menschen bei der Lösung gemeinsamer Probleme beziehen können. Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements sind eine unentbehrliche Form sozialen Kapitals, und je dichter diese Netzwerke sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, daß Mitglieder einer community mit wechselseitigem Gewinn zusammenarbeiten werden.“ Produktionsstätte für soziales Kapital sind für Putnam Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements.

Wie begründet Robert Putnam seine Diagnose, daß in den USA das Sozialkapital abschmelzen würde? Er benennt dafür vor allem vier Ursachen:

1. Die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen führe zu einem Rückgang ihres gemeinnützigen sozialen Engagements.
2. Die wachsende soziale Mobilität erschwere es, Wurzeln zu schlagen und sich in einer spezifischen Gemeinschaft zu verorten.
3. Veränderte Familienformen, eine ständig zunehmende „Beziehungsmobilität“, weniger Kinder und sinkende Realeinkommen von Familien reduzierten ihre Bedeutung als Produktionsstätten tragfähiger Beziehungen.
4. Die sich ausbreitende „Erlebnisgesellschaft“ fördere die Orientierung an individualisierten Glückserlebnissen und würde den Egotrip der Menschen fördern.

Die aus diesen Beobachtungen abgeleitete *Erosion des Sozialen* führt aus der Sicht konservativer Zeitgenossen zu der Diagnose des abnehmenden sozialen Kapitals, der sich auch ein Repräsentant des *Instituts der deutschen Wirtschaft* anschließt: „Zu einer Unterversorgung mit Sozialkapital, das heißt zu einer Verknappung,

kommt es ... dann, wenn mehr und mehr Individuen einen Lebensstil pflegen, der sich durch eine Fixierung allein auf sich selbst auszeichnet, und persönliche soziale Kontakte, soziales Zusammengehörigkeitsgefühl und soziales wie politisches Engagement in Gruppen, Vereinen, Parteien und Verbänden seltener werden sowie die Familie und die Nachbarschaftsbeziehungen als vertrauensvolle soziale Fixpunkte an Bedeutung verlieren (Atomisierung)“ (Meier 1996, S. 7).

Auch der vielfach registrierte Wertewandel bekommt noch einen Teil der Schuld mit aufgeladen: „Die erlebnisreiche Alleinverwirklichung scheint zu einer neuen Leitidee geworden zu sein, die einer Gesellschaft ihren sozialen Charakter nehmen und damit das Sozialkapital schwächen kann, wenn die sogenannten Pflicht- und Akzeptanzwerte den Selbstentfaltungswerten gänzlich untergeordnet werden“ (S. 10).

Eine solche Perspektive, die auch in Deutschland so viel spontane Zustimmung findet, kann die Folgen des gesellschaftlichen Umbruchs offensichtlich nur als Verlustbilanz aufmachen. Individualisierungsprozesse werden gleichgesetzt mit Erosionsprozessen. Deshalb gilt es einen weniger trauerumflorten Blick auf diese Prozesse zu richten, die ein ganz wesentlicher Motor für jene Veränderungen sind, die unseren Alltag gegenwärtig tiefgreifend verändern.

Ich setze dagegen: Gerade im Gefolge des aktuellen gesellschaftlichen Strukturwandels entstehen veränderte Motivlagen, die allenfalls dem traditionellen Ehrenamt Verluste bescheren, die aber zugleich als Quelle für neue Formen des freiwilligen Engagements begriffen werden können.

Meine *erste These*: Es gibt in der Bundesrepublik ein gutes motivationales Potential für bürgerschaftliches Engagement, aber dieses ist durch vorhandene institutionelle Felder nicht einfach abrufbar, sondern es bedarf neuer Gelegenheitsstrukturen. Das traditionelle milieubedingte Ergänzungsverhältnis von Motiven und Gelegenheitsstrukturen löst sich auf. Die motivationale Basis für bürgerschaftliches Engagement hat sich verändert und sie findet in traditionellen Formen der Organisation von ehrenamtlicher Tätigkeit kaum den erforderlichen Resonanzboden. Eine nachhaltige Aktivierung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements bedarf neuer Rahmenbedingungen und Unterstützungsformen.

Zwei Begriffe habe ich verwandt, die erklärungsbedürftig sind: „Ergänzungsverhältnis“ und „Gelegenheitsstrukturen“ und sie haben beide sehr viel mit Motivlagen und ihrer Umsetzung in konkretes Handeln zu tun. In unserem Handeln, sagte Sigmund Freud, wirken unsere primären Motive, Wünsche oder Triebe mit den kulturellen Erwartungen, Wertungen, aber auch Verbotstafeln zusammen. Auch im bürgerschaftlichen Engagement gibt es ein „Ergänzungsverhältnis“: Bestimmte Motivlagen, die ehrenamtliche, freiwillige Tätigkeiten tragen, können ideal zu bestimmten Institutionen und ihren Aktivitätsfeldern passen. Handele ich aus einem christlichen Grundverständnis und ist deshalb die „tätige Nächstenliebe“ eine selbstverständliche Pflicht, so finden diese Motivlagen möglicherweise genau die Pas-

sung zu sozialen Projekten meiner Kirchengemeinde oder eines christlichen Wohlfahrtsverbandes. Eine aus dem Grundverständnis der Arbeiterbewegung kommende Vorstellung von Solidarität wird in den Gewerkschaften oder bei der Arbeiterwohlfahrt sein stimmiges Entsprechungsverhältnis finden. Es läßt sich auch anders formulieren und eröffnet damit die Möglichkeit auch den zweiten Begriff zu erläutern: Unsere Motive brauchen „Gelegenheitsstrukturen“, um sich in konkreten Handlungszusammenhängen einklinken zu können.

In „heißen Perioden“ gesellschaftlicher Entwicklung, wenn die Menschen das Gefühl haben, daß sich die „Geschäftsgrundlagen“ ihres Handelns zunehmend verflüchtigen, also in Phasen eines beschleunigten gesellschaftlichen Wandels, lösen sich auch bewährte „Ergänzungsverhältnisse“ auf. In einer solchen Phase scheinen wir uns zu befinden. Wir beobachten einen Wertewandel auf der Seite der Subjekte, die zu einer Abkehr von Institutionen und Engagement führen können, die jetzt nicht mehr als passend erlebt werden. „Das ist nicht mehr mein’s“ kann man dann hören (z. B. bei jemandem, der sich von bestimmten Tugenden der Pflicht verabschiedet hat). Gegenüber dem politischen Institutionen sagen z. B. 90 % der Heranwachsenden zwischen 15 und 30 Jahren, daß sie sich nicht mehr durch sie vertreten fühlen (vgl. Silbereisen et al. 1997).

Das Passungsverhältnis kann auch aus einer anderen Perspektive als nicht mehr tauglich eingeschätzt werden. Aus der Sicht von jemandem, der sich besorgte Gedanken über die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland macht, mögen spezifische Motivlagen der Deutschen, die auf Sicherheit, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit zielen, zu einer globalisierten und auf Flexibilität und Mobilität setzenden Wirtschaft nicht passen. Bundespräsident Herzog hatte wohl dieses Problem im Auge, als er in seiner vielbeachteten Rede im April 1997 von dem „mental Problem“ der Deutschen sprach. Er äußerte die Befürchtung, daß sich ein spezifisches Ergänzungsverhältnis zu tief in die deutsche Mentalität eingegraben haben könnte. Unter „Mentalität“ kann man „die Summe der psychischen Potentiale eines Volkes, einer Gruppe oder von Individuen“ verstehen (Gensicke 1998, S. 20). Die deutsche Mentalität wird oft durch ihre „Staatsgläubigkeit“ beschrieben. Die lange Tradition obrigkeitstaatlicher Lösungen habe bei deutschen Frauen und Männern eine Erwartung tief einprogrammiert: „Der Staat“ oder „die Politik“ sollen Probleme bewältigen oder Initiativen für Veränderungen ergreifen. Aus dieser Haltung heraus sei das Potential für Eigenverantwortung nicht im gleichen Maße vorhanden wie etwa in Holland, das eine lange zivilgesellschaftliche Tradition aufweist.

Wie immer dann, wenn Passungen, ob in der Partnerschaft, im ökonomischen oder im politischen Feld, nicht mehr stabil tragen und die wechselseitigen Erwartungen immer häufiger enttäuscht werden, werden Schuldige gesucht, in aller Regel beim jeweils anderen. Für unser Thema ist dann entweder „die Politik“ der Sündenbock oder es sind die verwöhnten oder mental fehlprogrammierten Bürge-

rinnen und Bürger. Wenn aber gesellschaftliche Strukturveränderungen die eigentliche Ursache für die Destabilisierung des Passungsverhältnisses sind, können solche Schuldzuschreibungen das Problem nur verfehlen.

Ich fasse diese Einstiegsüberlegungen mit einer *zweiten These* zusammen: Der aktuelle gesellschaftliche Wandel löst das Passungsverhältnis zwischen individuellen Motiven und Bedürfnissen und politisch-gesellschaftlichen Arrangements der Nachkriegsordnung erkennbar auf. Davon ist auch das freiwillige soziale Engagement betroffen. Dieses eignet sich nicht, die Synchronisationslücken in traditionell angelegten staatlichen Handeln kompensatorisch zu füllen. Hier ist ein Paradigmenwechsel von Politik erforderlich, der dem bürgerschaftlichen Engagement eine aktiv-gestaltende Rolle einräumt.

Selbstsorge als Potential bürgerschaftlichen Engagements

Um die Potentiale von Alltagssolidarität steht es sehr viel besser, als es uns manche rückwärtsgewandten Klagelieder über den Zustand unserer Gesellschaft suggerieren wollen. Und wir müssen vor allem von falschen Grobkategorien und so wunderbar einfachen Polaritäten Abschied nehmen. Wir müssen vor allem differenzieren zwischen jenen Prozessen, die unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung fördert und fordert: jede Chance auf Rendite zu nutzen, den eigenen Vorteil auf dem Markt zu suchen, die eigenen Interessen möglichst auszureizen. Das hat erst einmal mit Egoismus nichts zu tun. Hier handelt es sich um die „Wolfsesetze“ einer ökonomischen Ordnung, die auch ordnungspolitisch auf dieser Ebene eingedämmt oder überwunden werden müssen, oder dort, wo sie zerstörerische Wirkung entfalten, in der ökonomischen Logik (etwa durch eine ökologische Steuerreform) bekämpft werden müssen. Hier dürfte die Diagnose von moralischen Charakterdefiziten etwa so wirksam sein wie Wadenwickel gegen Heuschnupfen.

Reflektierte und gelungene Selbstsorge, danach zu fragen, was ich will und was für mich gut ist, ist nicht nur kein Widerspruch zur Bereitschaft im Alltag praktische Solidarität zu üben, sondern sogar ihre Voraussetzung – gerade und speziell einer individualisierten Gesellschaft. Individualisierung entzieht Gemeinsamorientierungen und -handlungen nicht automatisch den Boden, wie es oft unterstellt wird, sondern schafft andere Voraussetzungen dafür. Robert Wuthnow (1997), der sich in den USA am intensivsten mit freiwilligem sozialen Engagement beschäftigt hat, hat das ganz klar herausgefunden. In seiner Studie verdichtet er den zentralen Wert einer individuellen Selbstsorge auf die Formel: „In der Lage zu sein, das zu tun, was man möchte.“ 83 % derer, die sich diese Formel persönlich voll zu eigen gemacht haben, halten es für wichtig, sich zu engagieren, wenn andere Menschen Hilfe brauchen. Bei jenen, die diese Formel für sich ablehnten, war die Engagementbereitschaft um einiges geringer (79 %) (S. 57). Wuthnow legt interessenzweckhaft Studien vor, in denen dieser Zusammenhang noch deutlicher wird. Janet Russo etwa,

eine „attraktive Enddreißigerin“, engagierte sich eine Zeitlang in der Schule ihrer Kinder. Warum tut sie das? Ihre Antwort: „Es waren rein egoistische Gründe. Ich zog hierher ... vor zwei Jahren, und ich war wirklich allein. In der ganzen Nachbarschaft gab es niemanden; ich hatte den Eindruck, in einer Gegend ohne Nachbarn zu leben“ (Wuthnow 1997, S. 71). Aber Janet Russo ist keine Narzissin, „denn es ist ihr durchaus wichtig, der Sorge um andere eine Rolle in ihrem Leben einzuräumen“. Sie ist durch und durch eine Individualistin, und sie betont das auch: „Ich erledige die Dinge auf meine Weise, und niemand anderer tut dies auf die gleiche Weise. Darum bin ich die geworden, die ich bin“. Aber Selbstsorge und die Betonung von Autonomie ist nicht identisch mit Selbstbezogenheit oder gar Selbstgenügsamkeit. Janet Russo betont: „Ich glaube nicht, daß man als Individualist nur mit sich selbst beschäftigt ist; man muß sich beteiligen“ (S. 74).

Also individualisierte Menschen sind nicht notwendig Egotripler, die von dem Grundbedürfnis bestimmt sind, „Subjekt des eigenen Handelns zu sein“, wie es Helmut Klages formuliert, und er sagt dann weiter, daß dieses Bedürfnis „keineswegs mit dem Gemeinsinn in Widerspruch steht“ (1993, S. 40). Vor mehr als ein- und einhalb Jahrhunderten hat de Tocqueville in bezug auf die Amerikaner festgestellt, daß sie „durch ihren Individualismus ... in stärkerem Maße gegenseitig aufeinander angewiesen (sind)“. Sie verhielten sich also rational, wenn sie nicht nur ihre eigenen Ziele verfolgten, sondern auch anderen beistünden, denn diese Hilfe für andere sei auch in ihrem eigenen Interesse. Er nennt diese Haltung ein *wohlverstandenes Eigeninteresse*“ (Wuthnow 1997, S. 80).

Für die These von Helmut Klages gibt es durchaus empirische Bestätigungen. Es gibt deutliche Hinweise auf einen allmählichen Rückgang des traditionellen Ehrenamtes, der sich vor allem im Bereich der sozialen Dienste zeigt und der vor allem von den Repräsentanten traditioneller subsidiär erbrachter Wohlfahrtsleistungen registriert und beklagt wird. Es gibt aber insgesamt betrachtet eher eine Zunahme von freiwilligem gesellschaftlichem Engagement. Allerdings – und das kommt in der Formulierung vom „frei flottierenden Potential an Gemeinsinn“ gut zum Ausdruck – speist sich dieses Potential nicht mehr aus Motivlagen, die eine kontinuierliche oder gar lebenslange Anbindung an spezifische Institutionen erwarten läßt. Gerade die motivationalen Muster, die auf individuelle Authentizität oder auf konkrete Projekte der Veränderung in der eigenen überschaubaren Lebenswelt zielen, lassen eher punktuelle und projektbezogene Formen des Engagements erwarten.

Für einen wachsenden „bowling alone“-Effekt (vgl. Putnam 1995) gibt es in Deutschland keine beweiskräftigen Belege. Zwar gibt es einige spezifische Risikogruppen für Vereinsamung und mangelnde soziale Integration, aber für die durchschnittliche Bevölkerung zeigt sich ein hohes Maß sozialer Vernetzung und daraus entstehender Alltagssolidarität. Dieses „soziale Kapital“ ist allerdings gesellschaftlich ungleich verteilt. Dies zeigt sich letztlich auch in dem Befund, daß ökonomisch

und bildungsmäßig privilegierte gesellschaftliche Gruppen auch in höherem Maße in freiwilligen gesellschaftlichen Aktivitäten beteiligt sind. Gleichzeitig gibt es jedoch auch Hinweise auf eine zunehmende Aktivierung von sozial benachteiligten und aus der Erwerbsarbeit ausgeschiedenen Gruppen.

Als deutlicher Trend zeichnet sich eine Verlagerung des Engagements aus den Bereichen politischer Parteien und Bürgerinitiativen hin zu überschaubaren Formen der Alltagssolidarität in den lebensweltlichen sozialen Netzen ab. Das gilt vor allem für Heranwachsende, die ihre Handlungsbereitschaften immer weniger auf den politischen Raum ausrichten.

In diesem Wertewandel werden Selbstentfaltungswerte (z. B. „eigene Fähigkeiten und Kenntnisse einbringen und weiterentwickeln“, „sich selbst aktiv halten“, „interessante Leute kennenlernen“ oder „Spaß haben“) immer bedeutsamer, allerdings lösen sie nicht einfach die traditionellen Tugenden und Pflichten („anderen Menschen helfen“, „etwas Nützliches für das Gemeinwohl tun“, „mehr für den Zusammenhalt der Menschen tun“ oder „praktische Nächstenliebe üben“) ab, sondern sie mischen sich auf höchst eigenwillige Weise. Und genau dieses gilt auch für die Motive des Engagements, die für die Bundesrepublik nachgewiesen worden sind. Klages (1998) zeigt dies in seinem Wertesurvey von 1997 sehr klar auf. Wenn man sich die Liste des Wertesurveys anschaut, dann zeigt sich, daß sowohl traditionelle Orientierungen, als auch selbstentfaltungsbezogene Motive eine tragende Rolle spielen.

Ich fasse diesen Punkt mit meiner *dritten These* zusammen: Ein tiefgreifender Wertewandel hat die ganze Bevölkerung der Bundesrepublik erfaßt. Selbstentfaltungswerte gewinnen und traditionelle Pflichtwerte verlieren an Bedeutung. Diese Entwicklung wird oft als Tendenz zum Egoismus mißverstanden. Es ist vielmehr eine Tendenz zu mehr Eigeninitiative, Eigensinn und Selbstsorge, die eine wichtige Quelle bürgerschaftlichen Engagements darstellt.

Bürgerschaftliches Engagement schöpft also aus dem Potential sozialen Engagements von Bürgerinnen und Bürgern in ihrer Alltagswelt. Die bisherigen Überlegungen zur Alltagssolidarität lassen sich so zusammenfassen:

1. Eine sich zunehmend individualisierende Gesellschaft erzeugt nicht notwendigerweise isolierte und vereinsamte Ego-Menschen. Es existieren in dieser Gesellschaft ganz im Gegenteil hohe Potentiale für solidaritätsfördernde Netze.
2. Aber diese in sozialen Netzen erzeugte Alltagssolidarität bleibt oft auf private Welten reduziert, haben also die Tendenz zu „Stammeskulturen“: Unterstützt wird, wer zu uns gehört, zu meiner Familie, zu meinem Clan, zu meiner Szene oder zu meiner Selbsthilfegruppe.

3. Und es gibt gesellschaftlich ungebundene Solidaritäts- und Engagementpotentiale, „ein frei flottierendes Potential an Gemeinsinn in der Gesellschaft“ (so Helmut Klages in Körper-Stiftung 1993, S. 40), das als soziale Produktivkraft nicht genutzt werden kann, weil es sich nicht an traditionellen Vereinen, Verbänden und Institutionen anbindet. Auch in ihrem sozialen Engagement wünschen sich zunehmend mehr Menschen „Subjekt des eigenen Handelns zu sein“ (ebd.).

Leistungen und Probleme der Projektfelder der vorhandenen Freiwilligenkultur

Wie können in der Bundesrepublik die empirisch nachgewiesenen Potentiale des Freiwilligenengagements, die nicht mehr über traditionelle Milieubindungen und Vergemeinschaftungsformen handlungswirksam werden können, neu „Gelegenheitsstrukturen“ und offene Passungsangebote finden? Die neuen experimentellen Vermittlungsinstanzen wie Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen, Mütterzentren, Seniorenbüros oder Agendabüros erfüllen genau an diesem Punkt eine zentrale Aufgabe.

Wenn man diese Initiativenfelder zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements bilanziert, ergibt sich ein Patchwork vielfältiger Formen der Freiwilligentätigkeit, und nur die relative Zersplitterung dieser Felder kann zu dem Eindruck führen, daß in der Bundesrepublik – verglichen mit europäischen Staaten ähnlichen Charakters – eine starke Unterentwicklung des Engagements gegeben sei. Auch die Bundesrepublik hat eine reiche und vielfältige Freiwilligenkultur, sie ist nur in ihrer sektoralen Aufsplitterung zu wenig als eine solche Kultur wahrgenommen, wertgeschätzt und gestaltet worden. In allen Engagementfeldern kann eine ähnliche Erfolgsgeschichte erzählt werden: „Wo bürgerschaftliches Engagement durch entsprechenden Einrichtungen unterstützt wird, hat es sich quantitativ und qualitativ ausgeweitet“ (Braun / Bischof 1999, S. 203). Für alle genannten Engagementfelder gilt mehr oder weniger, daß sich Menschen aus eigenem Impuls engagieren, um für sich Problemlösungen zu finden und zusammen mit anderen eigene Vorstellungen für die Lösung zukunftsweisender Fragen zu entwickeln und umzusetzen.

Lernprozesse der Selbstorganisation im Selbsthilfesektor, in der Familien-selbsthilfe, in den Seniorenbüros, den Freiwilligenagenturen und den lokalen Agenda-21-Projekten weisen vielfältige Gemeinsamkeiten und sich überlappende Tätigkeitsfelder auf. Ein zentraler Punkt bei allen fünf Erfahrungsfeldern ist ihre bislang unzureichende institutionelle Gestaltung und die mangelnde finanzielle Absicherung. Es steht deshalb als zentrale Forderung im Raum, für diese existierenden Bausteine einer gelebten Zivilgesellschaft zukunftsfähige Rahmenbedingungen der institutionellen, finanziellen und professionellen Ausstattung zu sichern. Lösungsempfehlungen könnten dabei zwei Strategien verfolgen: Entweder wird für jeden Bereich nach Ressourcen gesucht, die dessen Stabilisierung und Verstärkung

sichern könnten, oder man sucht nach einer integrativen Verbundlösung, die von der Voraussetzung ausgeht, daß bürgerschaftliches Engagement nicht sektoral fraktioniert werden sollte, sondern schon im Förderkonzept eine synergetische Zusammenführung der Ressourcen aus den unterschiedlichen Erfahrungsfeldern anstrebt. Ein entscheidender politischer Gestaltungsschritt könnte darin bestehen, die verschiedenen Formen des gelebten Bürgerengagements unter einem Dach zu vereinen und die Idee einer „kommunalen Infrastruktur zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements“ in seinen Umsetzungsmöglichkeiten zu erproben.

Für die Gewinnung von zukunftsfähigen kommunalen Gestaltungsfaktoren für eine nachhaltige Förderung bürgerschaftlichen Engagements sind die sechs kritischen Erfolgsfaktoren wichtig, die die KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung 1999, S. 3-5) formuliert hat:

1. Das Selbstverständnis der kommunalen Akteure: Erforderlich ist die Erkenntnis, „daß sich durch die Förderung von Mitgestaltungsprozessen die Chance bietet, eine neue Qualität politischen Handelns zu verwirklichen“.
2. Die kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: „Ohne die aktive Mitwirkung der eigenen Mitarbeiter/innen wird die Förderung des Bürgerengagements scheitern.“
3. Aktivierende, unterstützende und begleitende Elemente: „Informationen und Angebote müssen sich an bestimmte soziale Gruppen in ihren jeweiligen Lebenssituationen wenden. Am wirkungsvollsten ist das, wenn dies gemeinsam mit bereits bestehenden Gruppen / Initiativen und Verbänden geschieht. Darüber hinaus sollte ein Angebot bestehen, engagierte Bürger/innen fachlich zu beraten und ihnen Weiterqualifizierungen zu ermöglichen.“
4. Eine kommunale Infrastruktur, die Engagement unterstützt: „Von großer Bedeutung ist eine Anlauf- und Informationsstelle, die gleichzeitig auch Koordinierungs- und Vernetzungsdrehscheibe ist. In einigen Modellprojekten gibt es positive Erfahrungen mit einer ‚Agentur für Bürgerengagement‘. Sie kann in unterschiedlicher Trägerschaft sein. Vermieden werden muß allerdings, daß sie für die Interessen eines Trägers vereinnahmt wird. Darüber hinaus muß vermieden werden, daß Parallelstrukturen geschaffen werden.“
5. Der verwaltungsinterne Prozeß zur Förderung des Bürgerengagements: „... in der Regel nicht vorhanden ist ein gemeinsames, verwaltungsintern abgestimmtes Handeln zur Förderung des Bürgerengagements“.
6. Das Zusammenwirken von Bund, Land und Kommunen: „Insgesamt zeigen die Erfahrungen, daß die Weiterentwicklung des Bürgerengagements am effektivsten an Ort und Stelle in der Kommune geleistet werden kann. Der Bund sollte die Bemühungen der Kommunen durch die Gewährung günstiger Rahmenbedingungen unterstützen. ... Die Rolle der Länder sollte vor allem darin bestehen, sich an der infrastrukturellen Unterstützung ... zu beteiligen.“

Qualitätsstandards für die kommunale Infrastruktur einer zivilgesellschaftlichen Engagementkultur

Bei institutionellen Arrangements wird man sinnvollerweise nicht über die lokalen und regionalen Besonderheiten hinweg eine Standardstruktur setzen können, aber es ist sicher sinnvoll, einige zentrale Rahmenfigurationen zu benennen:

Ein kommunal-regional zentriertes Förderzentrum für bürgerschaftliches Engagement soll aus der vorhandenen Aktivitätsmasse geformt werden. Insoweit Selbsthilfekontaktstellen, Familienelbsthilfeeinheiten, Seniorenbüros oder Freiwilligenagenturen bestehen, sollen sie eine aufgabenzentrierte Verbundlösung schaffen.

Ein solches Förderzentrum soll eine zielgruppenorientierte Binnendifferenzierung aufweisen, um unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse ansprechen und aufnehmen zu können. Es sollte Bereiche wie Soziales, Gesundheit, Kultur, Ökologie und Sport abdecken.

Eine integrative kommunale Förderstelle sollte entweder verbandsunabhängig sein oder durch eine plurale Trägerplattform (unter verpflichtender Einbeziehung von Kommune oder Kreis) die erforderliche Handlungsautonomie gewinnen. Vor allem klassische Wohlfahrtsverbände sollten nicht die alleinige Trägerregie über eine Förderstelle haben, da sie mit ihrer Zentrierung auf soziale Aufgaben zu wenig querschnittsorientiert sind.

Erforderlich ist ein politisch förderliches Klima, in dem bürgerschaftliches Handeln als zentraler Bestandteil der politischen Kultur geschätzt wird. In zahlreichen Kommunen und Ländern herrscht immer noch folgende Haltung vor: „Die Stabilisierung und Aktivierung der Ressourcen und Potentiale, die von den Bürgern in vielen bürgerschaftlichen Gruppen und Organisationen erbracht werden, wird als eine nachrangige Aufgabe und als freiwillige Leistung betrachtet, die mangels Finanzen oft nur in reduzierter Form umgesetzt wird“ (Braun / Bischof 1999, S. 204).

Für eine produktive zivilgesellschaftliche Handlungsperspektive bedarf es einer kooperativ gestalteten Schnittstelle zur Kommunalverwaltung. „Es zeichnet sich ein Paradigmenwechsel in der Engagementförderdiskussion ab. Das Verhältnis der von Kommunalverwaltungen und von den Bürgern und Bürgerinnen zu erbringenden Leistungen muß neu bestimmt werden“ (S. 205). Kooperation muß von beiden Seiten gewollt sein. Eine Verwaltung, die sich selbst die Förderung bürgerschaftlichen Engagements zum Ziel gesetzt hat, wird dies nicht in *splendid isolation* erreichen können, sondern braucht Partner in zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, mit denen zusammen dann eine innovative institutionelle Gestalt gesucht werden kann.

Freiwillig Engagierte zeigen in allen vorliegenden Untersuchungen einen ausgeprägten Wunsch nach Supervision, Qualifizierung und Weiterbildung. Vor diesem Hintergrund ist eine enge Kooperation mit Bildungswerken anzustreben, bei denen in aller Regel – neben verbandseigenen Qualifizierungsmaßnahmen – auch schon

ein großes Reservoir an Know-how in den Bereichen Freiwilligenqualifizierung und -management besteht.

Die zu entwickelnde kommunale Förderstruktur für bürgerschaftliches Engagement braucht auch eine Schnittstelle zum Bildungsbereich, denn gerade Kinder und Jugendliche sollten systematisch an die neue Freiwilligenkultur herangeführt werden. Dazu sind neben den Jugendverbänden vor allem Schulen gefordert und darüber hinaus speziell auch der Bereich, in dem Heranwachsende aus benachteiligten Milieus und Familien für Projekte des bürgerschaftlichen Engagements interessiert werden sollten.

In den kommunalen Förderstrukturen für Engagementaktivierung ist eine ausreichende Finanzierung notwendig, damit eine differenzierte und professionelle Profilbildung möglich ist. Die bisherige Erfahrung zeigt, daß die Formel gilt, daß eine Kommune um so mehr aus der Freiwilligenkultur zurückbekommt, je mehr sie investiert.

Die Basisfinanzierung für kommunale Förderstrukturen bürgerschaftlichen Engagements ist durch Mischfinanzierungen zu sichern, aber es müssen berechenbare und verlässliche Förderanteile von Kommunen, Bundesländern, Bund und Krankenkassen gewährleistet werden. Braun und Bischof schlagen vor: „Der Aufbau einer Engagement unterstützenden Infrastruktur ist eine gemeinsame Aufgabe des jeweiligen Landes und der Gebietskörperschaften, die vom Bund flankierend unterstützt werden sollte“ (1999, S. 199).

Auf der Basis einer gesicherten Grundfinanzierung sollten die kommunalen Infrastrukturen der Engagementförderung Fonds für spezielle kommunale Projekte bilden. Dies könnte durch die Schaffung von Bürgerstiftungen erfolgen (z. B. auch in Kooperation mit der Wirtschaft im Sinne von „Seitenwechsel“ und „Switch“).

Sozialpolitische Profillinien für eine demokratische Wohlfahrtsgesellschaft

Vor dem Hintergrund solcher Leitbildüberlegungen für eine Wohlfahrtsgesellschaft, die natürlich noch klarer exponiert werden müßten, lassen sich einige *sozialpolitische Konsequenzen* ableiten:

1. Das Leitbild einer Gesellschaft bürgerschaftlichen Engagements geht von dem Grundbedürfnis aus, Subjekt des eigenen Handelns zu sein.
2. Für den Standort Deutschland ist die Förderung „sozialen Kapitals“ genauso wichtig wie die Frage nach technologisch-ökonomischer Wertschöpfung.
3. Soziales Kapital kann nicht allein aus einer Verzichtsmoral geschöpft werden, sondern erfordert als Basis die Anerkennung von Selbstentfaltungswünschen.

4. Soziales Engagement ist ein gesellschaftlicher Wachstumsbereich – aber nur dann, wenn er nicht institutionell und ideologisch vereinnahmt wird. In der Bundesrepublik ist das Potential noch längst nicht ausgeschöpft.
5. Für soziale Arbeit im Sinne bürgerschaftlichen Engagements reichen die traditionellen Anerkennungsformeln für Ehrenamtlichkeit nicht aus. Erforderlich ist eine monetäre Anerkennung.
6. Bürgerschaftliches Engagement bildet die „Seele der Demokratie“. Ihre zentralen Bedingungen sind Konfliktbereitschaft und -fähigkeit sowie Bürger/innenpartizipation.

*Prof. Dr. Heiner Keupp
Ludwig-Maximilians-Universität München
Institut für Psychologie*

LITERATUR

- Bauman, Zygmunt: Globalisierung oder: Was für die einen Globalisierung, ist für die anderen Lokalisierung. In: *Das Argument*, Jg 38 (1996), H. 217, S. 653-664
- Beck, Ulrich: Die Seele der Demokratie. Wie wir Bürgerarbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren können. In: *DIE ZEIT*, Nr. 49 vom 28.11.1997, S. 7
- Castells, Manuel: *The rise of the network society* (Vol. I). In: *The information age: Economy, society and culture*. Oxford 1996: Blackwell
- Castells, Manuel: *The power of identity* (Vol. II). In: *The information age: Economy, society and culture*. Oxford 1997: Blackwell
- Castells, Manuel: *End of millenium* (Vol. III). In: *The information age: Economy, society and culture*. Oxford 1998: Blackwell
- Coleman, James S.: Social capital in the creation of human capital. In: *American Journal of Sociology*, Jg 94, (1988), S. 95-120
- Dubiel, Helmut: Das ethische Minimum. In: J. Hohl / G. Reisbeck (Hrsg.): *Individuum – Lebenswelt – Gesellschaft. Texte zu Sozialpsychologie und Soziologie*. München 1993, S. 27-30
- Dubiel, Helmut: Linke Trauerarbeit. In: *Merkur* (1990) 496, 44, S. 482-491
- Frankenberg, Günter: Solidarität in einer „Gesellschaft der Individuen“? Stichworte zur Zivilisierung des Sozialstaats. In: Günter Frankenberg (Hrsg.) *Auf der Suche nach der gerechten Gesellschaft*, Frankfurt 1994, S. 210-223
- Frankenberg, Günter: *Die Verfassung der Republik. Autorität und Solidarität in der Zivilgesellschaft*. Frankfurt 1997

- Giddens, Anthony: Konsequenzen der Moderne. Frankfurt 1995
- Giddens, Anthony: Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie. Frankfurt 1997
- Grunenberg, Antonia: Der Schlaf der Freiheit. Politik und Gemeinsinn im 21. Jahrhundert. Reinbek 1997
- Habermas, Jürgen: Die postnationale Konstellation. Frankfurt 1998
- Haug, Wolfgang Fritz: Aussichten der Zivilgesellschaft unter Bedingungen neoliberaler Globalisierungspolitik. In: Das Argument, Jg 38 (1996), H. 217, S. 653-664
- Heine, Rolf / Keupp, Heiner: Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit; Gutachten für die „Kommission für Zukunftsfragen“ der Freistaaten Bayern und Sachsen. Bochum / München 1997
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Frankfurt 1997a
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt 1997b
- Herzinger, Richard: Die Tyrannei des Gemeinns. Ein Bekenntnis zur egoistischen Gesellschaft. Berlin 1997
- Jaeger, F.: Gesellschaft und Gemeinschaft. Die Gesellschaftstheorie des Kommunitarismus und die politische Ideengeschichte der „civil society“ in den USA. In: T. Mergel / T. Welskopp (Hrsg.): Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte. München 1997, S. 299-322
- Keupp, Heiner: Ermutigung zum aufrechten Gang. Tübingen 1997
- Keupp, Heiner: Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement Heranwachsender. München 2000
- Meier, B.: Sozialkapital in Deutschland. Eine empirische Skizze. Köln 1996
- Putnam, Robert D.: Bowling alone: America's declining social capital. In: Journal of Democracy (1995); 6, S. 65-78
- Reese-Schäfer, Walter: Grenzgötter der Moral. Der neuere europäisch-amerikanische Diskurs zur politischen Ethik. Frankfurt 1997
- Schäuble, Wolfgang: Und der Zukunft zugewandt. Berlin 1994
- Schwartz, Rolf Dieter: Kapitalismus ohne Netz. Was hält die Gesellschaft noch zusammen? 2. Aufl. Berlin 1997
- Sennett, Richard: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin 1998 (engl.: „The corrosion of character“. New York: W.W. Norton 1998)
- Toulmin, Stephen: Kosmopolis. Die unerkannten Aufgaben der Moderne. Frankfurt 1991

Themenforen

- Selbsthilfe ist weiblich
- Selbsthilfe vertritt ihre Interessen
- Selbsthilfegruppen sind Werkstätten zum Leben lernen

Ein Ausblick

- Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft im Jahr 2015

Rückblick auf den Ausblick

Selbsthilfe ist weiblich – Selbsthilfe von Frauen und Männern in einer Zivilgesellschaft

„Mir scheint, nicht das ist die Frage: brauchen die Männer oder der Staat die Frauen, sondern: was brauchen die Frauen für ihre geistige und materielle Existenz.“

(Hedwig Dohm: *Die Antifeministen*, 1918)

In der Selbsthilfe lassen sich vielfältige Ansätze einer lebendigen Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung und zivilgesellschaftlichen Engagements beobachten. So geht es aus der Einladung zu dieser Tagung hervor: „Die Selbstsorge der Selbsthilfe wird von Fachleuten sogar als Voraussetzung für praktische Solidarität beschrieben. Zivilgesellschaft lebt vom Engagement der Menschen, und in der Selbsthilfe engagieren sich Menschen weit über ihre persönliche Betroffenheit hinaus.“ Menschen engagieren sich; Frauen und Männer. Selbsthilfe ist also *auch* weiblich.

Im Rahmen der Diskussionen zum Internationalen Jahr der Freiwilligen spielen sowohl Selbsthilfe als auch geschlechterspezifische Aspekte dieser Arbeitsform eine untergeordnete Rolle. Dies, obwohl in der Öffentlichkeit und Politik weitgehende Einigkeit über die gesellschaftliche Bedeutung der Selbsthilfe als freiwilliges Engagement besteht und obwohl Feministinnen schon lange die geschlechter-spezifische Diskriminierung in anderen Arbeitsbereichen problematisiert haben. So heißt es in einem Dokument, mit dem die Bundesregierung über die Ziele des Internationalen Jahrs der Freiwilligen informiert: „Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe sind unverzichtbare Voraussetzung für gelebte Demokratie und humanes Miteinander. In Zeiten globaler Veränderungen wird der gesellschaftliche Zusammenhalt in hohem Maße von der oft wenig sichtbaren und unspektakulären Arbeit bestimmt, die Menschen freiwillig täglich erbringen“ (zit. nach BMFSFJ 2000, S. 16). Was aber ist Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe? Allesamt rechnen (nicht nur) lt. Ansicht der Bundesregierung zum freiwilligen sozialen Engagement. Dennoch wird unter den Begriffen recht Unterschiedliches subsumiert. Während die einen eher an die traditionelle Form unentgeltlichen gemeinnützigen, insbesondere sozialen Engagements in Kirchen und Wohlfahrtsverbänden denken, stehen für andere die sogenannten neuen Formen ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements im Selbsthilfe- und Initiativenbereich im Vordergrund. Auch innerhalb dieser Bereiche gibt es unterschiedliche Spielarten. Damit verknüpft sind unterschiedliche Rahmenbedingun-

gen, unterschiedliche Motive und unterschiedliche Erwartungen, mitunter auch unterschiedliche Erfolge.

Ich werde zunächst eine Begriffserklärung vornehmen, dann auf die aktuelle Diskussion und Daten eingehen. Anschließend werde ich auf die Bedeutung von Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft eingehen und eine neue Studie der Bundesregierung vorstellen. Schließlich werde ich der Frage nachgehen, warum auch Selbsthilfe für Frauen etwas anderes bedeutet als für Männer und abschließend einige Perspektiven zur Veränderung der Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft entwickeln. In meinen Ausführungen stütze ich mich auf Ergebnisse eigener Forschungsarbeiten, die ich in der BRD-Ost und -West durchgeführt habe (Notz 1987, 1989 u. 1999; Zander / Notz 1997). Zusätzlich beziehe ich Anregungen aus zahlreichen Diskussionen, die ich in der Zwischenzeit bei Vorträgen u. ä. Veranstaltungen erhalten habe, mit ein.

Was ist Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement und was Selbsthilfe?

Zunächst zum Ehrenamt:

Allen anderen Aussagen zum Trotz: Es sind weit überwiegend Frauen, die ehrenamtliche Arbeit leisten: 80 % der ehrenamtlichen sozialen Dienstleistungen werden durch Frauen ausgeführt. Männer arbeiten in den ehrenamtlichen Bereichen, die mit gesellschaftlicher Macht und Anerkennung, z. T. mit hohen Aufwandsentschädigungen verbunden sind: Schöffen, ehrenamtliche Richter, Leitungsfunktionen in Vereinen und Verbänden, Positionen in den Aufsichtsräten (vgl. Notz 1987). Untersuchungen, die feststellen, daß insgesamt mehr Männer als Frauen sich freiwillig sozial engagieren (z. B. Braun / Röhrig 1986, S. 4ff., BMFSFJ 2000), zählen die Bereiche Sport, Parteien, Gewerkschaften, Rettungsdienste, freiwillige Feuerwehr, in denen von fünf ehrenamtlich Arbeitenden nur eine Frau ist, mit zu dieser Arbeitsform. Aus diesen Bemerkungen wird bereits die Notwendigkeit deutlich, eine Trennung zwischen politischem und sozialem Engagement vorzunehmen. Dennoch kann nicht übersehen werden, daß unbezahlte Sozialarbeit auch oft politische Elemente enthält. Wir unterscheiden:

– Erstens: Das politische Ehrenamt in den Vorständen der Wohlfahrtsverbände, in Aufsichtsräten, kulturellen, gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kirchlichen Gremien. Es wird noch immer vor allem durch Männer neben der Berufsarbeit ausgeführt. Meist werden sie unter Fortzahlung der Bezüge von der Arbeit freigestellt. Frauen kommen im politischen Ehrenamt nur selten vor. „Männer leiten – Frauen tragen die Kirche“, so geht es aus einer Studie über die ehrenamtliche Arbeit der evangelischen Kirche in Bayern hervor (Reihls 1995). Das gilt für fast alle Organisationen, in denen „Ehrenamtliche“ eine Rolle spielen (vgl. auch kfd 1998).

- Zweitens: Die soziale ehrenamtliche *Arbeit* als unbezahlte, fürsorgliche Arbeit ohne Schutz und ohne Sicherheit der Arbeitsbedingungen. Meist sind es helferische Funktionen im Sinne von sozialen und pflegerischen Dienstleistungen für Menschen, die sich nicht, noch nicht, nicht mehr oder vorübergehend nicht selbst helfen können. Ohne ehrenamtliche Arbeit würde das System der sozialen Dienste zusammenbrechen. Damit blieben die der Sorge und Hilfe bedürftigen Menschen unversorgt. Bewußt benutze ich den Begriff „Arbeit“, weil es sich um gesellschaftlich notwendige, meist unabdingbare Arbeit handelt, die, wie jede andere Arbeit, meßbar, bezahlbar, abgrenzbar, teilbar und verteilbar ist (vgl. Notz 1989, S. 14). Deshalb soll sie auch begrifflich so gekennzeichnet werden. Ich gehe davon aus, daß es sich bei ehrenamtlicher Arbeit eher um Tätigkeiten handelt, die Merkmale des sogenannten traditionellen Ehrenamtes aufweisen, d. h. etwas für andere tun, etwas (uneigennützig) an andere abgeben.

Die Grenze zwischen sozialer ehrenamtlicher Arbeit und politischem Ehrenamt ist oft fließend. Auch ehrenamtliche Sozialarbeiter/innen schließen sich oft in Gruppen mit politischem Anspruch zusammen. Sie sollen gesellschaftlich Ausgrenzten helfen und deren Probleme anprangern oder auf politische Lösungen Einfluß nehmen. Einige lehnen die Arbeit in Institutionen, Verbänden und Kirchen ab, andere suchen sie bewußt, um auf diese einzuwirken.

Es sind zumeist Frauen, die „ehrenamtlich“ neben ihrer Berufs- und / oder Hausarbeit anderen helfen, denen es schlechter geht als ihnen selbst. Diskussionen darüber, was geschehen muß, damit Frauen verstärkt Zugang zu Leitungspositionen bekommen, werden vor allem von Frauen in Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und anderen caritativen Institutionen geführt. Diskussionen darüber, was geschehen muß, um Männer verstärkt in die ehrenamtlichen Sorge- und Pflege-Arbeiten zu integrieren, stehen noch aus.

Zum bürgerschaftlichem Engagement (BE):

Darunter verstehe ich vor allem Aktivitäten und das Engagement in unterschiedlichen selbstorganisierten Initiativen, auch im sozialen Bereich (z. B. autonomen Fraueninitiativen, Elterninitiativen u. a.), aber auch im Umweltbereich, im Bereich von Internationalismus und Soziokultur u. a. m.

Bürgerschaftliches Engagement ist keine neue Erscheinung, sondern begleitet die Entstehung und Entwicklung der Moderne. In Westdeutschland fand es seinen Höhepunkt Ende der 60er Jahre in der Bürgerinitiativbewegung, die sich in kommunale, staatliche und kommerzielle Planungsprozesse einmischte. Frauenprojektebewegungen und Bürgerinitiativbewegung waren politische Bewegungen. In der sich seit den 80er Jahren abzeichnenden Debatte um den Kommunitarismus, also den Versuch, auf der Theorie-Ebene eine Konzeption von Partizipation aller an der

Gestaltung gesellschaftlichen Lebens zu entwickeln, spielte bürgerschaftliches Engagement ebenfalls eine wichtige Rolle. In der DDR gab es „sozialistische Bürgerinitiativen“, die z. B. in Form von Wohnbezirksausschüssen einen anderen Charakter hatten. Bürgerschaftliches Engagement entwickelte sich aus dem gegenkulturellen Milieu von Friedens- und Umweltbewegung. Heute sind Initiativen meist eingetragene Vereine, und es gilt für alte und neue Bundesländer, daß die im Bereich der sozialen Arbeit entstandenen sozialen Versorgungsdefizite mit eigenen Erwerbsinteressen verbunden werden (vgl. Zander / Notz 1997).

Auch bürgerschaftliches Engagement ist ein situativ vieldeutiger Begriff. Wir kennen heute Bürgerinitiativen gegen Autobahnen und Schnellbahnen, durch deren Bau die Gefahr gesehen wird, daß die natürliche Landschaft zerstört wird. Wir kennen aber auch Bürgerinitiativen, die Asylantenwohnungen und Behindertenheime in ihrem Stadtteil verhindern wollen.

Bürgerschaftliches Engagement und Gemeinsinn sind moderne Begriff geworden. Fast mutet die Diskussion an wie alter Wein in neuen Schläuchen. Gemeinsinn und Individualität müssen keine Gegensätze sein. Auch bürgerschaftliches Engagement gründet sich auf eigenständige Individuen, die allerdings auf Solidarität ausgerichtet sein sollten und die sich zusammenschließen, um gemeinsam mehr zu erreichen als allein.

Der Kampf um Begriffe wird bei jeder Tagung geführt, die sich mit Ehrenamt und Selbsthilfe befaßt. Der Begriff ehrenamtliche Arbeit oder Tätigkeit wurde und wird immer wieder in Frage gestellt, weil es sich letztlich um eine Arbeit handelt, die jenseits von Amt und Ehre geleistet wird. Auch der Begriff „freiwillige“ soziale Arbeit erscheint unzutreffend, weil er verschleiert, daß Alternativen zur „freiwilligen“ unbezahlten Arbeit für viele ehrenamtliche Arbeiter/innen nicht zur Verfügung stehen. Zudem sollte auch die bezahlt verrichtete Arbeit freiwillig sein. Der wohl noch treffendste Begriff „unbezahlte soziale Arbeit“ greift deshalb zu kurz, weil auch in den Familien solche Arbeit geleistet wird, die aber, da sie zu den „natürlichen“ Pflichten der dort vorwiegend arbeitenden Frauen gehört, nicht einmal zu den ehrenamtlichen Arbeiten gezählt wird. Die Enquête-Kommission des deutschen Bundestages hat sich für bürgerschaftliches Engagement entschieden und bindet mit diesem Begriff alles zusammen, was (angeblich) zum freiwilligen Engagement in einer Zivilgesellschaft zählt.

Im Rahmen einer Studie, die die Bundesregierung in Auftrag gegeben hat, wurde der Begriff „Freiwilligenarbeit“ von den Ehrenamtlichen selbst am weitaus häufigsten (48 % aller Befragten) gewählt und deutlich den zur Auswahl stehenden Begriffen „Ehrenamt“ (32 %) und „Bürgerengagement“ (6 %) sowie „Initiativen“ und „Projektarbeit“ (7 %) und „Selbsthilfe“ (2 %) vorgezogen. Die Autor/innen wählten dann den Begriff „freiwilliges Engagement“ für ihre Studie, weil er die Konnotationen von „Freiwilligenarbeit“ und „Bürgerengagement“ verbindet (BMFSFJ 2000).

Der „neue“ Begriff ist – trotz meiner Kritik – immerhin geeignet, aufzuzeigen, daß diese Arbeit auf jeden Fall nicht zur Pflichtarbeit für Erwerbslose und Sozialhilfe-Empfänger/innen werden kann. Denn solche Diskussionen wurden bereits heftig geführt (vgl. Notz 2000, S.68)

Und zur Selbsthilfe:

Eine Trennung zwischen Selbsthilfe und Ehrenamt bzw. bürgerschaftlichem Engagement ist in vielen Fällen nur schwer vorzunehmen. Ehrenamtliche Arbeit birgt immer auch Selbsthilfe-Aspekte in sich, so wie eine Selbsthilfe-Arbeit ohne Unterstützung durch Fremdhilfe nur schwer durchführbar ist.

Arbeit in Selbsthilfegruppen – ebenso wie im Ehrenamt – ist meist unbezahlt geleistete Sozial- und Gesundheitsarbeit, durch die die soziale und gesundheitliche Versorgung von Hilfsbedürftigen ohne großen Kostenaufwand aufrechterhalten wird (vgl. Notz 1989). Meist geht es um die Aktivierung individueller Selbsthilfe und Selbstsorge und – ebenso wie bei der ehrenamtlichen Arbeit – nicht um die kollektive Sicherung sozialer Teilhabe.

Fatal erscheint es, verschiedene Namen und verschiedene Gruppen, die sich unter diesen Bezeichnungen zusammenfinden, gegeneinander auszuspielen. Weit verbreitet ist das Vorurteil, alte und ältere Menschen wären eher für das „traditionelle“ Ehrenamt zu begeistern, während junge Menschen sich lieber in Bürgerinitiativen zusammenfinden. Im Laufe meiner Beschäftigung mit dieser Arbeitsform habe ich Jugendgruppen kennengelernt, die in ewig gestrigen Traditionen verharren und ebenso Gruppen von „aufmüpfigen“ Alten mit innovativen Ideen. Auch nicht jede Selbsthilfegruppe hat zugleich einen politischen Anspruch und hinter einem Mütterzentrum verbirgt sich oft etwas anderes, als hinter einer Elternselbsthilfegruppe, die einen Kinderladen aufbaut. Aber beide sind unter Umständen geeignet, die Misere, die mit der bürgerlichen Familienideologie verbunden ist und mit dem Primat der Hausversorgung einhergeht, in Zweifel zu ziehen und sozialstaatliche Forderungen an finanzierbare pädagogisch wertvolle Betreuung zu stellen oder familienpolitische Vorstellungen zur Akzeptanz „alternativer“ Formen des (Zusammen)lebens zu entwickeln.

Dennoch ist der Selbsthilfebereich das eigentliche „neue Ehrenamt“. In der Alt-BRD war er zu Beginn der 70er Jahre oft ein Stachel im Fleisch der etablierten Wohlfahrtsverbände und Sozialsysteme. Er war damals eine Art Gegenbewegung für Forderungen von Jugendlichen und Erwachsenen, auch Frauengruppen, für neue, eigene, den Menschen nahe Gestaltungs- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten gegen überkommene, einschränkende, unterdrückende, unzulängliche öffentliche Angebotsstrukturen. Historisch läßt sich mit dem Begriff Selbsthilfe jener politische Prozeß markieren, in dem sich soziale Sicherungssysteme und professionelle Helfer herausgebildet haben, in dem sich selbstorganisierte Jugend-

und Wohlfahrtsverbände gründeten, in dem Gegenbewegungen immer wieder aufkamen (z. B. Arbeiterjugend und Frauenprojekte im sozialen und Gesundheitsbereich). Diese Bewegungen wurden durch ein sich entwickelndes öffentliches Rechts- und Fördersystem auch immer wieder vereinnahmt, kontrolliert oder unterdrückt. Das führt dann oft zu ungewöhnlichen Bettelmaßnahmen, die nicht selten viel Zeit und Kraft kosten. Darauf, daß Frauen auch in vielen Selbsthilfegruppen die Sozial- und Beziehungsarbeit machen (ca. 70 %) haben Selbsthelfer/innen im Vorfeld zu dieser Tagung hingewiesen.

Selbsthelfer/innen treffen sich v. a., um eigene Probleme aus eigener Kraft, bzw. gemeinsame Probleme und Notlagen mit gemeinsamer Anstrengung zu lösen, bzw. Lebensbedingungen gemeinsam und selbstbestimmt zu gestalten (vgl. Runge / Vilmar 1988). In der Regel sind alle Mitglieder gleichberechtigt. Zur Selbsthilfe rechnet sowohl die aktive Beteiligung in Selbsthilfegruppen als auch das darüber hinausgehende Engagement, das erforderlich ist, um Aktivitäten im Selbsthilfebereich ins Leben zu rufen, am Laufen zu halten und um insgesamt den Selbsthilfebereich zu unterstützen. Optimal organisierte Selbsthilfegruppen werden auch an Maßnahmen arbeiten, um ihre soziale und wirtschaftliche Situation zu verbessern und nach Lösungen suchen, damit andere Menschen nicht in solche Notlagen kommen. Selbsthilfegruppen haben sich nach der „Wende“ auch in den neuen Bundesländern ausgebreitet; vor der Wende gab es sie vereinzelt im Gesundheitsbereich, wengleich auf der Basis eines anderen Selbstverständnisses.

Nach der „neuen Studie“ (BMFSFJ 2000), auf die ich noch ausführlicher eingehen werde, sind die Strukturen, die der Selbsthilfe zu grundeliegen, eher informelle Organisationsformen wie Selbsthilfegruppen, Initiativen, Projekte oder sonstige selbstorganisierte Gruppen. Sie bilden in nur 13 % der untersuchten „Fälle“ den organisatorischen Rahmen der freiwilligen Tätigkeit. Das mag mit ein Grund sein, warum sie im Jahr der Freiwilligen der vernachlässigt werden. Dies, obwohl das Handlungsprinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“ heute die meist zitierte Maxime (auch bezahlter) sozialer Arbeit ist. Hilfe zur Selbsthilfe bedeutet die Befähigung der Adressaten und Adressatinnen der Sozialarbeit, durch materielle und immaterielle Hilfe (wieder) ein eigenständiges, von fremder Hilfe unabhängiges Leben zu führen. Dennoch wird die „Stärkung der Selbsthilfekräfte“ (modern: Empowerment) auch immer wieder infragegestellt, sei es, indem die Gefahr gesehen wird, daß die Fähigkeiten der Adressat/innen überschätzt werden, oder weil Problem- und Konfliktpotentiale immer wieder neu entstehen, weil man nicht an die Wurzeln z. B. der Erwerbslosigkeit, Wohnungsnot, psycho-sozialen Probleme geht, oder weil das Klientel zu früh allein gelassen wird. In den letzten Jahren wird immer wieder die Notwendigkeit hervorgehoben, daß die Hilfe zur Selbsthilfe nicht mehr nur auf den/die Einzelne/n bezogen bleiben darf, sondern die Bildung von sozialen Netzwerken notwendig ist. Noch wichtiger erscheint, daß die Selbsthelfer/innen nicht dabei verweilen

sich fortwährend selbst und gegenseitig die Wunden zu lecken, sondern auch nach den Wurzeln der Übel graben und gemeinsam an gesellschaftlichen Veränderungen arbeiten.

Aktuelle Diskussion und Daten

Fest steht, daß die Problemlagen, die ehrenamtliche Hilfe, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement erfordern, in unserer Gesellschaft zunehmen, nicht zuletzt durch die steigende Erwerbslosigkeit und die wachsende Armut vor allem im östlichen Teil der Bundesrepublik und das Entstehen völlig neuer Problemlagen (z. B. AIDS). Im folgenden werde ich mich – trotz aller Schwierigkeiten der Abgrenzung – vor allem auf den Bereich „Selbsthilfe“ konzentrieren.

70.000 bis 100.000 Selbsthilfegruppen zählt NAKOS bereits. 40.000 Gruppen kennen wir allein im Bereich der Behinderten- und Gesundheitsselbsthilfe. Ihnen kommt eine zentrale gesellschaftliche Bedeutung zu. Viele Arbeiten, die dort geleistet werden, können nicht durch professionelle Hilfe erbracht werden. Viele Selbsthilfe-Aktivitäten können aber auch nur sinnvoll sein, wenn professionelle Arbeit ebenso ausreichend zur Verfügung steht oder abgerufen werden kann. Fatal ist gerade in den Gesundheits- und Sorgebereichen ein Verlagern von professioneller Tätigkeit auf unbezahlte Selbsthilfe-Arbeit.

Eine Studie über ehrenamtliche Arbeit sowie Arbeit in der Selbsthilfe (sog. Volunteering) in Europa (Gaskin u. a. 1996) zeigte, daß die Bundesrepublik, Deutschland keinesfalls an der Spitze liegt, wenn es um das unbezahlte bürgerschaftliche Engagement geht. Und die BRD möchte doch so gerne an der Spitze liegen! Beim „Volunteering“, so geht es aus der Studie hervor, kommt ihr nur der drittletzte Rangplatz unter den zehn untersuchten Ländern zu. Spitzenreiter sind die Niederlande, Schweden, Belgien, Dänemark, Großbritannien und Irland. Schweden und Dänemark sind Länder mit (noch) hohen Standards, wenn es um die sozialstaatlichen Leistungen geht, und einer hohen Erwerbstätigenquote, wenn man sich die Frauenarbeit ansieht. Hieraus wird deutlich, daß Selbsthilfe-Aktivitäten und Bürgerengagement nicht durch einen Rückzug des Sozialstaates und auch nicht durch eine Hausfrauisierung der Frauen erleichtert wird, wie es konservative Politiker immer wieder diskutieren.

Die Bedeutung von Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft

Alle sprechen von der Stärkung der Zivilgesellschaft, aber was ist damit gemeint? Zivilgesellschaft oder „Civil Society“ heißt nichts anderes als bürgerliche oder Bürgergesellschaft. Was aber ist eine Bürgergesellschaft? Meist werden zwei Ebenen unterschieden, die ineinandergreifen und sich gegenseitig ergänzen. Zivilgesellschaft *als politisches Projekt* heißt die aktive Beteiligung am Gemeinwesen und dessen Mitgestaltung, also die Aktivierung von Bürger- oder Gemeinsinn.

Zum anderen ist Zivilgesellschaft *ein soziales Projekt* und meint die Notwendigkeit bürgerschaftlichen Engagements, um den Wohlfahrtsstaat hin zu einer Wohlfahrtsgesellschaft weiterentwickeln zu können. Die Schwierigkeit bei solchen Begriffsbestimmungen ist allerdings, daß sie sehr voraussetzungsreich in eine gesamtgesellschaftliche Vision von einer Bürgergesellschaft, die auf den Nationalstaat bezogen ist, eingebettet ist. Die Internationalisierung von Wirtschafts- und Finanzbeziehungen, Kommunikationsnetzen, Verkehrswegen, Konsummustern und Kultur, Technologie-Entwicklung und Forschung vollzieht sich zunehmend innerhalb von Entscheidungsnetzwerken, die sich den Strukturen einer nationalstaatlich organisierten demokratischen Willensbildung weitgehend entziehen. Die aktuelle Diskussion darüber, daß sich im Zeitalter der Globalisierung bereits ein „kapitalistisches Weltsystem“ (Altvater / Mahnkopf 1997, S. 11) entwickelt hat, zeigt die Notwendigkeit universaler Vereinbarungen und Rechte von Menschen unterschiedlicher Bürgergesellschaften mit der Perspektive eines Weltbürgertums.

Die Bürgergesellschaft ist zudem auch die Gesellschaft, in der die geschlechtsspezifische Ungleichheit verankert ist. Teil der Zivilgesellschaft vor dem Hintergrund der Privatisierung in den Konzeptionen der Bürgergesellschaft ist auch die Familie. Letztlich zielt die Debatte um die Zivilgesellschaft auf die Restauration der „primären sozialen Netze“ und vor allem der Kernfamilie mit der sorgenden Mutter ab und nicht auf die Umverteilung sozialer Verantwortung zwischen den Geschlechtern und ein neues Verhältnis von Solidarität, in dem die Ebenbürtigkeit der Geschlechter mitgedacht ist.

Die Debatte um die Zivilgesellschaft geht von einem abstrakten *wir* aus. Sie wendet sich gegen den Individualismus und erhebt die Forderung nach Bindung und Tradition. Durch diese Reklamation eines (scheinbar) unparteiischen universellen Standpunktes führt sie zu weiterer Ausgrenzung, auch zu Abgrenzung, zwischen privat und öffentlich: Ab- und Ausgrenzungen, die gerade die neue Frauenbewegung mit dem Slogan „das Private ist politisch“ vermeiden wollte. Die Angst vor der Bedrohung durch den Verlust konservativer Werte führt zu deren Glorifizierung. Eine Kritik an der bestehenden patriarchalen und kapitalistischen Gesellschaftsordnung unterbleibt. Durch mehr Mitmenschlichkeit (ausgehend von einem Geschlecht!) sollen bestehende Ungleichheiten angenehmer gestaltet und damit auch besser ertragen werden können, ohne daß an den Wurzeln der Ungleichheit gerüttelt würde (vgl. Notz 1997, S. 28). Mit der Forderung nach Bindung und Tradition in der Zivilgesellschaft soll letztlich alles bleiben, wie es schon immer war. Familie und Nation werden hochgejubelt und mitendrin die heil(ig)e Mutter. Andersdenkende wie auch weniger Privilegierte werden als „andere“ definiert und ausgeschlossen. Bestenfalls sind sie Arme, denen geholfen werden soll. Die Privilegierteren (Frauen) versorgen die Nicht-Privilegierten. Reden ist Silber – Helfen ist Gold, so eine Kampagne der Bundesregierung Mitte der 80er Jahre (vgl. Notz

1989, S. 78). Es geht darum, die Wunden zu heilen, nicht gleichzeitig die Mißstände anzuprangern. Viele Frauen übernehmen die unbezahlten und scheinbar unbezahlbaren Arbeiten, „weil sie es sind, die ein Interesse an der Allgemeinheit haben, das Männer im Allgemeinen nicht haben“. So jedenfalls formulierte es eine ehrenamtlich im sozialen Bereich arbeitende Frau, als ich sie unlängst danach gefragt habe.

Frauen sind die Produzentinnen des Gemeinsinns. Das hat erhebliche Folgen für ihre Lebens- und Arbeitsplanung. Denn mit Gemeinsinn in Verbindung gebrachte Arbeiten werden zwar ideell aufgewertet, materiell jedoch nicht vergütet. Immer wieder wird von Politikern aller Couleur darauf hingewiesen, daß es in der Familie, bei der Erziehung der Kinder, bei der Organisation des Haushaltes und bei der Pflege älterer Angehöriger sowie in der Selbsthilfe und im Ehrenamt gesellschaftlich wichtige Arbeiten gebe, und daß diese Arbeiten so wertvoll seien, daß *Mann* sie mit Geld gar nicht bezahlen könne. Die Unmöglichkeit der materiellen Vergütung wird wiederum damit begründet, daß vor allem Frauen diese Arbeiten zufriedenstellend verrichten können und daß sie es sind, die über Werte verfügen, die zur Ausführung dieser Tätigkeiten dringend notwendig erscheinen: weibliches Arbeitsvermögen, soziale Kompetenz, Beziehungsarbeit, Gefühlsarbeit. So nur einige der Begriffe, deren Verwendung schließlich dazu dient, Frauen Fähigkeiten zuzuschreiben, um sie an die ihnen angeblich immer noch und immer wieder zukommenden Orte zu verweisen: Küche, Kirche, Kinderzimmer. Die damit bezeichneten Kompetenzen sind allesamt solche, die Männer auch lernen könn(t)en.

In der aktuellen sozialpolitischen Diskussion hat die Diskussion um die Zivilgesellschaft, um Bürgersinn und Gemeinsinn Konjunktur. Soziale Versorgung wird großflächig repräsentiert, staatlichen Kürzungen zum Opfer fallende soziale Einrichtungen werden der Wohlfahrt überantwortet bzw. der ehrenamtlichen Arbeit und Selbsthilfe übergeben – und all dies wird mit dem ideologischen Mäntelchen des Vorteils menschlicher Wärme in kleinen sozialen Netzwerken im Vergleich zur Kälte der professionellen Hilfe-Experten in den Betreuungseinrichtungen gnädig zugedeckt. Die Lage der Arbeitnehmer/innen ist durch zunehmende ökonomische und soziale Unsicherheit zu charakterisieren. Erwerbslosigkeit und Armut nehmen in erschreckendem Umfang zu. Damit wächst auch die Zahl der Hilfebefürftigen. Es finden sich immer wieder Argumente wie die folgenden: Soll die gesamte soziale Arbeit von professionellen Helfer/innen erbracht werden, ist sie nicht mehr bezahlbar; deshalb ist ergänzend zum institutionell und professionell organisierten Hilfesystem Selbsthilfe-Engagement erforderlich.

Immer wieder wird von Politiker/innen aller Couleur auf die gesellschaftlich dringend benötigten vielfältigen und kreativen Lösungen für eine lebendige Bürgergesellschaft hingewiesen. Stellvertretend für viele „Wohlfahrtsfunktionäre“ wies der frühere Vorsitzende des DPWW Sengling während seiner Amtszeit darauf hin, daß bezahlt geleistete soziale Dienstleistungen immer mehr in die starre Form von

Fachleistungen gepreßt würden, Ehrenamtler/innen und Selbsthelfer/innen käme die Funktion zu, sich auf den Mitmenschen einzulassen. „Sich selbst entfalten und daran Freude haben *und* gleichzeitig Menschen helfen. Die eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse erweitern *und* dabei gesellschaftliche Probleme in die eigene Hand nehmen und lösen helfen,“ das gehört auch für Bundeskanzler Schröder zu einem modernen Staatsverständnis; denn – so seine Ausführungen anläßlich eines Kongresses im November 2000: „Was die Gesellschaft besser lösen kann, das muß, das soll der Staat nicht machen.“ Solche Argumentationen, ideologisieren die Unbezahltheit der Arbeit. Daß es daran zu arbeiten gälte, daß auch die Arbeitsbedingungen derjenigen, die für die Arbeit im Sozial- und Gesundheitsbereich qualifiziert und bezahlt werden, es zulassen sollten, daß sie sich „auf Mitmenschen einlassen“ bzw. selbst entfalten können, das ist heute kaum die Rede. Auch ist wenig die Rede davon, daß auch Selbsthilfegruppen Geld für Infrastruktur, Qualifizierung und Auslagen brauchen, auch wenn ihre Mitglieder „umsonst“ arbeiten.

Wenig problematisiert wird auch, daß der Bereich unbezahlter Pflege-Arbeiten in Ehrenamt und Familie durch die Dezimierung sozialstaatlich bereitgestellter Mittel ständig wachsender Belastung ausgesetzt ist. Bestehende primäre und sekundäre Netzwerke werden dadurch hoffnungslos überlastet. Und dieser Überlastung sind Grenzen gesetzt, nicht zuletzt deshalb, weil durch die „steigende Erwerbsneigung“ der Frauen (West) und die „ungebrochene Erwerbsneigung“ der Frauen (Ost) nicht mehr davon ausgegangen werden kann, daß Frauen diese Arbeiten weiterhin kostenlos und aus Liebe (in der Familie) bzw. aus Nächstenliebe (in Ehrenamt und Selbsthilfe) übernehmen. Daß Frauen mehr und mehr in die Erwerbsarbeit strömen oder sich von dort nicht verdrängen lassen wollen, liegt wohl daran, daß sie sich die traditionelle Hausfrauenrolle (nicht mehr) aufdrängen lassen, sondern wirtschaftlich unabhängig sein wollen und die Ehe nicht länger als lebenslange „Versorgungsmöglichkeit“ ansehen. Die gesellschaftliche Entwicklung bezüglich der Abnahme und Relativierung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung wirkt auf Ehrenamt und Selbsthilfe ein. Durch Männer können diese Lücken offensichtlich nicht ausreichend gefüllt werden. Das mag ein weiterer Grund sein, weshalb ein so außerordentliches Interesse am Erhalt der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und an der Struktur der traditionellen bürgerlichen Kleinfamilie besteht, die diese produziert und reproduziert.

Die neue Studie

Trotz aller Klagen: Nach der neuesten Repräsentativerhebung (BMFSFJ 2000) engagieren sich in der BRD rund 22 Millionen Menschen „freiwillig und ehrenamtlich“. Bundesministerin Bergmann, und nicht nur sie, sondern Politiker/innen aller Schattierungen, finden diese Zahl beeindruckend. Endlich ist herausgekommen, „daß das freiwillige Engagement in Deutschland nicht hinter dem in anderen Ländern oder den USA hinterherhinkt“.

Mit der neuen Studie werden Ehrenämter im Sport, in Kultur und Musik, in der Politik und politischen und beruflichen Interessenvertretungen, bei den Rettungsdiensten und der freiwilligen Feuerwehr, in Umwelt- und Naturschutz, Tierschutz, in der Justiz und bei Kriminalitätsproblemen ebenso wie in der Schule und im Kindergarten, in der außerschulischen Jugendarbeit und Bildungsarbeit für Erwachsene, am Wohnort im sozialen Bereich und im Gesundheitsbereich, in der Freizeit, im kirchlichen und religiösen Bereich erfaßt. Wie bereits einige frühere Studien ist auch diese zu dem Ergebnis gekommen, daß mehr Männer als Frauen ehrenamtlich tätig sind. 38 % der befragten Männer und nur 30 % der Frauen engagieren sich für das Gemeinwohl. Insgesamt wird der größte Teil ehrenamtlicher, freiwilliger Tätigkeit von Männern ausgeübt (55 %). Das Ergebnis ist nicht verwunderlich. Es ergibt sich von selbst, wenn die Arbeit bei den Gewerkschaften, im Sport, bei Rettungsdiensten, freiwilliger Feuerwehr etc. mitgezählt wird.

Sieht man sich die Zahlen der neuen Studie genauer an, so wird deutlich, was auch aus früheren Studien bekannt ist: Freiwilliges Engagement hat ein deutlich geschlechtsspezifisches Gesicht. In Feldern mit relativ hohen Anforderungen und Belastungen, wo auch viele Selbsthelfer/innen tätig sind, wie im sozialen Bereich (67 %), im Gesundheitsbereich (66 %), im Bereich Schule / Kindergarten (65 %) und im Bereich Kirche / Religion (65 %) überwiegen die Frauen. Aber auch in diesen Bereichen gälte es herauszuarbeiten, wer in den Vorständen und Gremien Ehrenämter inne hat, wer die unmittelbare Versorgungs- und Pflege-Arbeit leistet, in welchen Bereichen die Hochaktiven zu finden sind und wie deren geschlechter-spezifische Verteilung ist.

Durch eine zusätzliche Auswertung aus der „Genderperspektive“ wurde herausgefunden, was ohnehin bekannt ist: „Die Positionierung von freiwillig tätigen Frauen in ihren Tätigkeitsfeldern spiegelt die Positionierung im privaten, öffentlichen und erwerbsbezogenen Leben wider. Das gilt auch im Hinblick auf die horizontale und vertikale Segmentierung.“ Es wird vor allem auf den Zeitmangel der Frauen abgehoben, der ihre Partizipation im öffentlichen Bereich beeinträchtigt. Bei Männern würde selbst eine hohe zeitliche Belastung im Erwerbsleben keine einengende Wirkung auf die Freiwilligenarbeit haben, da es ihnen besser gelingt, sich einen Zeitspielraum außerhalb des familiären Bereiches zu schaffen. Damit wird dann auch ihre höhere Beteiligung an freiwilliger Tätigkeit, die mit einem deutlich höheren durchschnittlichen Zeitemfang verknüpft ist, erklärt.

Den größten Männeranteil weisen Rettungsdienste und freiwillige Feuerwehr auf (84 %), gefolgt von Politik / politische Interessenvertretung (73 %) und berufliche Interessenvertretung (69 %). Die beiden letztgenannten Bereiche sind diejenigen, in denen die Entscheidungen am Arbeitsplatz im Gemeinwesen und der Gesellschaft getroffen werden. Für sie gilt: Die dort Arbeitenden leisten diese Arbeit nicht anstelle von bezahlter Arbeit, sondern komplementär. Diese Bereiche bieten

zudem attraktivere, mit mehr Ansehen und Einfluß versehene und mit besseren Ressourcen ausgestattete Ehrenämter als solche, die nach „klassischem Sozialmief“ riechen und in denen angeblich „Dilettantismus, Randständigkeit und aufgewrungene bzw. eingelebte Selbstbescheidung“ überwiegen (Olk 1998). Im Gesundheitsbereich arbeiten allerdings auch diejenigen, und das sind meist Frauen, die sich nach der „neuen Studie“ am ehesten überfordert fühlen. Immerhin 40 % der in diesen Bereichen tätigen Frauen geben an, daß sie von ihrer Arbeit „manchmal überfordert“ sind. Bei der Analyse der Überforderungen wäre wichtig zu wissen, ob sich die im Sozial- und Gesundheitsbereich in Leitungs- und Führungspositionen befindenden ebenso überfordert fühlen, wie diejenigen, die die ehrenamtliche Arbeit leisten, und wie dort die Verteilung auf Männer und Frauen ist.

Die Mehrzahl ist nicht engagiert

Die Autor/innen der neuen Studie fanden – ebenso wie früher die Eurovol-Studie – ein erhebliches Potential von nicht aktiven Bundesbürger/innen, die Interesse an einem Ehrenamt hätten, wenn Ermöglichungsstrukturen geschaffen würden. Immerhin elf Prozent beantworteten diese Frage mit „Ja“ und 16 % mit „vielleicht“. Diesen 27 % gelten die vielfältigen Motivierungskampagnen für ehrenamtliches Engagement. Von den Nichtengagierten, die an einer Mitarbeit interessiert sind, wird von den Männern (42 %) der Sportbereich favorisiert, während Frauen ihren zukünftigen Schwerpunkt im sozialen Bereich (38 %) sehen. Dieses Ergebnis, so die Autor/innen, läßt „vor dem Hintergrund, daß gerade für den sozialen Bereich noch Kräfte gewonnen werden müßten“, Hoffnungen zu.

Die Tatsache, daß Männern „in Zeiten der sozialen Verwerfungen“ (Sengling 1996) wesentlich seltener Arbeit in Ehrenamt und Selbsthilfe als Ersatz für bezahlte Arbeit angeboten wird, wird vor diesem Hintergrund ebenso wenig diskutiert, wie die Frage, welche fachlichen und sozialen Qualifikationen eingebracht, be- und vernetzt, gelernt und verlernt werden.

Perspektiven für die Zukunft

Angesichts von Sozialabbau und zunehmenden Problemlagen werden „Ehrenamt und Selbsthilfe“ für die Zukunft noch wichtiger werden. Das Interesse der Frauen, die im Selbsthilfebereich arbeiten, richtet sich nicht nur auf eine ideologische Aufwertung der jetzt unbezahlt geleisteten Arbeiten. Aus den Ergebnissen meiner Studie „Frauen in sozialem Ehrenamt“ (Notz 1989, S. 169ff.) und aus der „Thüringer Studie“ (Zander / Notz 1997) lassen sich zahlreiche Vorschläge zur Veränderung der ehrenamtlichen Sozialarbeit und der Selbsthilfe ableiten, die nach wie vor aktuell sind. Die Forderungen betreffen im einzelnen:

- Organisation und Form der Arbeit

Als optimale Arbeitsform wurde eine kollektiv geplante und betriebene Hilfe zur Selbsthilfe unter Mitwirkung von Expert/innen herausgearbeitet. Die Gruppe bestimmt selbst, wen sie als Expertin bzw. Experten heranzieht.

- Frauenförderung

Die finanzielle Förderung der Verbände, Vereine und Initiativen, die ehrenamtliche Arbeit und Selbsthilfe organisieren, sollte von einer Einbeziehung der Frauen in öffentlichkeitswirksame Entscheidungsbereiche abhängig gemacht werden. Das würde dann auch zu einer Einbeziehung der Männer in die unmittelbare soziale Arbeit führen.

- Gestaltung der Gruppensitzungen

Regelmäßig für alle verbindlich stattfindende Gruppensitzungen sollten u. a. der Reflexion zwischen praktischer Arbeit und theoretischer Diskussion dienen.

- Unterstützung durch Verbände und Kommunen

Wie wichtig gerade für den Selbsthilfebereich das Vorhandensein einer Informations- und Kontaktstelle ist, wurde durch viele Untersuchungen herausgestellt. Auch die Thüringer Studie (Zander / Notz 1997) zeigt, daß das Selbsthilfe-Engagement durch eine Stelle gefördert werden kann, die eine entsprechende Infrastruktur bereithält. Wir fanden Informations- und Kontaktstellen mit vielfältigen Aufgaben: Kontaktvermittlung und Hilfestellung bei der Gründung von Selbsthilfegruppen, Information, Beratung und Begleitung von bestehenden Gruppen sowie Aktivierungs- und Vernetzungsarbeit. Hilfestellung durch Zusammenarbeit mit Professionellen (Ärzt/innen, Therapeut/innen, Politik und Verwaltung). Manche Kontaktstellen organisieren und fördern die überregionale Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch zwischen den Gruppen. Wichtig ist, daß die Probleme nicht in den Gruppen bleiben, sondern auch nach außen getragen und Handlungsstrategien zu deren Lösung entwickelt werden. Es geht also um eine Repolitisierung der Selbsthilfe.

- Ersatz aller Auslagen

Hier handelt es sich um eine Forderung, die zum „Dauerbrenner“ geworden ist. Ehrenamtliche Arbeit und Arbeit in Selbsthilfegruppen wird immer noch oft nicht nur kostenlos geleistet, sondern sie kostete für diejenigen, die sie leisten auch noch (Fahrtkosten, Materialkosten u. v. a.). Daher ist die Forderung nach Ersatz aller entstehenden Auslagen unbedingt und nachdrücklich zu stellen. Hierfür sollte eine Pauschale an die jeweiligen Gruppen gegeben werden.

- Soziale Absicherung

Als notwendig wurde eine einkommensunabhängige Mindestrente für alle Rentner/innen, unabhängig von den gezahlten Versicherungsbeiträgen und unabhängig von der gewählten Lebensform in der Höhe von mindestens 1.800 DM erachtet.

- Ausbau professioneller Dienste

Wenn die ehrenamtliche soziale Arbeit und Selbsthilfe der Ergänzung und der Verbesserung der professionellen dienen soll, dann muß dies zugleich den Ausbau der professionellen Dienste bedeuten. Ein Beispiel hierfür ist die Frauenhausarbeit.

- Kooperation zwischen Ehrenamtlichen, Selbsthelfer/innen und Professionellen

Um zu verhindern, daß ehrenamtlich Arbeitende „Lückenbüßerfunktionen“ übernehmen, muß eine klare Aufgabenteilung vorgenommen werden.

- Weiterbildung der Ehrenamtlichen und Selbsthelfer/innen

Weiterbildung sollte in mehreren Stufen erfolgen: durch selbstorganisierte gruppeninterne Fortbildung, durch verbesserte und für alle offene Angebote von Verbänden, Volkshochschulen und anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, durch Öffnung der Universitäten. Zu entwickeln wären vor allem Weiterbildungsangebote, die Ehrenamtlichen einen für eine bezahlte Berufstätigkeit qualifizierenden Abschluß ermöglichen.

- Gemeinwesen-Zentren

Verknüpfung der ehrenamtlichen Arbeit mit Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit. Solche Zentren könnten verschiedene Funktionen übernehmen: Selbsthilfegruppen beherbergen, Räume für den Erfahrungsaustausch zur Verfügung stellen, Informationsaustausch und Beratung bieten, auf kommunaler Ebene Qualifizierungsangebote und Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen, Infrastruktur zur Verfügung stellen, Kinderbetreuungsmöglichkeiten anbieten, Expert/innenkarteien anlegen, Anlaufstellen für Ideenbörsen, Tauschringe, Erzählcafés u. ä. sein.

- Konsequenzen für die Sozialarbeiter/innenausbildung

Vorbereitung der potentiellen Hauptamtlichen auf die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen und Selbsthelfer/innen und Einbeziehung erfahrener Selbsthelfer/innen in die Lehrtätigkeit.

Fazit

Bemerkenswert erscheint, daß einerseits der Ruf nach Gemeinsinn und Gemeinschaft immer stärker wird, andererseits viele Projekte, besonders im Zeitraum nach der Wende, durch Sozialabbau bedroht sind. So zum Beispiel Projekte, die Flüchtlingsarbeit leisten, die gegen Rassismus, Sexismus und Gewalt vorgehen, Frauenprojekte oder solche im Bereich der Jugendarbeit. Sie erfordern aktive Bürgerbeteiligung *und* finanzielles Engagement. Zur Erhaltung lebensfähiger demokratischer Verhältnisse sind sie wichtiger denn je. Das heißt nicht, daß alle in diesen Bereichen jetzt unbezahlt geleisteten Arbeiten professionalisiert und damit den Kriterien der Lohnarbeit unterstellt werden sollen. *Es spricht jedoch einiges dafür, und es geht aus einigen Studien hervor, daß Selbsthilfe erst dann effektiv eingesetzt werden kann, wenn die professionelle Versorgung von Hilfe-, Versorgungs- und Betreuungsbedürftigen sichergestellt ist und wenn die Arbeiten wirklich freiwillig und aus Liebe verrichtet werden können, das heißt, wenn die eigenständige Existenzsicherung der Helfenden und Versorgenden gewährleistet ist.*

Für die Zukunft wird es notwendig, bezahlte und unbezahlte gemeinwesenorientierte Arbeit im Zusammenhang zu sehen. Schließlich sind Kindergärten, Jugendwohngemeinschaften, Frauenprojekte oder Alten-Service-Zentren auch dann Orte von Gemeinsinn und Gemeinschaft, wenn dort gut ausgebildete und nach dem geltenden Tarifrecht bezahlte Arbeitskräfte arbeiten. Anstatt solchen Projekten den Geldhahn zuzudrehen, könnten dort zusätzliche, gesellschaftlich nützliche und notwendige Arbeitsplätze geschaffen werden. Erst ein Blick auf die Arbeit als Ganzes erlaubt Frauen und Männern die Teilhabe am ganzen Leben. Aufgabe einer weiteren Studie wäre es, Abgrenzungen vorzunehmen, welche Arbeiten durch bezahlte Kräfte und welche durch bürgerschaftliches Engagement oder durch Selbsthilfe geleistet werden sollen bzw. können. Darüber hinaus ginge es auch darum zu bestimmen, welche ehrenamtliche oder Selbsthilfe-Arbeit für die Gesellschaft nützlich und notwendig ist, so daß die entsprechenden Tätigkeiten anerkannt und von der Gesellschaft gefördert werden müßten. Angesichts von Millionen erwerbsloser Menschen und zunehmender Armut und Ausgrenzung und angesichts der immer noch bestehenden Diskriminierung von Frauen sind allerdings in diesem Zusammenhang auch Vorschläge zu entwickeln, wie die kollektive Sicherung sozialer Teilhabe künftig geschehen soll und wie die gesellschaftlich nützlichen (jetzt) bezahlt *und* (jetzt) unbezahlt geleisteten Arbeiten auf Menschen beiderlei Geschlechts verteilt werden können, damit die Übernahme der „unbezahlbaren Arbeiten“ nicht auf Kosten der eigenständigen Existenzsicherung geht und nicht zu weiteren Unterschichtungen und Überforderungen führt. Dafür bleibt der Staat auch in der Zukunft in der Verantwortung, ebenso wie er für soziale Gerechtigkeit, lebendige Demokratie, Geschlechtergerechtigkeit und pfleglichen Umgang mit der Mit- und

Umwelt zu sorgen hat. Angesichts zunehmender Problemlagen in der Gesellschaft sollte die Selbsthilfebewegung sich wieder ihrer politischen Wurzeln erinnern. Theodor W. Adorno ist nach wie vor zuzustimmen, wenn er sagt: „Alle Versuche gegen die alles durchdringende Kälte anzugehen, sind zum Scheitern verurteilt, die nicht direkt an die gesellschaftlichen Wurzeln rühren, das heißt an die gesellschaftliche Ordnung, die die Kälte produziert und reproduziert.“

Dr. Gisela Notz
Forschungsinstitut der
Friedrich-Ebert-Stiftung

LITERATUR

- Altwater, Elmar / Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster 1997
- Braun, Joachim / Röhrig, Peter: Umfang und Unterstützung ehrenamtlicher Mitarbeiter und Selbsthilfe im kommunalen Sozial- und Gesundheitsbereich. In: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Freiwilliges soziales Engagement und Weiterbildung. Bonn 1986
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland: Ergebnisse einer Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Schriftenreihe Bd. 194 1-3, Stuttgart, Berlin, Köln 2000
- Gaskin, Katharine / Smith, Justin Davis / Paulwitz, Irmaud u. a.: Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern. Freiburg 1996
- Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands Bundesverband e. V.: Nachweis über ehrenamtliche, freiwillige und unentgeltliche Arbeit und Nachweis über Teilnahme an Fort- und Weiterbildung. Ergebnisbericht. Düsseldorf 1998
- Notz, Gisela: Zur Gestaltung ehrenamtlicher sozialer Arbeit. Forschungsbericht. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1986
- Notz, Gisela: Arbeit ohne Geld und Ehre? Zur Gestaltung ehrenamtlicher sozialer Arbeit. Opladen 1987
- Notz, Gisela: Frauen im sozialen Ehrenamt. Ausgewählte Handlungsfelder: Rahmenbedingungen und Optionen. Freiburg 1989
- Notz, Gisela: Was ist Gemeinsinn? Feministische Reflexionen. In: Sozialmagazin, H. 10, 1997, S. 27-33
- Notz, Gisela: Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt – Eine Antwort auf die Krise? Neu Ulm 1999, 2. Aufl.
- Notz, Gisela: Der Dritte Sektor und die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung. In: WIDERSPRÜCHE. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. H. 75, 2000 Nr. 1, S. 57-70
- Olk, Thomas: Schriftliche Stellungnahme. BT-Drucksache 13/294 1998, S. 37-41
- Reihs, Sigrid: Im Schatten von Freiheit und Erfüllung. Ehrenamtliche Arbeit in Bayern. Bochum 1995
- Runge, Brigitte / Vilmar, Fritz: Die Bedeutung Sozialer Selbsthilfe für die neuen Bundesländer. Studiengruppe für Soziale Selbsthilfe. Arbeitsheft 10, Berlin 1992
- Sengling, Dieter: Die Vielfalt, Kreativität und sozialpolitische Lösungen des PARITÄTISCHEN werden gesellschaftlich dringend gebraucht. In: PARITÄT Nr. 4/1996
- Zander, Margarita / Notz, Gisela: Ehrenamtliche Arbeit und Bürgerschaftliches Engagement in Thüringen. Heinrich-Böll-Stiftung, Erfurt 1997

Selbsthilfe vertritt ihre Interessen Zwanzig Thesen

Erfolgsgründe der Selbsthilfe

Selbsthilfe - eine Erfolgsstory

1. Selbsthilfegruppen und -initiativen sind eine der erfolgreichsten Organisationsformen der letzten Jahrzehnte. Sie sind situative Gemeinschaften und entsprechen der Lebenswelt der Menschen in einer temporären Gesellschaft, in der wir immer weniger in festen Gemeinschaftsbeziehungen und immer mehr in ganz unterschiedlichen zweckspezifischen Umgebungen verbringen. Sie entsprechen veränderten Werthaltungen und Einstellungen der Menschen (vgl. auch Inglehart 1997).

Kennzeichen von Selbsthilfegruppen

2. Zu den Merkmalen von Selbsthilfegruppen gehören
 - a) thematische Begrenzung und Differenzierung
 - b) temporärer Charakter der Engagementverpflichtung
 - c) Möglichkeit der Gemeinschafts- und Selbsterfahrung in der kleinen GruppeAuslösende Motive für die Teilnahme an einer Selbsthilfegruppe sind zumeist entweder persönliche Betroffenheit oder erlebte Mängel und Mißstände.

Bedeutung von Selbsthilfegruppen für ihre Mitglieder

3. Die Mitglieder von Selbsthilfegruppen lernen andere Menschen mit gleichen Anliegen kennen, erfahren praktische Solidarität, unterstützen sich gegenseitig, tauschen Tips und Informationen aus und unternehmen gemeinsame Initiativen und Lösungsversuche.

Bedeutung von Selbsthilfegruppen für andere und die Gesellschaft

4. Selbsthilfegruppen bringen vernachlässigte Themen ins öffentliche Bewußtsein, leisten Sachinformation und Aufklärung, ermutigen zum Engagement, sind Ansprechpartner für Betroffene, nehmen Einfluß und entwickeln gesellschaftliche Innovationen. Der ökonomische Wert der Selbsthilfe wurde im Jahre 1992 allein für die von der Stadt München unterstützten Selbsthilfegruppen auf 36 Millionen Mark errechnet (vgl. Engelhardt u.a. 1995).

Entwicklung von Sozialkapital

5. Der amerikanische Sozialwissenschaftler Robert D. Putnam hat die Bedeutung von Sozialkapital für den Erfolg und die Überlebensfähigkeit von Gesellschaften

beschrieben. Sozialkapital kann definiert werden als die Fähigkeit und Bereitschaft von Gesellschaftsmitgliedern zur Zusammenarbeit. Schlüsselressourcen für Sozialkapital sind gegenseitiges Vertrauen und Kommunikation. In Selbsthilfegruppen wird solches Sozialkapital geschaffen. Zugleich sind sie ein Stück gelebter Demokratie.

Warum Interessen der Selbsthilfe schwer organisierbar sind

Heterogenität der Selbsthilfe

6. Die Selbsthilfe(bewegung) gibt es nicht. Selbsthilfe umspannt die unterschiedlichsten Themenbereiche und Inhalte. Ebenso kann zwischen *public interest* und *personal change groups*, Selbsthilfegruppen von Betroffenen, außenorientierten Selbsthilfegruppen und Selbsthilfe-Initiativen unterschieden werden (vgl. Braun / Kettler 1996). Stärke und Erfolg der Selbsthilfe liegen gerade in ihrer Vielfalt, Unterschiedlichkeit und Buntheit begründet. Diese erschweren aber ihre traditionelle Organisationsfähigkeit.

Selbsthilfe vertritt „kollektive Güter“

7. Selbsthilfegruppen und -Initiativen vertreten nicht selten sog. kollektive Güter. Hierbei handelt es sich um Güter, von deren Nutzung niemand ausgeschlossen werden kann, selbst wenn er/sie keinen Beitrag zu ihrer Aufbringung leistet. Es ist daher für den/die Einzelne/n oft nicht effizient, sich aktiv dafür zu engagieren (vgl. Mancur Olson jr. 1968).

Selbsthilfe verfügt nur über eine geringe Konfliktstärke

8. Konfliktstark sind Interessen, die über ein hohes Verweigerungspotential für gesellschaftlich wichtige Leistungen verfügen. Dieses Potential ist vor allem im ökonomischen Bereich lokalisiert (vgl. C. Offe 1972). Selbsthilfegruppen sind jedoch vornehmlich im Reproduktionssektor angesiedelt.

Selbsthilfe hat keine starke Lobby

9. Selbsthilfe verfügt über keine starke, organisierte Lobby. Ressourcenstarke Einzelinteressen, die starke Lobbyvertretungen unterhalten können, haben in politischen Entscheidungsprozessen strategische Vorteile. Die Interessen der Selbsthilfe sind demgegenüber oft politische Querschnittsanliegen, die durchweg allgemeine Anerkennung, aber weniger konkrete Unterstützung finden.

Weder selektive Anreize noch Bewegungs-Unternehmen

10. Um Mitglieder und Ressourcen zu gewinnen und den Problemen ungleicher gesellschaftlicher Organisations- und Konfliktstärke zu begegnen, wenden Organisationen zwei typische, miteinander durchaus kompatible, Strategien an. Die eine ist die Schaffung selektiver Anreize, z. B. Versicherungsleistungen, Reiseservice etc. (Modell ADAC). Die andere ist die Entwicklung zum „Bewegungsunternehmen“, professionell geführten Organisationen mit klarer strategischer Ausrichtung, aber ohne aktive Mitgliederbeteiligung (Modell Greenpeace). Fast alle Massenorganisationen – auch die Parteien – praktizieren heute Elemente beider Strategien mehr oder weniger erfolgreich. Für die Selbsthilfe sind sie als generelle Strategie jedoch nur bedingt anwendbar. Dies schließt keinesfalls aus, daß Selbsthilfe-Organisationen Elemente davon übernehmen können.

Trotz alledem ...

11. Angesichts der unten angeführten strukturellen Organisationsprobleme ist die Selbsthilfe bei der Etablierung ihrer Interessen z. B. im Gesundheitsbereich noch erstaunlich erfolgreich. Neben der Macht einer Idee, deren Zeit gekommen ist, ist dieser Erfolg vor allem auch im Gesundheitsbereich ihrer „vielschichtigen und filigranen Form der Vernetzung“ (vgl. von Kardorff 1996) zuzuschreiben.

Netzwerke: The strength of the weak ties*Netzwerke der Kooperation*

12. Die Vertretung der Interessen der Selbsthilfe kann nicht all-thematisch in einer klassischen Verbandsstruktur erfolgen, sondern muß in Formen geschehen, die den Grundprinzipien der Selbsthilfe entsprechen. Neben Lobby-Arbeit zur Unterstützung und Weiterentwicklung der infrastrukturellen Selbsthilfeförderung meint dies vor allem Netzwerke der Kooperation auf den unterschiedlichsten Ebenen, um gemeinsam mit anderen Einflußmöglichkeiten zu erschließen.

Eine Netzwerkdefinition

13. „Netzwerke sind in der Regel informelle Sozialformen, in denen sich die unterschiedlichsten Gruppen, Einrichtungen und Personen zueinander in Beziehung setzen können, ohne ihre jeweilige Eigenständigkeit aufgeben zu müssen. Sie sind deshalb besonders geeignet für Formen der Zusammenarbeit, die über traditionelle bürokratische, politische oder kulturelle Grenzen hinausgehen. Sie beruhen auf der Bereitschaft ihrer Mitglieder, sich bei Bedarf die jeweiligen Fähigkeiten und Kenntnisse gegenseitig zur Verfügung zu stellen“ (Birkhölzer 1995).

Grundlagen für erfolgreiche Netzwerkarbeit

14. Neben Freiwilligkeit der Mitwirkung und dem Recht, jederzeit wieder aussteigen zu können, sind in Anlehnung an Walk / Brunnengraber folgende „Regeln“ für erfolgreiche Netzwerkarbeit wichtig:

- Autonomie der beteiligten Gruppen
- Respektierung von Unterschieden
- Gegenseitiges Vertrauen und Offenheit
- Erwartbare Wechselseitigkeit von Leistungen
- Bereitschaft, erforderliche Zeit und Aufwand zu investieren
- Treffen konkreter Vereinbarungen
- Verbindlichkeit von Absprachen
- Erfolgskriterien und Evaluation

Gründe für Mißerfolge

15. Netzwerke sind zumeist nicht erfolgreich

- bei großen inhaltlichen Differenzen
- wenn sie ein zu großes Themenspektrum abdecken
- wenn sie bürokratisch sind
- wenn sie von einzelnen auf Kosten anderer ausgenutzt werden
- wenn einzelne Mitglieder zu dominant sind
- bei interner Konkurrenz
- wenn sie sich von der Außenwelt und neuen Entwicklungen abschließen

Keine „Supra-Strukturen“

16. Netzwerkarbeit ist eine Gratwanderung zwischen einerseits bewußt gewolltem informellen Charakter und andererseits notwendiger Regelmäßigkeit und Verbindlichkeit des Austausches. Es empfiehlt sich eine Kombination aus nicht zu häufigen, aber regelmäßigen „Plenen“ und projektspezifischer Zusammenarbeit (temporär, themenspezifisch, kleine Gruppen). Die gegenseitige Aufnahme in die Infoverteiler sollte selbstverständlich sein.

Unterschiedliche Methoden zur Initiierung von Netzwerken*Keine Patentrezepte*

17. Vor Rezeptbüchern und Patentrezepten zur Initiierung von Netzwerken ist zu warnen. Gerade in der Individualität und konkreten Situationsangemessenheit besteht ihre Stärke. Die Grundelemente des Networking – Verbündete suchen, Medien- und Lobby-Arbeit, gemeinsame Aktionen und Projekte sowie Evaluation / Erfolgskontrolle – können in sehr unterschiedlicher Form und auch unterschiedlicher Reihenfolge angegangen werden.

Zukunftswerkstatt

18. Zukunftswerkstatt ist eine maßgeblich von Robert Jungk entwickelte Arbeitsform, um in Gruppen gemeinsam Ideen zu entwickeln und Möglichkeiten ihrer praktischen Umsetzung zu erarbeiten. In der (1) Kritikphase erfolgt eine Bestandsaufnahme von Problemen und Mängeln in einem Bereich. Diese werden anschließend nach Bedeutung gewichtet. Die (2) Ideen- und Phantasiephase dient der Vorstellung von Vorschlägen und Träumen, wie es anders sein könnte. In der (3) Umsetzungs- oder Verwirklichungsphase geht es schließlich darum, Wege und Möglichkeiten zu finden, wie diese Ideen am besten realisiert werden können.

Open Space

19. Die Methode Open Space ist eng mit dem Namen des Amerikaners Harrison Owen verbunden. Statt feste Programmstrukturen vorzugeben, kommen die Teilnehmenden zu Beginn zusammen, um die Themen und Punkte zu benennen und aufzuschreiben, die für sie höchste Aktualität haben und die sie persönlich gerne behandeln möchten. Danach bilden sie in wechselnder Zusammensetzung nach Neigung und Interesse Kleingruppen. Die Ergebnisse der einzelnen Gruppen werden protokolliert, kopiert und allen Teilnehmenden am Ende ausgehändigt. In einer Schlußrunde können dann Maßnahmen und Prioritäten zur Umsetzung vereinbart werden.

Zukunftskonferenz

20. Bei der Zukunftskonferenz versammeln sich ein bis zweieinhalb Tage lang von einem Problem betroffene Personen, um zu gemeinsamen Visionen und zur Erarbeitung von Maßnahmeplänen zu kommen. In fünf Schritten werden in Kleingruppen zunächst bestehende Unterschiede und Gemeinsamkeiten ermittelt (a) und mögliche externe – positive wie negative – Trends bewertet (b), dann (c) Zukunftsideen entwickelt, (d) Gemeinsamkeiten herausgearbeitet und schließlich (e) konkrete Maßnahmen zur Umsetzung geplant.

*Dr. Adrian Reinert
Stiftung MITARBEIT*

LITERATUR

- Birkhölzer, Karl: Lokale Ökonomie. In: Flieger / Nicholaisen / Schwendter (Hrsg.): Gemeinsam mehr erreichen. Kooperation und Vernetzung alternativ-ökonomischer Betriebe und Projekte. AG SPAK / Stiftung MITARBEIT, Bonn 1995
- Braun, Joachim / Kettler, Ulrich / Becker, Ingo: Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland. ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis Nr. 50, Leipzig, Köln 1996
- Bullinger, Hermann / Nowak, Jürgen: Soziale Netzwerkarbeit. Eine Einführung. Freiburg i. Breisgau 1998
- Burmeister, Klaus / Canzler, Weert / Kreibich, Rolf: Netzwerke. Vernetzungen und Zukunftsgestaltung. Weinheim 1991
- Engelhardt, Hans Dietrich / Simeth, Angelika / Stark, Wolfgang u.a.: Was Selbsthilfe leistet ... Ökonomische Wirkungen und sozialpolitische Bedeutung. Freiburg 1995
- Granovetter, Mark: The Strength of Weak Ties. In: American Journal of Sociology, (Vol 78), 1973, S. 1360-1380
- Inglehart, Ronald: Modernization and Postmodernization. Princeton University Press 1997
- Von Kardorff, Ernst: Die Gesundheitsbewegung – eine Utopie im Rückspiegel. In: GesundheitsAkademie / Landesinstitut für Schule und Weiterbildung, NRW (Hrsg.): Macht, Vernetzung, Gesundheits – Strategien und Erfahrungen regionaler Vernetzungen im Gesundheitsbereich. Frankfurt am Main 1996
- NAKOS-EXTRA: Ehrenamt – Freiwilligenarbeit – Selbsthilfe, Nr. 28, November 1997
- Offe Claus: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme. In: Kress, G. / Senghaas, D.: Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme. 3. Auflage, Frankfurt am Main 1975
- Olson jr Mancur: Die Logik des kollektiven Handelns. Tübingen 1968
- Walk, Heike / Brunnengräber, Achim: NGO-Netzwerke. Strukturen, Aufgaben, Funktionsbedingungen und Handlungsräume. In: Calließ, Jörg (Hrsg.): Barfuß auf diplomatischem Parkett. Die Nicht-regierungsorganisationen in der Weltpolitik, Loccumer Protokolle 9/97
- Dies.: Die Globalisierungswächter. NGO und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima. Verlag Westfälisches Dampfboot 2000

Selbsthilfegruppen sind Werkstätten zum Leben lernen

Das Thema „Selbsthilfegruppen sind Werkstätten zum Leben lernen“ ist mir gestellt worden, und bei der Bearbeitung hatte ich das Gefühl, daß ich darüber eher ein Buch schreiben als ein halbstündiges Referat halten könnte. Mir ist unendlich viel dazu eingefallen, und ich werde versuchen, diese Ideen durch zwei Fragen zu strukturieren:

1. Was heißt Leben lernen oder: Welches Leben kann man erlernen?
2. Welche Prinzipien leiten unser gemeinsames Leben oder: Woran können wir uns in Selbsthilfeprozessen orientieren?

Die Beispiele, die ich bringen werde, entnehme ich meiner eigenen Berufspraxis, meinen Forschungen und meinen gelegentlichen Ausflügen in den Selbsthilfebereich. Sie entstammen also dem großen Gebiet der Adoption und angrenzender Sozialarbeitsbereiche und haben derzeit eine erhebliche Brisanz durch die Themen „Babyklappe“ und „anonyme Geburt“ erhalten.

Sie selber können sicher mit einer Vielzahl von Selbsthilfebereichen aus allen Gebieten menschlicher Existenz aufwarten und ihre eigenen Beispiele anstelle meiner einfügen.

Was heißt Leben lernen?

Oder anders gefragt: Was lehre ich dem Menschen, dem ich Leben ermöglichen will?

Das primäre Erziehungsziel kann immer nur *Emanzipation* sein: Das Freiwerden von jeglicher Herrschaft, egal aus welcher Richtung sie kommt. Damit ist auch das Beherrschtwerden durch innere Mißstimmungen, durch Krankheiten, Abhängigkeiten und Süchte gemeint – vor allem aber der Machtanspruch, der aus der Umwelt kommt.

Sich emanzipieren von Herrschaftsansprüchen heißt in der Konsequenz

- Selbstbestimmung
- Selbstregulierung
- Selbsthilfe

Sein Leben selbst und eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen, muß das Grundanliegen jeder Erziehung sein. Aber was ist, wenn diese auf dem Gebiet der Ver selbstständigkeit bereits versagt hat?

- Wenn bereits in Kindergärten die spätere Schullaufbahn geplant wird?
- Wenn die Schülerin und der Schüler von Thema zu Thema gehetzt wird und nichts von den Inhalten in einen Sinnzusammenhang mit seinem Leben setzen kann?
- Wenn Väter sich verweigern und Mütter nicht loslassen können?
- Wenn Erziehung durch eine Vielzahl von Suchtmitteln ersetzt wird: durch Medien, Konsumgüter, Drogen jeder Art ab Grundschulalter – durch Meinungs diktatur, durch gezielte Verunselbständigung des Menschen in seinem Denken?
- Wenn alle Erziehung hinausgelaufen ist auf Anpassung, auf Funktionieren-Müssen oder im Versagensfall auf die Reparatur der Maschine Mensch durch Experten?

„Hilf mir, es selbst zu tun“ war das pädagogische Credo der italienischen Ärztin Maria Montessori. Sie hat auf neue Weise vor hundert Jahren mit Kleinkindern gearbeitet. „Hilf mir, es selbst zu tun“ gilt aber für ein ganzes Menschenleben bis hin zum pflegebedürftigen Alten, der seine Würde noch dadurch erhält, daß er *befähigt* wird und bleibt, einen Rest von Entscheidungen zu treffen und Handlungen selber zu bestimmen.

Befähigung also als Prinzip, als Weg und als Ziel für Menschen in jedem Alter und in jeder Problemsituation – auch für Menschen, die ein Leben lang gelernt haben, daß andere für sie entschieden und handelten, egal ob aus Liebe oder aus Machtanspruch!

Hilflosigkeiten und Abhängigkeiten werden erlernt – aber wie alles Erlernete können sie auch *verlernt* werden. Wenn wir Selbsthilfegruppen als Werkstätten betrachten wollen, müssen wir, wie in einer Handwerksstätte, die Aufgabenverteilung, die Materialien, die Arbeitsabläufe und die Ergebnisse kennen.

Das *Ergebnis* ist vorgegeben: Leben lernen und bewältigen in Selbstverantwortung – ein sehr hoher Anspruch. In der Arbeit mit Selbstmordgefährdeten haben wir jahrelang Diskussionen über das Ziel unseres Tuns geführt: Soll am Ende des Hilfeprozesses ein glücklicher Mensch stehen (Maximalforderung) oder reicht es, ihn am Leben zu erhalten (Minimalforderung)? Das Thema war so brisant, daß wir unserem Klientel die Eigenverantwortung und die freie Entscheidung nicht zuge- traut haben und die Diskussion ins Leere lief.

Die *Materialien* in den Werkstätten des Lebenlernens sind gleicherweise die Menschen wie deren Probleme. Gleicherweise werden durch die gemeinsamen Arbeitsaufgaben die Menschen geformt und die Probleme bearbeitet. Die Auf- gabenverteilung ergibt sich demokratisch aus dem Einbringen aller individuellen Fä- higkeiten. *Hier wirkt das Prinzip Solidarität*: Jeder gibt das, was er kann.

Die *Arbeitsabläufe* können wir gleichsetzen mit dem sich immer wieder erneuern- den *Hilfe prozess* in *Gegenseitigkeit*.

Selbsthilfe ist – betrachte ich den zeitlichen Ablauf für den Einzelnen

- zunächst Hilfe für mich durch andere, wenn ich mich belastet fühle und mich hilflos einer Gruppe anschließe
- dann Hilfe für mich durch mich, wenn ich lerne, meine eigenen Angelegenheit wahr- und ernstzunehmen
- danach Hilfe für andere durch mich, wenn ich mich in und durch die Gruppe weiterentwickelt habe und in der Lage bin, zu *geben* – wenn ich eine Position der Stärke eingenommen haben die mich trägt und die es mir ermöglicht, andere in ihren Bedürfnissen wahrzunehmen
- und als Quintessenz und höchstes Ziel der Selbsthilfe-Arbeit steht das *politische Handeln*.

Dieses geschieht durch das Herstellen von Öffentlichkeit, die Aufklärung, die Sachinformation, die Zieldefinitionen und Forderungen an die Politik. Und nicht zu vergessen: durch Beharrlichkeit! Politische Kooperation und Partizipation kennzeichnen ein Leben in Verantwortung für andere und Verantwortung für sich selber. Um beim Werkstattbeispiel zu bleiben: Ein Werkstück – gemeinsam konzipiert und fertiggestellt – muß sich auch modellhaft der Außenwelt, dem Betrachter, dem potentiellen Interessenten zeigen können.

Dieses *Prinzip Verantwortung* geht über die eigentliche Gruppenarbeit weit hinaus. Sie sprengt den Rahmen des ehemaligen „Wohnzimmerprinzips“ der Selbsthilfe-Arbeit ganz erheblich und bewegt sich auf ein Gebiet hin, das langfristig die Prävention an die Stelle von Selbsthilfe setzt: vorbeugen statt reparieren.

Für meine Begriffe haben wir in Deutschland hierbei noch Nachholbedarf. Es gibt Themen, die sicher in der kleinen Gruppe am besten aufgehoben sind und deren politische Brisanz nicht im Vordergrund steht. Ich denke an Selbsthilfegruppen wie z. B. „Schokoladenesser“ oder „Wenn Frauen zu sehr lieben ...“

Aber es gibt vermutlich weit mehr menschliche Schwierigkeiten, die sich auf Dauer nicht nur zwischenmenschlich und in einer vertrauensvollen Gruppenatmosphäre lösen lassen, sondern die der politischen Lösung bedürfen, d. h., die von Selbsthilfegruppen ausgehend über *Selbsthilfebewegungen* in die Öffentlichkeit und in die Politik getragen werden müssen.

Leben lernen – ein Beispiel

In mehreren Ländern der westlichen Welt haben wir Selbsthilfegruppen Adoptierter. Große Selbsthilfebewegungen dieser Menschengruppe kennen wir jedoch nur aus Frankreich und den USA. Ersteren geht es um:

- Kennenlernen Gleichbetroffener
- Austausch von Erfahrungen

– gegenseitige Hilfe bei Suche nach Verwandten

- dann auch oft um das Gespräch bei evtl. Enttäuschungen, wenn niemand gefunden wurde... , also die ursprünglichen Themen einer jeden Selbsthilfegruppe.

Die *Bewegungen* wollen rechtliche Regelungen, wollen Gesetze in ihrem Sinne verändern und haben erste Erfolge nach Jahrzehnten zu verbuchen:

- USA: Die Adoptierten haben erreicht, daß es in bislang sechs Staaten zu einer „Entsiegelung“ der Akten kommt, damit die Betroffenen Zugang zu ihren persönlichen Daten aus der Vergangenheit erhalten können. Die Adoptierten-Bewegungen hoffen, daß weitere Staaten sich dieser neuen Regelung anschließen werden. Der „Kampf“ um diese Neuregelung hat Jahrzehnte gedauert!
- Frankreich: Abschaffung der anonymen Geburt, die aus politischen Gründen 1941 eingeführt wurde und einfach bestehen blieb, ohne daß sich jemand weitere Gedanken darüber machte. Die Adoptierten-Bewegung hat die Diskussion um ihre Abstammungsrechte ebenfalls über Jahrzehnte geführt und hat erreicht, daß erste Lockerungen eingeführt werden.

Aus diesen Tätigkeiten ergeben sich inzwischen internationale Verknüpfungen, ein Austausch des Diskussionsstandes, der politischen Argumente und der gegenseitigen praktischen Unterstützung. So haben wir – Fachleute aus der Adoptionsszene – im Januar 2001 eine große Unterschriftenaktion gestartet gegen die Einführung von Babyklappen und anonymer Geburt in Deutschland. Der Blick über die Grenzen und auf die Erfahrungen der Adoptierten in anderen Ländern war sehr hilfreich, ebenso wie die Unterschriftswilligkeit der deutschen Selbsthilfegruppen. Auch in diesem Falle galt: Nur Betroffene selbst wissen, was auf sie bzw. die nächste Generation zukommt, wenn das Rad der Geschichte zurückgedreht wird auf einen Stand, der woanders aus humanitären, psychologischen, pädagogischen, psychiatrischen, ... Gründen mühsam abgeschafft worden ist.

Als zeitgleich im Januar 2001 in Kalifornien als erstem Bundesstaat der USA die anonyme Geburt eingeführt wurde, hat die dortige Selbsthilfebewegung der Adoptierten sich mit uns in Verbindung gesetzt und um Austausch gebeten.

In Selbsthilfegruppen schließen sich oft Menschen zusammen, die es aufgeben haben, bei Experten um Hilfe zu ersuchen und auf professionelle Lösungen zu warten: *Die Selbsthilfegruppe als letzte Chance*. Dabei gerät ein Prinzip außer acht, das in hohem Maße demokratischen Charakter trägt und den Menschen als das betrachtet, was er unverbildet durch Sozialisation und Enkulturation aus sich heraus ist: frei!

Ich meine hier *das Prinzip der Subsidiarität*. In den letzten drei Jahrzehnten wurde es einseitig auf die *materiellen* Beziehungen zwischen Menschen und Staat

reduziert. Es trägt in sich aber ein Vielfaches an Aussagen über den Status des einzelnen in der Gesellschaft. Subsidiarität ist ein Begriff aus der Sozialethik und bedeutet Nachrangigkeit. Verkürzt ausgedrückt läßt er sich wie folgt beschreiben:

Zunächst ist jeder Mensch für sich selbst zuständig und verantwortlich. Wenn er nicht oder noch nicht (Kinder, Behinderte, Pflegebedürftige) für sich selber sorgen kann, tritt seine biologische Familie ein. In einem funktionierenden Sozialwesen (in meinen Augen funktioniert unseres nur noch sehr bedingt) sind es dann die Nachbarschaft, die Freunde, die Vereine ... also alle möglichen Gruppierungen, die als nächstes zuständig sind: als Menschen, nicht durch juristische Regelungen. Und erst, wenn alle diese Instanzen nicht mehr helfen können, wenn sie ausfallen, versagen oder ihre Leistungskraft überfordert ist, tritt der Staat ein: der Staat als nachrangiges, als *letztmögliches* Hilfesystem!

Dieses Prinzip hat sich im Laufe der Jahrzehnte aufgelöst bzw. umgekehrt: Der Staat als Allzuständiger hat zu sorgen und erst, wenn er sich versagt oder Desinteresse bekundet, besinnt sich die Bürgerin und der Bürger auf Eigeninitiative. Dabei übersieht er/sie, daß das Subsidiaritätsprinzip ihn nicht benachteiligen will, sondern daß es dem Menschen Würde gibt und ihm sagt: Du kannst, du mußt, du sollst, du darfst (!) über dich selbst bestimmen und über das Leben deiner Nächsten. Der Staat hat in deinem Leben nichts zu suchen – es sei denn, du willst es oder du brauchst ihn mangels anderer Lösungen.

Ich erinnere dabei an zwei politische Ereignisse bzw. Zeiten, in denen dieses Thema eine große Rolle spielte:

- Im Nationalsozialismus gab es kein Prinzip der Subsidiarität, es gab kein Individuum, keine Einzelentscheidungen, keine *Eigenmächtigkeiten*. Mächtig war der Staat bis hinein in die Schlafzimmer der Menschen, in die Erziehung, in seine religiösen Bedürfnisse. Gerade aus dieser Erfahrung heraus wurde in den Sozialgesetzen der Nachkriegszeit das Prinzip der Subsidiarität von Kirchen und Verbänden wieder betont und gesetzlich festgezurrt.
- Das zweite Beispiel war die fast 30-jährige „Schwangerschaft“ des Kindes- und Jugendhilfegesetzes (KJHG). Neben verschiedenen Einzelregelungen, die finanziell problematisch waren (wie z. B. die Kindergartenplatzversorgung), ging es letztlich um die Frage: Mehr Staat oder mehr Familie? Mehr Eingriff oder mehr Selbstverantwortung? Das Ergebnis ist ein tragfähiger Kompromiß mit einem Höchstmaß an Subsidiarität einerseits und Solidarität andererseits gewesen.

Wer „zuständig“ ist, hat die Macht. Gesetzlich geregelte Sorge und Verantwortung bis ins Detail beinhaltet immer auch Kontrolle. Das, was der Staat regeln soll (und

was er finanzieren soll!), *muß* er beobachten und kontrollieren – und dabei werden die Grenzen oft sehr oder zu fließend. Wer über die Instrumente von Macht oder Kontrolle verfügt, verteilt die Chancen. Nur wer sich unabhängig macht, weil er gelernt hat, unabhängig zu sein, ist „Herr im eigenen Hause“.

Das ist für mich *neben* der praktizierten *Solidarität* der wesentliche Aspekt von Selbsthilfe: Wer sich selbst hilft, wer im Familien- und Kleingruppenprinzip bleibt, *bleibt unabhängig und damit frei* in seinen Entscheidungen. Wer auf Hilfe angewiesen ist, um Hilfe nachsucht, das Prinzip der Subsidiarität nicht beachtet, gibt sich in andere Hände, und wird unfrei, abhängig, manipulierbar, muß sich Kontrolle und Eingriff von außen gefallen lassen.

Der Mensch wird nicht stark durch *Für-Sorge*, sondern durch *Selbst-Tun*. Nicht umsonst wurde in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts abgegangen von dem Begriff der Fürsorge, und man führte den Begriff der Sozialarbeit ein. Es war nicht nur ein Namenswechsel, sondern sollte eine Sinneswandlung kennzeichnen: Für den Menschen wird nicht mehr gesorgt, sondern er soll durch Sozialarbeit befähigt werden, selbst für sich zu sorgen.

Selbsthilfe ist die ursprüngliche Form des selbstverantwortlichen Menschen, mit seinen Lebensthemen umzugehen – in einer Weise, wie sie selbst ihm angemessen erscheint und ihm angenehm ist. Sie ist nicht die letzte aller Möglichkeiten, wenn niemand sich mehr zuständig fühlt.

Ich möchte noch – im Sinne einer Gegenüberstellung – die Therapie, speziell die Psychotherapie, ansprechen. Wir leben in einer Therapiengesellschaft, die gelernt hat und der suggeriert wurde, daß alles weg-therapierbar sei. Nach meinen Beobachtungen gehören rund 80 % der Therapiepatienten oder Beratungsklienten nicht in diese Institutionen. Was sie belastet, sind die vielfältigen Alltagsstörungen, all die Gebrechen und Macken, die wir alle haben. Was ihnen fehlt, sind:

- Gesprächspartner
- die Bank vor der Tür für den Abendplausch
- das Kaffeekränzchen
- der zwischenmenschliche Klatsch und Tratsch
- die Familienangehörigen, die zusammenglucken und sich endlos austauschen
- oder die selbst gewählte Gruppe, in der jeder weiß, worüber der andere spricht.

Wenn sie einmal die nervtötenden Handy-Gewohnheiten von Menschen auf der Straße, im Bus und im Zug beobachten, dann merken sie, wie banal und nichtssagend die Inhalte sind. Die Mitteilungen bestehen aus: Wo bin ich gerade – wohin

bewege ich mich – was werde ich dort tun – wann sehen wir uns – wann komme ich an – und holst du mich ab oder nicht ... Das sind (bei aller Nerverei für die zwangswese Zuhörenden) gesunde Ausdrucksformen des einsamen Menschen in der Masse. Sie ersetzen das Gespräch mit dem Banknachbarn, aber sie sind gleichzeitig entlastende Kommunikation. Sie heben den Menschen in dieser Situation heraus aus der schweigenden Menge.

Die Selbsthilfegruppe ist – auf einer anderen Ebene – eine vergleichbar entlastende Art, mit dem Leben und seinen Problemen umzugehen, die in den meisten Fällen nicht einer Therapie bedürfen, sondern der menschlichen Nähe.

Selbsthilfe und Selbstheilung

Die Medizin – speziell die Psychosomatik – befaßt sich seit Jahrtausenden mit den Selbstheilungskräften des Menschen. Sie geht davon aus, daß der Mensch, der gesund, heil, ungestört, harmonisch, sein *will*, diese Ziele aus sich heraus auch erreicht. Kontakte von außen dürfen in diesem Fall nur im Sinne von Impulsen, Anregungen, Anstoßen erfolgen – nicht jedoch im Sinne von Eingriffen und Systemveränderungen.

„Dem ist nicht zu helfen“ ist ein ebenso weiser wie unsinniger Spruch – je nach Blickrichtung. Einem Menschen helfen zu wollen, daß er sich ändere oder etwas an sich / in sich ändert, kann nur gelingen, wenn die Hilfe erbeten und abgesprochen ist und beide Partner das gleiche Ziel vor Augen haben. Daß jemandem nicht geholfen werden kann, der keine Hilfe *will*, *diese* Hilfe nicht will, die *vorgegebenen* Wege und Ziele ablehnt, ist Allgemeingut eines jeden Menschen, der mit anderen Menschen umzugehen hat: leider aber oft nur verbal und ohne Niederschlag im Umgang mit ihnen.

„*Willst du gesund sein?*“ ist in der Medizin alter Völker die erste Frage, die der Heiler stellt. Bei uns wird *so* nicht gefragt. Selbst das „Was fehlt Ihnen?“ wurde abgelöst durch das kundenorientierte „Was kann ich für Sie tun?“ des Arztes oder des professionellen Beraters. Aus Selbsthilfesicht ist das eine hoch interessante Frage. Um sie beantworten zu können, muß der Hilfesuchende wissen, was ihm „*ge-tan*“ werden könnte, was ihm gut tun würde – und es wäre interessant, einmal darüber nachzudenken, ob der Hilfesuchende, der diese Frage beantworten kann, den professionellen Helfer überhaupt noch braucht (einmal abgesehen von der Krankmeldung, die er selbst sich nicht ausstellen darf).

Therapie und Beratung bergen die Gefahr von Abhängigkeit, können Suchtcharakter entwickeln und bleiben im Gegensatz zur Selbsthilfe immer ein einseitiges Geben und Nehmen. Im *Geben* an andere, die die gleichen Probleme umtreibt,

liegt aber eines der Geheimnisse des Erfolges von Selbsthilfegruppen. Wer geben kann, hat Stärke, hat etwas zu bieten, ist hilf-reich: reich an Hilfe ... und nicht nur angewiesen darauf, daß ein Mensch ihm einmal wöchentlich sein Ohr gegen hohe Gebühren zuneigt.

Leben lernen im System einer Gruppe Betroffener geschieht

– ich fasse zusammen – durch die Prinzipien:

- *Solidarität*: Hilfe von jedem für jeden.
- *Selbstbestimmung*: Die Verantwortung liegt primär bei jedem einzelnen Menschen selbst und läßt ihm damit seine Würde.
- *Verantwortung*: für sich selbst, für andere im Gruppenbereich, für das Gemeinwesen im Sinne von Selbsthilfebewegung.
- *Subsidiarität*: Die nächst höheren Instanzen werden nur in Anspruch genommen, wenn die Eigenmittel und -kräfte nicht mehr ausreichen.

Alle diese Prinzipien können nicht systematisch gelehrt werden. Sie müssen den Gruppenmitgliedern als Wissen, als Weg, als Ziel präsent sein, und sie müssen bewußt eingeübt und gelebt werden:

- Für wen tragen wir *Verantwortung*?
- Mit wem üben wir *Solidarität* und warum?
- Halten wir uns im Interesse unserer Würde an das Wissen, daß alles andere *nachrangig* ist?
- Und leben wir zunehmend *selbstbestimmt* als Einzelne/r und als Gruppe?

Vielleicht können diese Fragen – immer wieder reflektiert – helfen, der/dem Einzelnen in der Gruppe und durch die Gruppe das gute Leben zu lehren!?

*Prof. Dr. Christine Swientek
Institut für Sonderpädagogik
der Universität Hannover*

Ein Ausblick

Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft im Jahr 2015 – Grundsätze und Leitideen zivilgesellschaftlicher Reformpolitik

Ein Rückblick auf die Entwicklung der „Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft“, der über deren Zustand im Jahr 2015 Mutmaßungen anstellt, trägt in sich natürlich immer ein spekulatives Element. Ich habe den Themenvorschlag der „Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen“ jedoch trotz Vorbehalten gegen Spekulationen gern angenommen und mich entschieden, in einem *ersten Teil* eine optimistische Variante möglicher Szenarien zu erörtern (selbstverständlich gäbe es auch zahlreiche gute Gründe für pessimistische Szenarien).

Ich möchte in diesem Zusammenhang den Begriff der gesellschaftspolitischen Utopie nicht verwenden. Wohl haben die Theoretiker der Selbsthilfe der 70er Jahre den utopischen Ausblick auf eine Selbsthilfegesellschaft der Zukunft nicht gescheut. Utopien können die gesellschaftspolitische Phantasie anregen. Das kann hilfreich sein und Mut machen, die eigene Praxis selbstbewußt politisch zu reflektieren und zu entwickeln. Doch haben Utopien auch eine entscheidende Schwachstelle: Das utopische Denken ist zunehmend in den Verdacht geraten, weltfremde Alternativentwürfe der gesellschaftlichen Realität bloß entgegenzustellen.

Stattdessen möchte ich auf die in der Praxis der Selbsthilfe und der Selbsthilfebewegung angelegten Entwicklungsmöglichkeiten von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement eingehen.

Der Kunstgriff eines „Rückblicks auf den Ausblick“ erlaubt die Entfaltung eines Horizonts des Möglichen, der von bestehenden Ansätzen seinen Ausgang nimmt, ohne ins Utopische abzuschweifen. Das Risiko der optimistischen Überzeichnung gehe ich freilich ein.

In einem *zweiten Teil* werde ich wieder in die Gegenwart zurückkehren und Begriffe und Leitideen einer zivilgesellschaftlichen Reformpolitik noch einmal im Zusammenhang erörtern sowie Stolpersteine einer solchen Reformpolitik ansprechen. Wiederholungen zum ersten Teil sind dabei nicht nur in Kauf genommen, sondern beabsichtigt.

Zwei letzte Vorbemerkungen: Ich trage hier als Referent der SPD-Bundestagsfraktion für die Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ vor. Von daher liegen meine Akzente bei den politischen Leitbildern und bei den grundsätzlichen reformpolitischen Überlegungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Zivilgesellschaft seitens der SPD-Bundestagsfraktion.

Sie werden verstehen, daß ich an dieser Stelle der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages nicht in ihren konkreten politischen Handlungsempfehlungen vorgreifen kann. Diese bleiben der Abstimmung der Sachverständigen und Fraktionen überlassen. Der Abschlußbericht der Enquête-Kommission wird im Frühjahr 2002 vorgelegt werden, die Diskussionen sind noch nicht abgeschlossen.

Die Zukunft der Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft

Ich beginne den Ausblick mit einem Rückblick, bevor wir den „Rückblick auf den Ausblick“ gemeinsam diskutieren werden.

In den 70er und 80er Jahren erlebte die Selbsthilfe einen großen Entwicklungsschub. Damals begriff sie sich selbst in starkem Maße als eine soziale Bewegung. Soziale Bewegungen zielen auf einen sozialen und politischen Wandel der Gesellschaft. Soziale Bewegungen werden in der Forschung als „Netzwerke von Netzwerken“ verstanden. Die eigene Betroffenheit, die im gemeinsamen Handeln erfahrenen Anstöße und die Zustimmung zu den Zielen einer sozialen Bewegung gehören zu den Gründen, warum sich jemand in sozialen Bewegungen engagiert.

Die Selbsthilfebewegung zielte in ihren Anfängen in einem emphatischen Sinne auf die Stärkung und Ausweitung gesellschaftlicher Selbstorganisation. Mit anderen sozialen Bewegungen teilte sie damals eine Kritik an staatlicher Überregelung, an Bürokratisierung und Verrechtlichungstendenzen und an einem sozialstaatlichen Klientelismus. Dem entgegen setzte sie auf selbstbestimmte Aktivitäten, auf kleinformatige, enthierarchisierte Formen der Organisation, auf bürgerschaftliche Selbsthilfe, auf advokatorische Interessenvertretung und die Stärkung kritischer Öffentlichkeit. Die Ziele sozialer Veränderung spielten eine wichtige Rolle. Die eigene situative und soziale Betroffenheit, die ein zentrales Motiv des Engagements in Selbsthilfegruppen ist, wurde im Lichte einer gemeinsamen Betroffenheit als Mitbürgerin und Mitbürger des politischen Gemeinwesens gedeutet. Das gesellschaftspolitische Engagement der Selbsthilfebewegung, in dem die kritische Überprüfung der Institutionen und Strukturen des Sozialstaates wie des Gesundheitswesens im Vordergrund stand, erzielte öffentliche Aufmerksamkeit und regte politische Lernprozesse an.

Die hauptsächlichlichen Aktivitäten der Selbsthilfe lagen schon damals in den Feldern des Sozialen und der Gesundheit. Ungefähr dreiviertel aller Selbsthilfegruppen betätigten sich im Gesundheitsbereich. Entsprechend richtete sich das Engage-

ment der Selbsthilfebewegung gegen die „Klientalisierung von Betroffenen“ und einen sozialstaatlichen Paternalismus, gegen „Expertendominanz“, gegen „Übermedikalisierung“ und die Auswüchse der Apparatedizin im Gesundheitssystem oder gegen eine „erlernte Hilflosigkeit der Helfer“. Demgegenüber wurden Selbstbestimmung, mehr Beteiligungsmöglichkeiten und -rechte und eine bedürfnisgerechte, an der eigenen Betroffenheit ausgerichtete soziale und gesundheitliche Versorgung gefordert.

In keinem anderen europäischen Land hat die Selbsthilfebewegung eine ähnliche Verbreitung und Ausdifferenzierung gefunden wie in Deutschland. Hier gab es im Jahre 2000 zwischen 70.000 und 100.000 Selbsthilfegruppen mit ca. 3 Millionen Mitgliedern – allein im Gesundheitsbereich etwa 80 überregionale Selbsthilfe-Organisationen mit ca. 1 Millionen Mitgliedern in der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (BAGH) und noch einmal so viele Gruppen und Mitglieder im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband. Die Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren (DHS) bildete damals bereits das Dach für 7.500 Sucht-Selbsthilfegruppen mit 200.000 Menschen (Matzat 2001; Boebenecker / Siedhoff 2000).

Die Selbsthilfe im Spannungsbogen von Selbstveränderung und Sozialveränderung

Gegen überzogene Erwartungen an die sozial und politisch verändernde Ausrichtung der Selbsthilfe wurde jedoch in den 90er Jahren auch darauf hingewiesen, daß für die Selbsthilfe der Spannungsbogen von Selbstveränderung und Sozialveränderung grundlegend sei, daß aber der „eindeutige Schwerpunkt“ der Selbsthilfe bei der Selbstveränderung läge: In Selbsthilfegruppen würden vor allem Leistungen zur Selbstveränderung auf der individuellen und sozialen Ebene erbracht. Die Menschen, die an den Selbsthilfegruppen teilnehmen, würden individuell kontaktfreudiger, konfliktfähiger und würden bewußter mit ihren Ansprüchen umgehen; Selbsthilfegruppen trügen dazu bei, Einsamkeit und Isolation zu überwinden; dort würde für den einzelnen überhaupt erst die Bedeutung der Eigeninitiative deutlich. Thomas Olk sah vor diesem Hintergrund den politischen Beitrag der Selbsthilfebewegung vor allem darin, daß „Bürgerinnen und Bürger überhaupt erst in die Lage versetzt werden, in ihrem Gemeinwesen zunächst sich einzumischen, sich zu artikulieren und damit auch aufgrund ihrer Kompetenz ernst genommen zu werden“ (Olk 1996, S. 123).

In Folge der Verstetigung, Institutionalisierung und auch Professionalisierung der Selbsthilfe trat seit den 90er Jahren der Aspekt der Selbstveränderung gegenüber dem der Sozialveränderung in den Vordergrund. Diese Entwicklung erfolgte auch in der Selbsthilfeszene der ostdeutschen Länder, die den westdeutschen Entwicklungsprozeß – unter ganz anderen Voraussetzungen – in kurzer Zeit nachvollzog. Adalbert Evers beschrieb diesen Entwicklungsprozeß 1996 folgendermaßen:

„Von einer starken politischen Identität ... oder von gemeinschaftlichen Bürgerinitiativen kann heute kaum noch eine Rede sein. Das hat aber die Möglichkeiten und Fähigkeiten von Initiativen, sich nicht nur sach- und gruppenspezifisch, sondern auch als Teil einer Bewegung und als Bürger/innen zu verstehen und verstanden zu werden, deutlich reduziert.“ Immer mehr traten, so Evers, „Fragen des politischen Selbstverständnisses hinter die Diskussion sektorspezifischer Fragen, organisations-technischer Überlegungen und das Bemühen, die eigene Arbeit zu ‚verfächlichen‘“, zurück (Evers 1996, S. 20).

Das Risiko einer Entpolitisierung und „Verfächlichung“ der Selbsthilfebewegung im Gefolge ihrer Ausdifferenzierung, Professionalisierung und Institutionalisierung rückte seit den späten 90er Jahren in den Vordergrund der Diskussionen. Von besonderer Bedeutung für den Selbstverständigungsprozeß der Selbsthilfebewegung über ihre künftige Rolle in Zivilgesellschaft und Politik war ein mehrjähriger Diskussionsprozeß über die Selbsthilfe als einer Form des bürgerschaftlichen Engagements. In dieser Diskussion wurde deutlich, daß das Ziel der individuellen Selbstveränderung nicht individualistisch mißverstanden werden darf, sondern daß individuelle Selbstveränderung die ermöglichende Voraussetzung dafür bildet, Vorstellungen über einen anzustrebenden sozialen und politischen Wandel fortzuentwickeln und gemeinsam zu verfolgen.

Selbsthilfe als bürgerschaftliches Engagement bedeutet, daß die eigenen Werte und Prinzipien vor dem Hintergrund individueller Betroffenheit in Gruppenprozessen reflektiert werden und als Ausgangspunkt eines Engagements verstanden werden, das auf einen gemeinsamen Problemhorizont der Bürgerinnen und Bürger hin ausgerichtet ist.

Die Diskussionen der Jahre 2000ff. machten deutlich, daß der zunächst mit Irritation aufgenommene und damals recht unpopuläre Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ nicht bloß ein behelfsmäßiger Sammelbegriff für unterschiedliche Engagementformen ist, der neben dem politischen Engagement auch das soziale und kulturelle Engagement in den Formen des Ehrenamts, der Freiwilligenarbeit und der Selbsthilfe umfaßt. Der Begriff rückt vielmehr die sozial und politisch integrierenden Leistungen innerhalb der verschiedenen Engagementformen in eine vergleichende Perspektive. Er zielt auf eine gemeinsame Sprache der Akteure der Zivilgesellschaft – eine Sprache, die die unterschiedlichen Gruppen und Initiativen in der bürgerschaftlichen Einstellung verbindet, die Zivilgesellschaft und das politische Gemeinwesen durch die eigene Beteiligung zu gestalten.

In den Diskussionen der „*Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e. V.*“ wurde verstärkt über eine Arbeitsteilung zwischen Selbsthilfegruppen einerseits und Selbsthilfe-Organisationen und Selbsthilfekontaktstellen andererseits diskutiert. Während die Selbsthilfegruppen ihren Schwerpunkt auf der individuellen Selbstveränderung setzten und dabei auf eine Ermöglichung des individuellen bür-

gerschaftlichen Engagements abzielten, begriffen Selbsthilfe-Organisationen und Selbsthilfekontaktstellen die Aufgaben der Sozialveränderung als einen zentralen Bestandteil ihrer professionellen Arbeit. Sie verstanden sich insofern nicht als Lobby-Organisationen, sondern erweitert als Organisationen der Selbsthilfebewegung und des bürgerschaftlichen Engagements.

Der Ausbau der Infrastruktur des Selbsthilfebereichs wurde als Voraussetzung dafür begriffen, den Charakter der Selbsthilfe als Selbsthilfebewegung zu stärken. Information und Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und insbesondere die Arbeit der Vernetzung und Kooperation wurden seitens der Selbsthilfekontaktstellen daraufhin mit der erklärten politischen Absicht verstärkt, Vertrauenszusammenhänge und Austauschmöglichkeiten der Selbsthilfebewegung in den Themenfeldern der Sozial- und Gesundheitspolitik zu stärken. Selbsthilfe als Bürgerengagement setzte voraus, daß die Anliegen einzelner Selbsthilfegruppen in gesellschaftspolitische Erfordernisse „übersetzt“ und als Probleme des politischen Gemeinwesens öffentlich thematisiert wurden.

Es kam jedoch auch insgesamt zu einem Ausbau der Infrastruktur des bürgerschaftlichen Engagements in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen – zu nennen sind hier etwa kommunale Bürgerbüros, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros. Die Politik begriff die Förderung der Infrastruktur des bürgerschaftlichen Engagements als einen zentralen Baustein der reformpolitischen Leitidee des „ermöglichenden Staates“. In Folge dieser Entwicklung kam es zu intensiven Kooperationen und Vernetzungen der verschiedenen Infrastruktureinrichtungen. Diese kümmerten sich nicht nur um ihre spezifischen Arbeitsfelder, sondern entwickelten zahlreiche gemeinsame Formen der Engagementförderung und der Stärkung der Zivilgesellschaft.

Einen weiteren wichtigen Baustein bildete in diesem Zusammenhang ein bundesweiter Koordinationskreis, der aus dem Ende der 1990er Jahre gegründeten „VerbändeForum Ehrenamt“ hervorgegangen ist. Zunächst auf Wohlfahrtsverbände, Deutschen Sportbund, Deutschen Kulturrat, Freiwillige Feuerwehr und Jugendverbände beschränkt, öffnete sich dieser Kreis schrittweise für Selbsthilfe-Organisationen, für Selbsthilfekontaktstellen, für Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros, für weitere Träger von Freiwilligendiensten und für Netzwerke transnational agierender NGOs. Die kommunalen Spitzenverbände und zahlreiche Bürgerstiftungen, aber auch Gewerkschaften und Unternehmerverbände beteiligten sich in der Folge regelmäßig an den Gesprächen. Der Kreis benannte sich später um in „Forum Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement“. Er wurde zu einem wichtigen Diskussionsforum nicht nur für Fragen der Verbesserung individueller Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements, sondern auch für Fragen der erforderlichen Öffnung der Verbände und auch des beteiligungsfreundlichen Umbaus gesellschaftlicher Organisationen und Institutionen.

In der sozialpolitischen Diskussion löste, nicht zuletzt angeregt durch die Initiativen der Selbsthilfebewegung, das Konzept der Wohlfahrtsgesellschaft, das Konzept des Wohlfahrtsstaates ab. Entsprechend wurden zahlreiche neue Formen der Koproduktion sozialer Güter durch Staat, Zivilgesellschaft und Markt erprobt. Der Sozialstaat wurde nicht ab-, sondern umgebaut. Im Gesundheitssystem wurde die Beteiligung der Patientinnen und Patienten zu einem wesentlichen Bezugspunkt der Gesundheitsreformen. Die Selbsthilfebewegung trug wesentlich dazu bei, diesen Prozeß in einer kritischen Öffentlichkeit zu begleiten und die sozialpolitischen Diskussionen zu vertiefen.

Die Einflußnahme auf politische Leitbilddiskussionen wurde von der Selbsthilfebewegung als eine bedeutende Aufgabe erkannt. Dabei kam es zu engen Kooperationen mit anderen sozialen Bewegungen und Netzwerken und auch zu verstärkten transnationalen Kooperationen.

Im Begriff des bürgerschaftlichen Engagements verschränkten sich verschiedene Leitbilder (Keupp 1999) – die Leitbilder der „Wohlfahrtsgesellschaft“, der „Zivilgesellschaft“, der „Tätigkeitsgesellschaft“. Die Selbsthilfebewegung rezipierte diese Leitbilder und trug ihrerseits dazu bei, die Leitbilder der Gesundheit und der Nachhaltigkeit in öffentlichen Diskussionen aufeinander zu beziehen.

Dieser Prozeß erfuhr wichtige Anregungen durch das 1989 in Frankfurt am Main gegründete „Gesunde-Städte-Netzwerk“. Dieses bezog sich auf die Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung der Weltgesundheitsorganisation. Gesundheit ist demzufolge „... ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur die Abwesenheit von Krankheiten und Gebrechen“. Dem Netzwerk waren im Jahr 2000 bereits mehr als 50 Kommunen angeschlossen, die das Thema der Gesundheitsförderung auch in den Agenda 21-Prozeß auf kommunaler Ebene einbrachten. In den folgenden Jahren schlossen sich zahlreiche weitere Kommunen diesem Netzwerk an.

Die Kommunen, angeregt durch vorbildliche Modelle einiger Vorreiter, begriffen allmählich, daß sie sich – gemäß dem Leitbild der „Bürgerkommune“ – gezielt um den Aufbau einer Infrastruktur des bürgerschaftlichen Engagements bemühen mußten. Sie erprobten neue Formen der Beteiligung an der politischen Willensbildung und die Politiker verloren allmählich die Angst davor, Entscheidungsbefugnisse an die Bürgerinnen und Bürger zurückzugeben.

Förderung bürgerschaftlichen Engagements – Leitideen und „Stolpersteine“ einer zivilgesellschaftlichen Reformpolitik

Lassen Sie mich jetzt wieder in die Gegenwart zurückkommen.

Ich möchte zunächst einige Bemerkungen zu den Begriffen der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements machen. Dann werde ich Konturen einer Reformpolitik des ermöglichenden Staates skizzieren und schließlich einige Probleme und reformpolitische „Stolpersteine“ benennen. Wie schon angedeutet, werde ich dabei auch bereits angesprochene Gesichtspunkte noch einmal aufgreifen.

Zum Begriff Zivilgesellschaft

Der Begriff der Zivilgesellschaft bezeichnet einen vorstaatlichen oder nicht-staatlichen Handlungsraum mit einer Vielzahl pluraler (auch konkurrierender), auf freiwilliger Basis gegründeter Organisationen und Assoziationen (auch einzelne „Bürger“). Diese artikulieren ihre materiellen und normativen Interessen immer auch mit Bezug auf die *res publica* und orientieren sich am kommunikativen Handeln, teilen zudem einen normativen Minimalkonsens: die Anerkennung des Anderen (Toleranz), das Prinzip der Fairneß sowie den Ausschluß physischer Gewalt. Die pluralistischen, nicht homogenen, aber durchaus konkurrierenden Akteure der Zivilgesellschaft streben nicht nach staatlichen Ämtern. Ausgegangen wird jedoch von wechselseitigen Beeinflussungen der zivilen und der politischen Gesellschaft (Lauth / Merkel 1997, S. 16f.).

Funktion der Zivilgesellschaft: soziale und politische Integration

Eine kulturell pluralisierte Gesellschaft benötigt für ihren Zusammenhalt die Zivilgesellschaft. Die politische Gemeinschaft in der Demokratie benötigt gerade unter den Bedingungen eines Pluralismus von Lebensstilen einen gemeinsamen Horizont bürgerschaftlicher Einstellungen und Wertbezüge. Er ist der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. In zivilgesellschaftlichen Assoziationen und Netzwerken entsteht das *Vertrauen*, auf das nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die politischen Institutionen angewiesen sind: Vertrauen innerhalb von sozialen Gemeinschaften, zwischen Gemeinschaften und das Vertrauen der Gemeinschaften zu den politischen Institutionen des demokratischen Rechtsstaats.

Die Zivilgesellschaft trägt dann zur *sozialen Integration* bei, wenn es gelingt, eine Kultur der Anerkennung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Assoziationen zu schaffen. Einen entscheidenden Beitrag leistet die Zivilgesellschaft zur *politischen Integration*, indem sie den Bürgerinnen und Bürgern vielfältige Zugänge zur öffentlichen Meinungs- und politischen Willensbildung zur Verfügung stellt. Ohne für die Anliegen der Bürgerschaft offene, „responsive“ poli-

tische Institutionen ist dies jedoch nicht möglich. In Rechnung zu stellen sind jedoch strukturelle Trends zur Medien- und Zuschauerdemokratie: Parteien, Verbände, Regierungen und Massenmedien treiben die Entwicklung inszenierter Öffentlichkeiten voran und drohen sich damit von der Zivilgesellschaft abzukoppeln. Sie nehmen immer mehr ein Eigenleben an, das mit dem politischen Alltag der Menschen nichts mehr zu tun hat. Politikverdrossenheit resultiert aus dieser Entwicklung. Die Demokratiepoltik möchte demgegenüber die Zivilgesellschaft in Öffentlichkeit, Organisationen und politischen Institutionen stärken.

Zum Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“

In den Diskussionen um das bürgerschaftliche Engagement wird deutlich, daß es sich um einen „mehreutigen, programmatischen Arbeitsbegriff“ handelt. Er umfaßt die freiwillige bzw. ehrenamtliche Wahrnehmung öffentlicher Funktionen, klassische und neue Formen des sozialen Engagements, der gemeinschaftsorientierten, moralökonomisch bzw. von Solidarvorstellungen geprägten Eigenarbeit und der gemeinschaftlichen Selbsthilfe. In die Diskussion gehen von wissenschaftlicher Seite u. a. Untersuchungen zum ehrenamtlichen Engagement und zur Selbsthilfe, Ergebnisse der Vereinsforschung, der Dritte-Sektor-Forschung, der Wertewandelforschung und der Forschungen zu den neuen sozialen Bewegungen ein, um die es in den 90er Jahren ruhiger geworden ist. Es bestehen zudem Bezüge zu Diskussionen, die unter den Stichworten „Bürgerinitiativen“, „Selbsthilfe“ oder „mehr Demokratie wagen“ seit den 70er Jahren geführt worden sind und die den Diskurs der Zivilgesellschaft wesentlich geprägt haben (Klein 2001).

Trotz dieser Vieldeutigkeit gibt es einen gemeinsamen Bezugspunkt, der im Begriff des bürgerschaftlichen Engagements zum Ausdruck gebracht wird: Innerhalb der Variationsbreite der genannten Facetten trägt bürgerschaftliches Engagement zu den demokratischen Qualitäten der Gesellschaft bei. Gegen eine lange etatistische Tradition gewandt („Alles Gute kommt vom Staat“), bedeutet die Wiederentdeckung der aktiven Bürgerin und des aktiven Bürgers für die politische Kultur der Bundesrepublik einen wichtigen Gewinn.

Die Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Assoziationen müssen nicht immer in den politischen Raum führen. Viele Aktivitäten sind selbstbezüglich auf den Ausbau und die Stabilisierung der Zivilgesellschaft bezogen. Die sozialwissenschaftlich in den USA und in Europa erhobenen Zahlen verdeutlichen, daß „Volunteering“, „Ehrenamt“ und „bürgerschaftliches Engagement“ keineswegs rückläufig sind. Wir erleben in den letzten beiden Jahrzehnten nicht einen Rückzug ins Private, sondern einen Formwandel des Engagements. Rückläufig sind die traditionsgebundenen Formen des Engagements, während neue Formen des freiwilligen Engagements und lockere Bindungen einen immer größeren Stellenwert einnehmen (Behr / Liebig / Rauschenbach 2000; BMFSFJ 2000; Forschungsjournal NSB 2000).

Die gemeinschaftsbezogenen Aktivitäten, die Formen der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung und die Interessenartikulation von Bürgerinnen und Bürgern entfalten in den zivilgesellschaftlichen Räumen eine Praxis des Engagements jenseits privater Interessen und Bindungen. Diese Praxis ist auf das Gemeinwesen bezogen und wird in sozialen Netzwerken immer wieder neu belebt: In der aktiven Nutzung der Bürgerrechte und in der sozialen Teilhabe entfalten sich gemeinwohlbezogene Motive und Werthaltungen und damit eine politische Kultur, auf die die Demokratie angewiesen ist. Zentrale Organisationsformen des bürgerschaftlichen Engagements sind Bürgergruppen, Vereine und Netzwerke. Verbände und Parteien müssen sich für diese Organisationsformen stärker öffnen.

Im Kontext der Zivilgesellschaft bezieht sich bürgerschaftliches Engagement auf das Herstellen von politischer Handlungsfreiheit im Gemeinwesen: Engagierte Personen begegnen sich als Nachbarn und Mitglieder bestimmter kultureller oder lokaler *communities*, aber zugleich auch als *citizens*, als Bürgerinnen und Bürger. Die Debatte um Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement stellt dabei eine Verbindung her zwischen den sonst vielfach getrennten Diskussionsbereichen um soziales und politisches Engagement.

Zur reformpolitischen Diskussion

In der Politik sind Diskussionen über das bürgerschaftliche Engagement und die Zivilgesellschaft in vollem Gange. Daß sich Vertreter der Kommunen mit dem Thema auseinandersetzen, ist verständlich: Hier spielt sich der größte Teil des sozialen und politischen Bürgerengagements ab. Doch auch die Länder und die Bundespolitik setzen sich in den letzten Jahren verstärkt mit dem Thema auseinander. Das zeigt auch die Einrichtung der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Deutscher Bundestag 2001).

Staatliche Akteure können die Voraussetzungen einer Kultur des Bürgerengagements verbessern, aber auch blockieren. Die Leitbild-Debatte einer Reformpolitik, die sich der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements verschrieben hat, beruft sich auf den „ermöglichenden“ und „aktivierenden Staat“ und das Ziel einer neuen Verantwortungsteilung: Der Staat bewahrt seine Verantwortung für zentrale Probleme der gesellschaftlichen Wohlfahrt und fördert bewußt eine Infrastruktur des Bürgerengagements.

Der „ermöglichende“ Staat fördert die Aktivitäten und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Dies wird jedoch vielfach als Rückzug des Staates aus sozialstaatlichen Aufgabenfeldern in Zeiten knapper Kassen mißverstanden und nicht als ein Programm des Umbaus von Staatlichkeit aufgefaßt. Eine Politik des „ermöglichenden“ und „aktivierenden“ Staates bedeutet nicht den Abbau, sondern den Umbau von Sozialstaatlichkeit – sie öffnet den Sozialstaat stärker zur Zivilgesellschaft und ihren Akteuren

Die Förderung von Bürgerengagement ist ein Querschnittsthema, das alle Bereiche von Gesellschaft und Politik betrifft. Daher hat ein auf Ressorts und Bereiche zergliedertes Politikverständnis große Probleme, die Bedeutung des Themas zu erkennen.

Der ermöglichende Staat anerkennt und fördert die aktive Zivilgesellschaft und setzt sie als zentrales Element der Reformpolitik voraus. Er fördert das individuelle Engagement in der Gesellschaft, aber ebenso dessen soziale Voraussetzungen. Er begreift Formen der „assoziativen Demokratie“ als Stärkung und Verbesserung des staatlichen Handelns und ist bereit, den Bürgerinnen und Bürgern mehr Entscheidungskompetenzen zu übertragen. Er unterstützt Formen der bürgernahen Verwaltung und die Öffnung der Organisationen und Institutionen der Gesellschaft für das Engagement der Bürgerinnen und Bürger – seien es die Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser oder Pflegeheime.

Doch ist der Staat keineswegs der einzige Adressat einer zivilgesellschaftlichen Reformpolitik. Die großen Verbände sind ebenso gefordert, ihre Strukturen zu öffnen. So sind etwa Wohlfahrtsverbände oder Gewerkschaften mit der Frage konfrontiert, sich nicht nur als Dienstleistungsorganisationen zu verstehen, sondern ihre Rolle als zivilgesellschaftliche Akteure zu stärken. Dies hat erhebliche Konsequenzen für den organisatorischen Wandel.

Auch die *Unternehmen* sind gefordert, sich in der Gesellschaft stärker zu betätigen und den Vorteil zu erkennen, an ihren Standorten als *corporate citizens* tätig zu sein. Die Förderung des Bürgerengagements ist für die Unternehmen eine „*win-win-Situation*“: Sie leisten damit nicht nur einen Beitrag zur Akzeptanz am Unternehmensstandort, sondern sie gewinnen sozial kompetente Beschäftigte, die ihre Erfahrungen in das Arbeitsleben einbringen können. In der deutschen Unternehmenskultur beginnt diese Einsicht erst allmählich zu wachsen (SPD-Bundestagsfraktion 2001).

Doch es geht nicht nur um die Förderung einer unterstützenden Infrastruktur des Bürgerengagements, sondern auch um ein neues Verhältnis von Rechten, Optionen und Pflichten, um einen beteiligungsfreundlichen Politikstil und ein verändertes Zusammenspiel von Staat, Markt und Bürgerengagement. Es geht um die Aktivierung gesellschaftlicher Potentiale und die dafür erforderlichen Politikformen. Eine dialogische und beteiligungsfreundliche Politik kann sich nicht nur auf ein klügeres staatliches Management von Lobby-Interessen beschränken, sondern muß ihre Adressaten auch als Bürgerinnen und Bürger ansprechen. Eine solche Politik zielt auf die Stärkung der Fähigkeiten der gesellschaftlichen Akteure zur Berücksichtigung der jeweils anderen Interessen und ihrer Bereitschaft zur Gemeinwohl-orientierung.

Skeptiker befürchten den Mißbrauch von bürgerschaftlichem Engagement und Zivilgesellschaft als Rationalisierungsmaßnahme im öffentlichen Dienst und in der privaten Wirtschaft. Dann wären „Selbstverantwortung“ und „Zivilgesellschaft“ nur

beschönigende Wörter für eine Politik, die Kosten und Probleme auf den sogenannten selbstverantwortlichen Bürgerinnen und Bürger abwälzt. Dieses Risiko ist nicht von der Hand zu weisen. Die Glaubwürdigkeit der Politik wird an praktischer Förderung und Unterstützung und nicht an symbolischer Politik zu messen sein.

Von Seiten der Politik – das gilt sowohl für die Bundes-, Landes- als auch für die Kommunalebene – gibt es genügend zu tun. Es gilt die oft sehr unterschiedlichen Milieus der Selbsthilfe-, Ehrenamts- und Freiwilligen-Szene mit dem Ziel der Vernetzung moderierend zusammenzubringen und das Integrationspotential zu erkennen, das in bürgerschaftlichem Engagement steckt. Es gilt neue Formen der Zusammenarbeit von Staat, Markt und Zivilgesellschaft in den verschiedenen Politikfeldern zu entwickeln. Es gilt, eine Politik zu machen, die das bürgerschaftliche Engagement nachhaltig fördert.

Reformpolitische Stolpersteine

1. Bürgersinn fällt nicht vom Himmel. Die Engagementsozialisation kann in der Lernkette, die von der Familie über die Kindergärten und Schulen bis zu den Freiwilligendiensten reicht, abreißen, wenn eines der Glieder dieser Kette zu schwach ist. Die wertvollen Lernprozesse des Bürgersinns in den Initiativen, Netzwerken und Vereinen der Zivilgesellschaft setzen die Bereitschaft voraus, sich zu engagieren. Hier liegen große Aufgaben einer zivilgesellschaftlichen Reformpolitik. Wird dieser Zusammenhang verfehlt, so bleiben Appelle an eine dann überforderte politische Bildung.
2. Unter dem Druck von Arbeitsverdichtung und Mobilitätsanforderungen einerseits, dem freizeitindustriellen Angebot andererseits droht der Gemeinsinn von Spaßfaktor und Nutzenkalkülen untergraben zu werden. Eine Anerkennungskultur des bürgerschaftlichen Engagements greift die Selbstverwirklichungsmotive des Engagements auf. Sie wertet das Engagement öffentlich auf, trägt zu seiner Ermöglichung und Befähigung bei und schlägt so eine Brücke zwischen Selbstverwirklichung und Gemeinsinn.
3. Skeptiker befürchten, daß der Bezug auf die Zivilgesellschaft als eines „dritten Weges“ der Reformpolitik eine bloße Fassade für eine von Rationalisierung und Effizienzdenken geprägte Standortpolitik ist. Die Instrumentalisierung der Zivilgesellschaft für den Abbau staatlicher Leistungen ist ein Risiko.
4. Die Notwendigkeit, kommunale Infrastrukturen für das Bürgerengagement auszubauen, kann von den Kommunen als dem wichtigsten Ort zivilgesellschaftlicher Aktivitäten als ein weiterer Kostenfaktor mißverstanden und abgeblockt werden. Ungenutzt blieben dann die erheblichen Potentiale der Zivilgesellschaft für die soziale und politische Integration. Diese erschließen sich nicht einer auf Ausgaben und Einnahmen reduzierten Sichtweise.

5. Ein weiterer Stolperstein liegt in einem etatistischen Mißverständnis zivilgesellschaftlicher Reformpolitik. Die Förderung der Zivilgesellschaft stößt in diesem Falle auf die fehlende Bereitschaft der politischen Akteure und der politischen Institutionen auf allen Ebenen, Entscheidungskompetenzen an Akteure der Zivilgesellschaft abzugeben. Diese würden demotiviert und blockiert.
6. Eine Ressortierung der Engagementförderung könnte die alle Bereiche von Gesellschaft und Politik umfassende zivilgesellschaftliche Reformerspektive auf einen bloßen Zusatzbereich staatlichen Handelns beschränken. Wenn keine Überprüfung aller Reformprogramme auf ihre Ermöglichungspotentiale erfolgt und daraus Konsequenzen gezogen werden, würden die möglichen Reformimpulse ausbleiben.
7. Eine Beschränkung auf individualrechtliche Rahmenbedingungen der Engagementförderung würde den gesellschaftspolitischen Zuschnitt zivilgesellschaftlicher Reformpolitik verkennen.
8. Die fehlende Bereitschaft sozialstaatlicher Institutionen und Organisationen, Hierarchien abzubauen, Entscheidungskompetenzen neu zu verteilen und kooperative Arbeitsformen mit den engagierten Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln, kann zu Demotivation und Rückzug führen.
9. Ein zu eng gesteckter Zeitrahmen mißversteht den Zeitbedarf notwendiger Lernprozesse in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Zentrales Kriterium von Reformpolitik wäre die Nachhaltigkeit der Förderung der Zivilgesellschaft; insbesondere also die Förderung von Infrastruktur des Bürgerengagements und eines Organisationswandels in Gesellschaft und Politik.

*Dr. Ansgar Klein
SPD-Bundestagsfraktion
Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“*

LITERATUR

- Beher, Karin / Liebig, Reinhardt, Rauschenbach / Thomas: Strukturwandel des Ehrenamts. Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozeß. Weinheim und München 2000
- Boeßenecker, Karl-Heinz / Siedhoff, Christa: Explorationsstudie „Bürgerschaftliches Engagement im Politikbereich Gesundheit“. Fachhochschule Düsseldorf. Forschungsschwerpunkt Wohlfahrtsverbände / Sozialwirtschaft 2000
- Braun, Joachim / Kettler, Ulrich (Redaktion): Selbsthilfe 2000: Perspektiven der Selbsthilfe und ihrer infrastrukturellen Förderung. Köln 1996
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. 3 Bde. Stuttgart 2000

- Deutscher Bundestag: Handbuch der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 2001
- Evers, Adalbert: Zum Verhältnis von Selbsthilfe und Sozialstaat. Was heißt eigentlich: „Gemeinsam sind wir stärker?“ In: DAG SHG e.V. (Hrsg.): selbsthilfegruppen nachrichten. Gießen 1996, S.17-22
- Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen: In Amt und Ehren? Zukunft bürgerschaftlichen Engagements. (2000) Heft 2, Stuttgart
- Keupp, Heiner: Neue Formen der Selbstorganisation und des bürgerschaftlichen Engagements – Perspektiven einer demokratischen Wohlfahrtsgesellschaft. In: NAKOS-EXTRA, (1999) Heft 30, S.48-63
- Klein, Ansgar: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen. Opladen 2001
- Lauth, Hans-Joachim / Merkel, Wolfgang: Zivilgesellschaft und Transformation. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 10, (1997) H. 1, S.12-34
- Matzat, Jürgen: Bürgerschaftliches Engagement im Gesundheitswesen – unter besonderer Berücksichtigung der Patienten-Selbsthilfebewegung. Gutachten für die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 2001
- Olk, Thomas: Selbsthilfe als Beitrag zur Weiterentwicklung des Sozialstaates. In: Braun / Kettler, 1996, S.119-124
- SPD-Bundestagsfraktion: Unternehmen und bürgerschaftliches Engagement. Aufbruch zu neuer Verantwortung; Kongreßdokumentation 2001

Rückblick auf den Ausblick

*... Zurückeroberung von Kompetenzen
und Einflußnahme auf gesellschaftliche
Machtgefüge ...*

*... Selbsthilfe sollte sich an ihren
ursprünglichen sozialpolitischen
Auftrag erinnern ...*

Christiane Ehse: Gedanken zum Vortrag von Ansgar Klein und zur Podiumsdiskussion

Zum Konzept der Zivilgesellschaft

Der Vortrag von Ansgar Klein und die sich daran anschließende Diskussion verdeutlichte mir noch einmal, wie anspruchsvoll und wie voraussetzungsreich das Konzept der Zivilgesellschaft ist. Konsens herrschte darüber, daß die Zivilgesellschaft öffentliche Anliegen aufgreift und bearbeitet, also auf die politische – wenngleich nicht staatliche – Sphäre zielt. Im Sinne einer horizontalen Selbstvergesellschaftung geht es perspektivisch darum, daß sich Bürgerinnen und Bürger ihre Kompetenzen zurückerobern und ihre gemeinsamen Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen. Hierfür müssen individuelle Anliegen verallgemeinerbar sein; notwendig sind öffentliche Artikulationsformen und das Anstreben einer Einflußnahme auf das gesellschaftlich-institutionelle Machtgefüge. Selbsthilfegruppen an sich begründen noch keine Zivilgesellschaft, sondern stellen zunächst erst einmal eine Bedingung der Möglichkeit hierzu dar. Selbsthilfe und andere Formen bürgerschaftlichen Engagements bilden den Rohstoff einer „assoziativen Demokratie“ (Klein). Notwendig für die Realisierung dieser Zielvorstellung sind in hohem Maße Infrastrukturleistungen des Staates, die Beteiligung der Wirtschaft, die Bereitstellung von Ressourcen sowie intermediäre Vermittlungsleistungen, damit sich plurale Aktivitäten miteinander und institutionell vernetzen können. Selbstorganisation braucht viel Fremdorganisation und ein hohes Maß an Supportleistungen. Darauf fokussierte auch immer wieder die Podiums- bzw. Plenumsdiskussion. Nicht nur der Umbau gesellschaftlicher Praxen ist erforderlich, sondern auch der Umbau von Verwaltung, Staat und Wirtschaft sowie ein Strukturwandel gesellschaftlicher Arbeit insgesamt, welcher die Frage der eigenständigen Existenzsicherung aller sowie die Neuverteilung von Verantwortung auf die Geschlechter bearbeitet. Zivilgesellschaft läßt sich nicht sektoralisieren. Am Ende der Diskussion wurde festgehalten, daß die kleinen Lösungen ungenügend sind und Zivilgesellschaft als Zielstellung und Aufgabe ein gesamtgesellschaftliches Großprojekt ist. Bei aller notwendigen Distanz gegenüber utopischen Entwürfen ist eine regulative Idee, die Modellvorstellung „eines guten Lebens“ (Notz), wichtig für das Basteln am Konzept „Zivilgesellschaft“.

Ermöglichungsstaat?

Der Vortrag von Ansgar Klein zieht einen Entwicklungsbogen vom Beginn der Selbsthilfebewegung in den 70er Jahren bis in die Zukunft (2015). Hierbei werden auch Paradigmenwechsel in den Zielvorstellungen und Leitbildern deutlich. Anregend und wichtig finde ich den Impuls, Selbsthilfe (oder auch andere Formen bürgerschaftlichen Engagements) stärker wieder auf die Frage von Sozialveränderung (und nicht nur auf Selbstveränderung) zu orientieren. Hier meine ich, daß der gegenwärtige Strukturwandel mit der darin implizierten Neubestimmung von Verantwortung zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Risiken, aber auch Chancen für ein gesellschaftliches „Aktivierungsdispositiv“ beinhaltet. Dies macht einen Abschied von etatistischen Vorstellungen, Politik nämlich nur als Staatshandeln zu denken, erforderlich. Um aber die von Ansgar Klein angemahnten individualisierenden Vereinseitigungen in diese Richtung zu transformieren, werden wiederum Institutionen aus Politik und Verwaltung sowie die Wirtschaft zu notwendigen Adressen; erst deren Anschlüsse an Impulse aus der Gesellschaft ermöglichen das Projekt einer Zivilgesellschaft. Dabei ist abgestimmtes Akteurshandeln erforderlich. Solange ein Appell an bürgerschaftliches Engagement erfolgt, ohne die Beteiligung an politischen Entscheidungen zu erhöhen, verkommt dieses zum Reparaturbetrieb. Ermöglichungshandeln von Seiten des Staates muß (um)gedeutet werden als Eigenaktivität, als nicht nur delegierendes, sondern vielmehr initiatives und verantwortliches Handeln – auch dies habe ich als Gedanken aus der Diskussion mitgenommen. Vor allem – und auch darum kreiste ebenfalls die Diskussion – braucht zivilgesellschaftliches Engagement Ressourcen, insbesondere Geld und Zeit. Sonst erschöpfen sich Energien im „Hinterherhecheln“ von Finanztöpfen; Kreativität wird erstickt und versandet in zermürbenden administrativen Anstrengungen.

Zivilgesellschaftliches Engagement und Politik

Die Erfahrung, daß Initiativen sich „totlaufen“ im Kampf um Ressourcen, insbesondere im Kampf um Gelder, führt zu einem weiteren Gedanken, der noch aufgeladen wird durch einen Beitrag aus dem Plenum. Zum einen wurde problematisiert, daß Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an zivilgesellschaftlichen Projekten auch noch als Politikerinnen und Politiker agieren müssen, zum anderen wurde der Beteiligungsgedanke dahingehend persifliert, daß am Ende „lebenslang hauptamtlich Betroffene“ in Gremien und Parlamenten sitzen. Mich leiten diese Überlegungen zu der Frage, wie man bürgerschaftliche Initiativen einerseits im politischen Raum verankert und andererseits vermeidet, daß administratives Staatshandeln sich hier verdoppelt und aus initiativbereiten Bürgerinnen und Bürgern Funktionäre macht. Ich glaube, letzteres wäre der Tod der Zivilgesellschaft. Beide Sphären müssen getrennt bleiben. Rüdiger Safranski hat einmal den Gedanken der zwei Wahr-

heiten formuliert. „Wir brauchen die abenteuerlichen Wahrheiten der Kultur und die nüchternen Wahrheiten einer abgemagerten Politik. Wenn wir die beiden Bereiche nicht trennen, besteht die Gefahr, daß wir entweder eine abenteuerliche Politik oder eine ausgenüchternete Kultur bekommen und, im schlimmsten Fall, sogar beides“ (Safranski 1993, S.208). Meines Erachtens läßt sich dieser Gedanke auf das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staatspolitik übertragen. Vielleicht wäre hier als Idee das Bild einer schlanken, formalisierten, beschlußfassenden Struktur mit kulturell mobilisierten und sie umlagernden öffentlichen Foren denkbar. In letzteren finden zivilgesellschaftliche Diskurse statt – entlastet von Beschlußritualen und formalisierten Letztentscheidungen. Hier könnten sich Bedürfnisse artikulieren und freiwillige Assoziationen herausbilden. Allerdings müßte sichergestellt werden, daß diese sich diskursiv herausbildenden Interessenassoziationen und gesellschaftspolitischen Vorstellungen in den formalen Beschlüssen ihren Niederschlag finden und insofern richtungsbestimmend sind für die Anlage von Politik. Auch hier wieder: Es sind „Übersetzer“, intermediäre Instanzen und „Brückenköpfe“ erforderlich.

Zur Rolle der Nonprofit-Organisationen

Eine Schlüsselrolle zum Gelingen des Projekts „Zivilgesellschaft“ nehmen die Nonprofit-Organisationen und Verbände ein. Aufgrund jahrelanger Erfahrungen in Beratung und Erforschung dieser Organisationen sehe ich hier allerdings eine Funktionslogik am Werke, die bürgerschaftliches bzw. ehrenamtliches Engagement oft eher behindert als fördert.

Unerreichbar hohe Ansprüche führen auf Seiten der Hauptamtlichen zu Prozessen der Selbstausbeutung und der Überforderung. Rollendiffusionen, Verantwortungsunklarheiten und ausgeprägte Informalitätsstendungen tragen in sich die Tendenz zu selbst- und fremdinstrumentalisierenden Umgangsformen.

Eine hohe normative Aufladung verführt zu moralisierenden Normalitätskontrollen sowie zu personalisierenden Austragungen von Konflikten.

Schließlich führen globale Ansprüche und eine Unklarheit eigener Ziele, Leistungen und Erfolge dazu, daß häufig nur wenig Anerkennung kommuniziert wird und eine Vergeblichkeitssemantik überwiegt.

Ich sehe hier Bedarf, sich organisational stärker von ideologischen Überschüssen zu „entschlacken“ und einen eigenen Effizienzbegriff sowie eigene Erfolgskriterien zu entwickeln, die dem Leistungsprofil der Organisationen gerecht werden. Gerade weil das von der Organisation angestrebte ideale Ziel einen gemeinnützigen Charakter und damit einen hohen Wert hat, sind Effizienz und eine intern abgestimmte Leistungsqualität wichtige anzustrebende Kriterien. Hierfür ist ein Effizienzbegriff zu entwickeln, der sich nicht nur auf die zweckrationale Dimension bezieht, sondern auch die normative Rationalität und die Subjektrationalität berücksichtigt.

Zum Verhältnis von Haupt- und Ehrenamtlichen: gegenseitige Blockade oder wechselseitiges Unterstützungsverhältnis

Schließlich sind auch, bezogen auf die Zusammenarbeit von Freiwilligen bzw. Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, Rollenverwischungen und ein daraus resultierender Gleichheitsmythos zu vermeiden.

Hauptamtliche Berufsarbeit und ehrenamtliches Freizeitengagement unterliegen verschiedenen Handlungslogiken, und diese Differenz muß anerkannt und berücksichtigt werden (vgl. Ehse / Zech 1998).

Freiwilligenengagement sollte nicht in den Hobbykeller verwiesen, aber auch nicht mit Berufshandeln gleichgesetzt werden. Vielmehr müssen zwei Professionalitäten in den Blick genommen werden. Gerade der Gestaltwandel von Freiwilligenengagement fordert dazu heraus, neue Formen von Freiwilligentätigkeit zu entwickeln, die projektförmigem Charakter haben und differenzierten Aktivitätswünschen sowie Ansprüchen nach Sinn und Qualität gerecht werden. Die unterschiedlichen Logiken zu respektieren bildet die Voraussetzung, daß das eigene Handeln als die Bedingung für das Tun des anderen erkannt wird.

So entsteht ein sich wechselseitig steigerndes Unterstützungsverhältnis, bei dem jede Seite erst durch ihr eigenes Handeln das Handeln der anderen Seite ermöglicht.

*Dr. Christiane Ehse
ArtSet Institut*

LITERATUR

- Ehse, Christiane / Zech, Rainer: Vom wohlmeinenden Laien zum unbezahlten Prof. Ein Profil moderner Ehrenamtlichkeit in sozialen NPO. In: *Verbandsmanagement* Heft 2, (1998), S.36-41
- Safranski, Rüdiger: *Wieviel Wahrheit braucht der Mensch? Über das Denkbare und das Lebbare.* Frankfurt am Main 1993

Gisela Notz: Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft

– fünf Thesen

Erstens: Die Debatte um die „Zivilgesellschaft“ oder Bürgergesellschaft hat seit Anfang der 90er Jahre Konjunktur. Die zentrale Idee der „modernen“ Zivilgesellschaftskonzeptionen gilt der Selbstmobilisierung von Bürger- und Bürgerinnenpotentialen innerhalb eines „modernen“ Wohlfahrtsstaates nach dem Motto: „Was die Gesellschaft besser lösen kann, das muß, das soll der Staat nicht machen“ (Bundeskanzler Schröder im November 2000 auf einer Veranstaltung zum Bürgerengagement in Berlin). Damit wird auf die Zivilgesellschaft als *soziales Projekt* hingewiesen und die Notwendigkeit betont, den Wohlfahrtsstaat hin zu einer Wohlfahrtsgesellschaft zu entwickeln. Zivilgesellschaft als *politisches Projekt* heißt die aktive Beteiligung am Gemeinwesen und dessen politische Mitgestaltung.

Zweitens: Zivilgesellschaft oder Bürgergesellschaft bezeichnet eine pluralistische Gesellschaft, in der nicht nur die Menschen in ihrer Vielfalt vorzufinden sind, sondern auch die soziale und die geschlechterspezifische Ungleichheit verankert ist. Das abstrakte *wir* von dem die Debatte um die Zivilgesellschaft, das gegen die Individualisierung gesetzt werden soll, ist also irreführend. Durch mehr Mitmenschlichkeit (ausgehend von einem Geschlecht!) sollen bestehende Ungleichheiten angenehmer gestaltet und damit auch besser ertragen werden können, ohne daß an den Wurzeln der Ungleichheit gerüttelt wird. Prinzipiell kann es also niemals allein nur um eine Stärkung der Zivilgesellschaft gehen, sondern es muß auch um eine Veränderung der Machtverhältnisse innerhalb der Zivilgesellschaft gehen; vorausgesetzt das Ziel ist eine Gesellschaft von Ebenbürtigen. Das hieße auch, daß die Abgrenzung zwischen Zivilgesellschaft als sozialem und politischem Projekt aufgegeben wird. Im Sinne des „alten“ Slogans der Frauenbewegung „Das Private ist politisch.“

Drittens: Die Zivilgesellschaft stellt eine gesellschaftliche Ordnung dar, in der gegenüber Staat und Wirtschaft vielfältige Institutionen treten, die zugleich Recht und Ordnung schützen. Mit der Forderung nach Bindung und Tradition innerhalb der zivilgesellschaftlichen Ordnung soll schließlich alles bleiben, wie es ist. Teil der Zivilgesellschaft vor dem Hintergrund der Privatisierung der Wohlfahrt ist auch die Familie. Letztlich zielt die Debatte um die Zivilgesellschaft auf die Restauration der „primären sozialen Netze“ und vor allem der Kernfamilie mit der sorgenden Mutter ab und nicht auf die Umverteilung sozialer Verantwortung zwischen den Geschlechtern und ein neues Verhältnis von Solidarität.

Selbsthilfe in einer Zivilgesellschaft muß daher über den Tellerrand von individueller Selbsthilfe und Selbstsorge hinausreichen. Selbsthilfe sollte sich an ihren ursprünglichen *sozial-politischen* Auftrag erinnern, d. h. Selbsthelfer/innen schließen sich solidarisch und gleichberechtigt in Gruppen zusammen, um eigene Probleme aus eigener Kraft bzw. gemeinsame Probleme und Notlagen mit gemeinsamer Anstrengung zu lösen, die soziale und wirtschaftliche Situation ihrer Mitglieder zu verbessern und nach Lösungen zu suchen, damit die Wurzeln der Übel, die zu den Problemen geführt haben, beseitigt werden.

Viertens: Bemerkenswert erscheint, daß einerseits der Ruf nach Gemeinsinn und Gemeinschaft immer stärker wird, andererseits viele Projekte, besonders seit der Zeit nach der Wende, durch Sozialabbau bedroht sind. So zum Beispiel Selbsthilfeprojekte, die Flüchtlingsarbeit leisten, die gegen Rassismus, Sexismus und Gewalt vorgehen, Frauenprojekte und solche im Bereich der Jugendarbeit. Sie erfordern aktive Bürgerbeteiligung *und* finanzielles Engagement. Zur Erhaltung lebensfähiger demokratischer Verhältnisse sind sie wichtiger denn je. Das heißt nicht, daß alle in diesen Bereichen jetzt unbezahlt geleisteten Arbeiten professionalisiert und damit den Kriterien der Lohnarbeit unterstellt werden sollen. Es spricht jedoch einiges dafür, daß Selbsthilfe erst dann effektiv eingesetzt werden kann, wenn die professionelle Versorgung von Hilfe-, Versorgungs- und Betreuungsbedürftigen sichergestellt ist und wenn Selbsthilfe wirklich freiwillig und aus Liebe verrichtet werden kann, das heißt, wenn die eigenständige Existenzsicherung der Helfenden und Versorgenden gewährleistet ist.

Fünftens: Frauen in Ehrenamt und Selbsthilfe fordern – so geht es aus empirischen Studien hervor –, daß auch in Zeiten leerer Kassen professionelle Arbeit nicht in Selbsthilfe überführt werden darf. Für die Zukunft wird es notwendig, bezahlte und unbezahlte gemeinwesenorientierte Arbeit im Zusammenhang zu sehen. Schließlich sind Kindergärten, Jugendwohngemeinschaften, Frauenprojekte, Alten-Service-Zentren auch dann Orte von Gemeinsinn und Gemeinschaft, wenn dort gut ausgebildete und nach dem geltenden Tarifrecht bezahlte Arbeitskräfte arbeiten. Anstatt solchen Projekten den Geldhahn zuzudrehen, könnten dort zusätzliche sinnvolle, gesellschaftlich nützliche und notwendige Arbeitsplätze geschaffen werden. Es wäre notwendig, Abgrenzungen vorzunehmen, welche Arbeiten durch bezahlte Kräfte und welche in Selbsthilfegruppen geleistet werden sollen bzw. können. Daran könnte dann auch der Schluß gezogen werden, welche Art von Selbsthilfe für die Gesellschaft nützlich und notwendig ist, so daß sie anerkannt und von der Gesellschaft gefördert werden sollte. Angesichts von Millionen erwerbsloser Menschen sind allerdings in diesem Zusammenhang auch Vorschläge zu entwickeln, wie die gesellschaftlich nützlichen (jetzt) bezahlt *und* (jetzt) unbezahlt geleisteten

Arbeiten auf Menschen beiderlei Geschlechts verteilt werden können, damit die Übernahme der „unbezahlbaren Arbeiten“ nicht auf Kosten der eigenständigen Existenzsicherung geht und nicht zu weiteren Unter-Schichtungen führt. Zur Lösung des Erwerbslosenproblems ist weder ehrenamtliche Arbeit noch Selbsthilfe geeignet.

*Dr. Gisela Notz
Forschungsinstitut der
Friedrich- Ebert-Stiftung*

**Referent/innen
der Jahrestagung 2001 der Deutschen Arbeitsgemeinschaft
Selbsthilfegruppen e. V. „Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft“**

Dr. Christiane Ehse
ArtSet Institut für kritische Sozialforschung
und Bildungsarbeit e. V.
Ferdinand-Wallbr.-Str. 17
30163 Hannover
Tel. (05 11) 90 96 98 30
Fax (05 11) 90 96 98 55
E-Mail: ehse@artset.de

Thomas Hermann
Niedersächsisches Ministerium
für Frauen, Arbeit und Soziales
Referat 303
Gustav-Bratke-Allee 2
30169 Hannover
Tel. (05 11) 1 20 – 29 74
Fax (05 11) 1 20 – 99 29 74
E-Mail: thomas.hermann@mfas.niedersachsen.de

Prof. Dr. Heiner Keupp
Ludwig-Maximilians-Universität München
Leopoldstraße 13
80802 München
Institut für Psychologie
Tel. (0 89) 21 80 – 51 84
Fax (0 89) 21 80 – 52 38
E-Mail: keupp@psy.uni-muenchen.de

Dr. Ansgar Klein
SPD-Bundestagsfraktion
Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (0 30) 2 27 – 5 10 98
Fax (0 30) 2 27 – 5 60 51
E-Mail: kleinans@spdfraktion.de

Dr. Wolfgang Linckelmann
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Leiter der Gruppe Wohlfahrtspflege / Bürgerschaftliches Engagement
Glinkastraße 18-24
10117 Berlin
Tel. (0 30) 2 06 55 – 12 30
Fax (0 30) 2 06 55 – 4 12 30

Dr. Gisela Notz
Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Tel. (02 28) 88 34 67
Fax (02 28) 88 34 97
E-Mail: gisela.notz@fes.de

Dr. Adrian Reinert
Geschäftsführer der Stiftung MITARBEIT
Bornheimer Straße 37
53111 Bonn
Tel. (02 28) 6 04 24 – 0
Fax (02 28) 6 04 24 – 22
E-Mail: info@mitarbeit.de

Regina Riedel
Vorstand der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e. V.
Roseggerstraße 1
01445 Radebeul
Tel. (03 51) 8 30 63 74
E-Mail: regina.riedel@planet-interkom.de

Prof. Dr. Christine Swientek
Institut für Sonderpädagogik der Universität Hannover
Bismarckstr. 2
30173 Hannover
Tel. (05 11) 7 62 – 83 73
Fax (05 11) 7 62 – 84 08

Impressum

Herausgeberin:

Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von
Selbsthilfegruppen (NAKOS), Wilmersdorfer Straße 39, 10627 Berlin

Tel 030 • 891 40 19 Fax 030 • 893 40 14

Internet: <http://www.nakos.de> EMail: nakos@gmx.de

ISSN 1615-5904

Redaktion: Dorte von Kittlitz, Bettina Möller, Wolfgang Thiel. **Layout:** Mareike Dreher. **Druck:** H+P Druck, Berlin.
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Auflage:** 2.000. **Erscheinungsweise:** unregelmäßig.

In der Reihe NAKOS-EXTRA erscheinen in loser Folge Beiträge zu aktuellen Tendenzen und Entwicklungen in der fachlichen und institutionellen Förderung von Selbsthilfegruppen. Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autorinnen und Autoren selbst verantwortet. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung.

Mit der finanziellen Unterstützung durch
das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und
die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen.



Deutsche
Arbeitsgemeinschaft
Selbsthilfegruppen e.V.